

Vorträge der 6. Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für Bibliotheksgeschichte vom 2. bis 4. April 1990 in der Herzog August Bibliothek.

Motiv auf dem Umschlag: Stahlregale, Benutzerarbeitsplätze und Licht. Die Freihandhalle der Amerika-Gedenkbibliothek / Berliner Zentralbibliothek mit ihren großen, nach Süden gerichteten Fensterflächen im Eröffnungsjahr 1954. Landesbildstelle Berlin.

Sonderdruck aus

Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland 1945 – 1965

Herausgegeben von
Peter Vodosek und Joachim-Felix Leonhard

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Die Entwicklung des Bibliothekswesens in Deutschland
1945-1965** : [vom 2. bis 4. April 1990 in der Herzog-August-
Bibliothek] / hrsg. von Peter Vodosek und Joachim-Felix
Leonhard. – Wiesbaden : Harrassowitz, 1993

(Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens ; Bd. 19)
(Vorträge der ... Jahrestagung des Wolfenbütteler Arbeitskreises für
Bibliotheksgeschichte ; 6)
ISBN 3-447-03427-0

NE: Vodosek, Peter [Hrsg.]; Wolfenbütteler Arbeitskreis für
Bibliotheksgeschichte; 1. GT; Wolfenbütteler Arbeitskreis für
Bibliotheksgeschichte: Vorträge der ...

© Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel 1993

Alle Rechte vorbehalten

Photomechanische und photographische Wiedergabe nur mit
ausdrücklicher Genehmigung der Bibliothek

Gedruckt auf holzfrei gelblichweiß-geglättet säurefrei Werkdruck

Druck: MZ-Verlagsdruckerei GmbH, Memmingen

Printed in Germany

Harrassowitz Verlag · Wiesbaden 1993
in Kommission

Inhalt

Peter Vodosek und Joachim-Felix Leonhard: Vorwort 7

A. VORTRÄGE

Günther Pflug: Die wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland von 1945 bis 1965	13
Franz Fischer: Kontinuität und Neubeginn. Die Entwicklung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main 1945 – 1965 . .	31
Harald Pilzer: "Die Berliner Situation ist nicht mit Mitteln von gestern zu bewältigen." – Die Öffentlichen Bibliotheken in Berlin (West) zwischen 1945 und 1965	127
Gerhard Liebers: Das Handbuch der Bibliothekswissenschaft und seine Neuauflage 1951 – 1965	163
Joachim-Felix Leonhard: Zentrale Wirkung durch dezentrale Struktur. Die Bibliotheksförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in ihren Anfängen nach dem Zweiten Weltkrieg	173
Rudolf Jung: Die bibliothekarische Ausbildung 1945 – 1965	199
Alexander Greguletz: Der Beginn der stalinistischen Weichenstellung für das DDR-Bibliothekswesen. Legende und Realität 1945 – 1949	221

B. REFERATE IN ARBEITSGRUPPEN

1. Vereine und Verbände

Werner Arnold: Einleitung	251
Ulrike Eich: Der Verein Deutscher Bibliothekare	253
Hans-Jürgen Kuhlmeier: Der Verein der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken 1945 – 1965	283
Hans Joachim Kuhlmann: Zur Geschichte des Vereins der Bibliothekare an Öffentlichen Bibliotheken (VBB) 1945 bis 1965	295

FRANZ FISCHER

Kontinuität und Neubeginn. Die Entwicklung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main 1945 – 1965

1. Die Ausgangssituation: Kriegszerstörungen und Kriegsverluste, Auslagerung, Neuorganisation und Rückführung

Drei Ereignisse haben die Struktur des wissenschaftlichen Bibliothekswesens der Stadt Frankfurt am Main in den letzten knapp 80 Jahren bestimmt:

- 1) Die Gründung der Stiftungsuniversität im Jahre 1914 ohne Schaffung einer zentralen Universitätsbibliothek und das Scheitern des Versuchs in der Zwischenkriegszeit, über die 1927 eingerichtete Gesamtverwaltung der Städtischen und Universitätsbibliotheken unter Prof. Dr. Richard Oehler doch noch zu einer wissenschaftlichen Gesamtbibliothek in einem Neubau an der Universität zu gelangen.
- 2) Die zum Teil erheblichen Gebäudezerstörungen und Bestandsverluste der dezentralen Bibliotheken mit der Funktion von Universitätsbibliotheken im Zweiten Weltkrieg und die anschließende Zusammenfassung der (Rest-) Bibliotheken zur Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main am Kriegsende.
- 3) Die Errichtung und die Eröffnung des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek in Universitätsnähe mit einer Zeitverzögerung gegenüber der Vereinheitlichung von rund 20 Jahren und gegenüber der Universitätsgründung von rund 50 Jahren im Jahre 1964/65¹.

Mit den Punkten zwei und drei, die zeitlich ziemlich exakt mit dem Beginn und dem Ende des hier zu betrachtenden Untersuchungszeitraums 1945 – 1965 zusammenfallen, ist sowohl der zeitliche Rahmen als auch bereits ein Teil der Probleme der folgenden Darstellung angesprochen.

Nicht zu übersehen ist die Katalysatorfunktion, die der Zweite Weltkrieg ungewollt, auf radikale Weise und unter zumindest zeitweiser Verschlechterung der Rahmenbedingungen bei der Lösung der seit Jahrzehnten offenen Strukturprobleme des Frankfurter Bibliothekswesens gespielt hat. Unmittelbarer, ambivalenter und höchst destruktiver Modernisierungsauslöser war nämlich die deprimierende Verlustbilanz, die die Frankfurter wissen-

¹ Clemens Köttelwesch: Ansprache gehalten anlässlich der feierlichen Übergabe des neuen Gebäudes der Stadt- und Universitätsbibliothek am 29. April 1965, in: Jahrbuch der Johann Wolfgang Goethe-Universität 1965, S. 93.

schaftlichen Bibliotheken bei den Luftangriffen auf die Stadt im Winter 1943/44 erlitten hatten.

Neben der Zerstörung der Gebäude beziehungsweise Räume der Stadtbibliothek, der Bibliothek für Kunst und Technik und der Medizinischen Hauptbibliothek verloren sie damals bei einem Ausgangsbestand im Jahre 1943 von 998.000 Bänden und im einzelnen erheblich divergierenden Verlustangaben rund 580.000 Bände, 440.000 Dissertationen, 750.000 Patentschriften sowie 360.000 Blatt der Vorlagensammlung. Der Restbestand wird alternierend mit 420.000 bzw. 450.000 Bänden und 10.000 Dissertationen angegeben. Am gravierendsten waren die Verluste der traditionsreichen Stadtbibliothek; sie büßte rund zwei Drittel ihres Bestandes (Rest rund 250.000 Bände) ein, darunter dank der sachlichen Aufstellung zur Gänze oder überwiegend ganze Fächergruppen (z. B. Abteilung Frankfurt in ihrem überwiegend wertvollen Teil, Geschichte, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften u. a.), aber auch dank der neueren numerus currens-Aufstellung alle seit 1930 erworbenen Monographien und Zeitschriften. Einzig die Freiherrlich Carl von Rothschildsche Bibliothek (1933 umbenannt in Bibliothek für neuere Sprachen und Musik) kam ohne Bestandsverluste (132.000 Bände) und mit nur teilweiser Zerstörung ihrer Gebäude (Untermainkai 14 und 15) durch den Krieg².

2 Die Zahlenangaben über die Kriegsverluste weichen sowohl in der Literatur als auch in den Quellen zum Teil erheblich voneinander ab: Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung 1943 – 1984, in: *Bibliotheca publica Francofurtensis. Fünfhundert Jahre Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main*, 1. Bd. Hrsg. von Klaus Dieter Lehmann, Frankfurt am Main 1985, S. 298 f., gibt 580.000 Bände Gesamtverluste und 450.000 Bände Restbestand an. Georg Leyh: *Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken nach dem Krieg*, Tübingen 1947, S. 82 f., danach kommt man auf 620.000 Bände Gesamtverlust; Edith Kießling: *Die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. Blüte, Untergang und Wiederaufbau einer Bibliothek*, Frankfurt am Main 1969, S. 111 f.; *Nach Frankfurt am Main 1945 – 1965. Ein 20-Jahresbericht der Stadtverwaltung Frankfurt am Main*. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 1965, S. 162, errechnen sich für die Stadtbibliothek, die Bibliothek für Kunst und Technik und die Medizinische Hauptbibliothek Gesamtverluste von sogar 665.000 Bänden und ein Restbestand von nur 402.000 Bänden einschließlich der Rothschild-Bibliothek; StA KA 328 Bl. 91 – 94, 16.7.1946 Bericht Eppelsheimer über die Kriegsverluste gibt für die Stadt- und Universitätsbibliothek "620.000 Bücher" Kriegsverluste und "420.000 Bücher" Restbestand an; StUB Az: 10.103/10.104 21.8.1946 Vortrag Eppelsheimers im Süddeutschen Rundfunk. Danach errechnen sich die Gesamtverluste der StuUB auf etwa 650.000 Bände; StA KA 313 Abschlußbericht Dr. Binder über die Ausweichstelle Mitwitz Berichtszeit 1. März 1945 – 30. Nov. 1946, S. 6 betrug der Bestand der ausgelagerten Bibliotheksbestände 420.000 – 450.000 Bände; StUB Az: 10.103/104 25.9.1948 Bericht Dr. Binder. Danach errechnen sich für die Stadtbibliothek, die Bibliothek für Kunst und Technik und die Medizin. Hauptbibliothek rund 571.000 Bände

In Anbetracht der schweren Verluste und der Strukturängel der bisherigen dezentralen universitären Literaturversorgung ging die Bibliotheksleitung, vor allem auf Initiative Friedrich Knorrs (1904 – 1978), des Direktors der Rothschildschen Bibliothek³ noch 1944 mitten in der zerstörerischen Endphase des Zweiten Weltkriegs zielstrebig an die Aufgabe, "aus den Restbeständen der drei Frankfurter Institute (Stadtbibliothek, Rothschild-Bibliothek, Bibliothek für Kunst und Technik) eine Gesamtbibliothek mit einheitlicher Verwaltung, Katalogen usw. für die Zwecke der Universität" und den künftigen Neubau zu schaffen⁴.

Ort des Neubeginns, des ersten Wiederaufbaus und des faktischen Zusammenschlusses der Restbibliotheken zur Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, die seit 1944 mit Genehmigung des Oberbürgermeisters⁵ diesen Namen gebraucht, war aber nicht Frankfurt, sondern die Ausweichstelle Mitwitz in Oberfranken, wohin die Bibliotheken verspätet – wie üblich – seit Sommer/Herbst 1943 im Wettlauf gegen den Luftkrieg ausgelagert worden waren. Diese Bibliotheksauslagerung unterscheidet sich

Gesamtverluste. Für den Gesamtbestand vor den Kriegszerstörungen: VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 41 f.

Abweichend sind auch die Angaben über Verluste der Neuzugänge ab 1925 oder ab 1930: Edith Kießling: *Die Stadt- und Universitätsbibliothek*, S. 113; Bernhard Koßmann: *Die Bestandsentwicklung*, S. 298; Hartmut Schäfer: *Die Stadtbibliothek 1884 – 1942*, in: *Bibliotheca publica Francofurtensis. Fünfhundert Jahre Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main*, 1. Bd. Hrsg. von Klaus Dieter Lehmann, Frankfurt am Main 1985, S. 181 und Anm. 179; StUB Az: 10.103/104 25.9.1948 Bericht Dr. Binder S. 4 gibt als Verluste der Stadtbibliothek an: "Die neue Literatur aller Gebiete seit 1925, einschl. Zeitschriften"; StA MA 6220 Bd. 1: *Zur Situation der StuUB*, Nov. 1951 gibt alle Zeitschriften und Neuanschaffungen "seit 1930" als Verluste an; StUB Az: 10.103/104: *Fünfjahresplan "Die Wiederherstellung von Kriegsschäden der StuUB"* 1953 gibt als Verluste an "die gesamte seit 1925 erschienene Literatur und alle nach 1925 beginnenden Zeitschriften".

3 Über ihn: *Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925 – 1980*. Bearb. von Alexandra Habermann; Reiner Klemmt; Frauke Siefkes, Frankfurt am Main 1985 (ZfBB S.H. 42), S. 163; Franz Fischer: *Die Freiherrlich Carl von Rothschildsche Bibliothek (Bibliothek für neuere Sprachen und Musik) 1928 – 1945*, in: *Die Rothschildsche Bibliothek in Frankfurt am Main*. Frankfurt am Main 1988, S. 76, 93 f.

4 StA KA 313 Abschlußbericht Dr. Binder über die Ausweichstelle Mitwitz Berichtszeit 1. März 1945 – 30. Nov. 1946, S. 7 auch für das Folgende; StUB Az: 10.103/104 26.2.1945 Abschlußbericht Dir. Knorr über seine Tätigkeit in Oberfranken 1. Mai 1944 – 28. Febr. 1945; Johanna Binder: *Die Stadtbibliothek 1939 – 1950*. In: *Bibliotheca publica Francofurtensis. Fünfhundert Jahre Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main*, 1. Bd. Hrsg. von Klaus Dieter Lehmann, Frankfurt am Main 1985, S. 209 – 217.

5 StA KA 389 Bl. 6, 7.7.1944 Knorr an Stadtrat Dr. Keller.

aber wiederum von anderen durch Stapelung, Bergwerksunterbringung u.dgl. in die Unbenutzbarkeit führenden Bibliotheksevakuierungen dieser Zeit dadurch⁶ als die Auflage, daß die ausgelagerten Bestände weiter für die Universität benutzbar und ausleihbar zu halten wären, deren weitgehend geordnete Aufstellung, die Abordnung von geschultem Bibliothekspersonal und die allmähliche Verlagerung nahezu des gesamten Bibliotheksbetriebs zur Folge hatte.

Bei offenkundig reichlich bewilligten Sondermitteln des Reiches – es ist von 4 Millionen Reichsmark die Rede⁷ – und in Erwartung des Wettlaufs der kriegszerstörten Bibliotheken um den Buch- und Antiquariatsmarkt leitete Knorr in Mitwitz zügig und durch ungewöhnliche Erwerbungsverfahren wie den Direkteinkauf bei Verlagen und die Buchauswahl am Lager der Antiquariate selbst⁸ die Wiederbeschaffung der vernichteten Literatur in großem Stile ein. Durch Kauf, Tausch und Geschenk hat man schon in Mitwitz rund 37.000 Bände erworben.

Der Neuorganisation und der einheitlichen Bibliotheksverwaltung für die bisher getrennt untergebrachten Bibliotheken wurde aber Rechnung getragen unter anderem durch eine einheitliche Akzessionierung, den Aufbau eines wegen der Bestandsverluste und der Zusammenführung der Bibliotheken notwendigen einheitlichen neuen alphabetischen Katalogs – und als dies zu langsam ging – eines zusätzlichen Interims- (Kurz-) Katalogs mit Hilfskräften des weiblichen Arbeitsdienstes; die Aufstellung der neu bearbeiteten Buchbestände erfolgte nach dem numerus currens unter Einfrieren des nach systematischen Gesichtspunkten geordneten und nummerierten Altbestandes. Selbst die Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses und die "Ortsleihe" Mitwitz – Frankfurt wie die Fernleihe haben funktioniert, wenn auch letztere eingeschränkt durch die Kriegsverhältnisse⁹.

Im Hinblick auf die Frage nach der Kontinuität oder Diskontinuität des Jahres 1945 ist also festzuhalten, daß man bereits in Mitwitz 1944/45 die Stadt- und Universitätsbibliothek als unter Kriegs- und Ausnahmebedingungen sogar funktionierende Zentralbibliothek geschaffen hat, wenn

6 Gisela von Busse: Struktur und Organisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungen 1945 bis 1975, Wiesbaden 1977, S. 16.

7 StA KA 329 Bl. 27, 27.10.1944 StuUB an Stadt Frankfurt; StA MA 6222 Bd. 1, 5.10.1945 StuUB an Hauptverwaltung.

8 StA KA 327 Bl. 258 – 260, 14.2.1945 StuUB an Stadtrat Dr. Keller; StA MA 6210 Bd. 1, 3.7.1944 Gesamtverwaltung an Oberbürgermeister; StA KA 327 Bl. 196, 8.1.1945 Schreiben der Gesamtverwaltung.

9 StA KA 327 Bl. 147, 4.8.1944 StuUB an Kulturamt; StA KA 327 Bl. 189 f., 4.12.1944 StuUB an Kulturamt.

auch die städtische Vereinigungsentschließung nach dem Kriege erst vom 23. Oktober 1945 datiert¹⁰.

Alle diese Umorganisationsmaßnahmen standen aber unter dem Vorbehalt der personellen Kontinuität der Bibliotheksleitung, der Fortführung der eingeleiteten Verwaltungsmaßnahmen und vor allem der Rückkehr der Bibliothek nach Frankfurt. Angesichts der Gebäudezerstörungen bedeutete sie ja nicht die Rückkehr in die Normalität, sondern in neue jahrelange Provisorien und in die zumindest zeitweise partielle Unbenutzbarkeit¹¹.

Behelfsmäßiger Mittelpunkt der bibliothekarischen Aktivitäten in Frankfurt wurden nun beginnend mit "zwei Büroräumen" die teilzerstörten Gebäude der Rothschild-Bibliothek und des ehemaligen "Manskopfschen Museums für Musik- und Theatergeschichte" am Untermainkai 14 und 15, die allerdings erst im August 1946 völlig von der Beschlagnahme durch die amerikanische Militärregierung freigegeben wurden¹². Die zweite Ebene der Bibliotheksarbeit spielte sich aber bis zum Bezug und der Eröffnung des Bibliotheksneubaus im Jahre 1964/65 in zuerst einem, dann zwei (1949) zu Büchermagazinen umfunktionierten ehemaligen Luftschutzbunkern ab¹³.

Die planmäßige Rücklagerung der Ausweichstelle Mitwitz nach Frankfurt am Main erfolgte von Januar 1946 bis November 1946 als Selbstverlader mit Möbelwagen, Eisenbahnwaggons, deutschen und amerikanischen Lastkraftwagen und war von heute banal anmutenden, damals aber kaum lösbaaren Schwierigkeiten wie fehlendem Benzin oder Holzangel für Büchergestelle belastet, sodaß manche Bücher im Bunker statt aufgestellt, gleich gestapelt werden mußten oder überhaupt nicht aus den Kisten ausgepackt werden konnten. Dazu kamen die an sich unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den zunächst fenster- und elektrischen-lichtlosen sowie nicht heizba-

10 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main seit der Gründung der Universität im Jahre 1914. Entwicklung, Aufgabenstellung, Verwaltungsorganisation. Maschschr. Hausarbeit BLI-Köln, Köln 1968, S. 34 ff. und oben Anm. 4.

11 StA KA 328 Bl. 158, 20.1.1947 Niederschrift über Sitzung.

12 Hanns W. Eppelsheimer: Die Deutsche Bibliothek. Erinnerungen an eine Gründung, in: Bibliographie und Buchhandel. Festschrift zur Einweihung des Neubaus der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1959, S. 13; StA MA 6220 Bd. 1, 18. März 1946 StuUB an Kulturamt, "in den z. Zt. zur Verfügung stehenden zwei Räumen der Rothschild-Bibliothek"; StA MA 6220 Bd. 1, 12.8.1946 StuUB an Kulturamt und 27.8.1946 Magistrat an Bauamt sowie StA KA 465 gesamter Akt: Rothschild Library Collecting Point.

13 StA KA 29 Bl. 8, 21.6.1949 Kulturamt an Kuratorium; StA KA 37 Bl. 28, 45 und 48, 24. Febr. 1949, 26. Nov. 1949 und 21. Dez. 1949 Kulturamt an StuUB und Histor. Museum. Neben den Bunkern an der Friedberger Anlage und ab 1949 in der Schmickstraße waren zeitweise auch noch Räume im Bunker in der Wittelsbacher Allee für die StuUB belegt.

ren auch ohne Aufzüge und Entlüftung ausgestatteten Bunkern für die nächsten zwei Jahrzehnte¹⁴.

Mit den Rücktransporten endet die erste, dreiundviertel Jahre vom Sommer/Herbst 1943 bis November 1946 dauernde Phase der Geschichte der Stadt- und Universitätsbibliothek, die überwiegend in Oberfranken, aber auch in einer gewissen Zweigleisigkeit und teilweisen Konkurrenzsituation zur in Frankfurt verbliebenen Restverwaltung unter Prof. Oehler sich abgespielt hat¹⁵; sie ist gekennzeichnet durch die Stichwörter Kriegszerstörung, Kriegsverluste, Evakuierung, aber auch bereits Neuorganisation und Neubeginn.

2. Die Rahmenbedingungen der Entwicklung und die Funktionen der Bibliothek auf verschiedenen Ebenen

2.1 Lokale Ebene der Funktionen

Ehe mit der Darstellung der Entwicklung der Stadt- und Universitätsbibliothek fortgefahren wird, ist es notwendig, Klarheit zu gewinnen über die rechtliche Lage und die Funktionen dieser Bibliothek auf den verschiedenen Ebenen.

Andernorts in Rechts- und Unterhaltsträgerschaft wie Aufgabenstellung Festgefügtes bedurfte hier nämlich – auch im Zusammenhang mit der Entwicklung zur endgültigen Übernahme der Stiftungsuniversität durch das Land Hessen ab 1. Januar 1967 – hinsichtlich der Bibliothek noch der Klärung und der dauerhaften Regelung des rechtlichen, institutionellen und finanziellen Verhältnisses zwischen Stadt Frankfurt, Universität und Land Hessen.

Dazu kam die Übernahme zahlreicher nichtuniversitärer und nichtstädtischer Sonderaufgaben durch die Stadt- und Universitätsbibliothek in der Nachkriegszeit. Sie hat damals eine erhebliche Aufgabenausweitung erfahren. Dies führte geradezu zum Aufbau eines komplexen Funktionenpluralismus auf verschiedenen Ebenen, der lokalen, der regionalen und der natio-

14 StA MA 6220 Bd. 1, 18. März 1946 StuUB an Kulturred; StA KA 328 Bl. 158, 20.1.1947 Niederschrift über Sitzung; StA KA 880 Bl. 89, 14.2.1952 StuUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (WiKuVo) über Ersetzung der Karbidlampen; StA KA 880 Bl. 308, 12.8.1954 StuUB an Amt für WiKuVo über Rattenbekämpfung in Bunkern; StUB Az: 10.103/104, 17.3.1949 Eppelsheimer an Dekan Vossler; StUB Az: 24, 12.9.1956 Eppelsheimer an Rektor, Blatt 2; StUB Az: 10.103/104, 12.11.1947 Schreiben Eppelsheimer an Kulturred wegen Bibliotheksneubau.

15 StA KA 327 Bl. 258 – 260, 14.2.1945 Knorr an Stadtrat Dr. Keller; StA KA 389 Bl. 6 f., 7.7.1944 Knorr an Stadtrat Dr. Keller.

nen Ebene. Letztere sind zwar mit den universitären und lokalen Grundfunktionen der Stadt- und Universitätsbibliothek nicht notwendig verbunden, sie sind der Bibliothek aber in vielfältiger Weise zugutegekommen. Ohne ihre Einbeziehung in die Betrachtung wäre die Darstellung der Entwicklung der Bibliothek selbst unvollständig, und es bliebe manches unverständlich.

2.1.1 Rechtsstellung und Unterhaltsträger

Auf der lokalen Ebene liegt die aus der historischen Entwicklung erklärbare Sonderstellung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt unter den deutschen Hochschulbibliotheken zunächst darin, daß sie Stadtbibliothek war und dies auch geblieben ist in dreierlei Weise: In der städtischen Eigentümer- und Rechtsträgerschaft wie der städtischen Verwaltungsunterstellung, der durch Landeszuschüsse gemilderten städtischen Unterhaltsträgerschaft und funktionell als wissenschaftliche Stadtbibliothek, die sie originär auch war.

Im Hinblick auf ihre Doppelfunktion als Stadt- und Universitätsbibliothek nimmt es nun nicht wunder, daß mit dem Hervortreten der stärksten Benutzergruppe, der Universitätsangehörigen und Studenten, der Gedanke auftaucht, ähnlich wie im Parallellfall Köln, wo die Universitäts- und Stadtbibliothek 1953 an das Land Nordrhein-Westfalen übergegangen ist¹⁶, die Bibliothek in die Universität einzugliedern. Insbesondere haben Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre die sinkenden Hoffnungen auf einen baldigen Bibliotheksneubau und die anhaltende personelle wie sachliche Unterdotierung der Bibliothek durch die von einer Vielzahl kommunaler Wiederaufbaumaßnahmen finanziell überforderte Stadt, die Überlegungen zur Eingliederung der Stadt- und Universitätsbibliothek in die Universität gefördert. Diese Bestrebungen fallen in eine Zeit der nicht zuletzt wegen der "trostlosen" Frankfurter Bibliotheksverhältnisse durch die seit Jahren "so gut wie nicht benutzbare Bibliothek" verursachten nachhaltigen Entfremdung zwischen Universität und Stadt; sie sind auch im Zusammenhang zu sehen mit den Verhandlungen zum Neuentwurf des Universitätsvertrags, nach welchem das Land Hessen 1953 rechtlich verbindlich in die Nachfolgeverpflichtungen des aufgelösten Staates Preußen für die Universität eintrat¹⁷. Ähnlich wie die Kulturredleitung der Stadt Frankfurt, die sich Einsparungen für den Haushalt der Stadt erhoffte, beziehungsweise der es sogar

16 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 50.

17 StUB Az: 10.103/104, 21.7.1949 Schreiben des Rektors an Dr. Cremer; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Bd. 1: 1914 bis 1950, Neuwied, Frankfurt am Main 1989, S. 862 – 867.

als "ein verhängnisvoller Fehler" erschien, daß die Stadt- und Universitätsbibliothek bisher nicht in den Vertrag mit dem Staat eingeschlossen war, hat auch der damalige Bibliotheksdirektor Hanns Wilhelm Eppelsheimer diese Pläne nach Eingliederung der Bibliothek in die Universität unterstützt und sie aktiv betrieben, weil er der Ansicht war, daß die Stadt Frankfurt "die Wiederherstellung der Buchbestände so wenig allein leisten kann wie den Aufbau der Universität"¹⁸.

Entsprechend den vom Universitätskurator entwickelten Vorschlägen sollte die Stadt nach der Eingliederung der Bibliothek in die Universität dieser für die weitere Ausübung der Funktion der Stadtbibliothek 25 % der Gesamtkosten zuschießen. Durchgesetzt hat sich aber schon damals nicht diese Linie, die letztendlich auf einen Übergang der Bibliothek an das Land Hessen hinausgelaufen wäre und für die Stadt einen beachtlichen Verlust an Vermögenswerten, Prestige und dafür auch noch zusätzliche Finanzleistungen zur Folge gehabt hätte, sondern die umgekehrte, bereits 1952 vom Stadtkämmerer vertretene und im Universitätsübernahmevertrag von 1967 zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt verwirklichte Richtung¹⁹. Danach verblieb die Stadt- und Universitätsbibliothek "im Eigentum, in der Verwaltung und Finanzverantwortung der Stadt", wobei nunmehr das Land Hessen den jährlichen Zuschuß zum laufenden Fehlbedarf des Etats der Bibliothek zu einem Drittel, ab 1978 zur Hälfte übernahm²⁰.

2.1.2 Verhältnis Universitätsbibliothek – Institutsbibliotheken

Für die Lösung eines anderen leidigen Strukturproblems des herkömmlichen zweigleisigen universitären Literaturversorgungssystems, dem mehr oder weniger beziehungslosen Nebeneinander von zentraler Universitätsbibliothek und einer Vielzahl dezentraler Institutsbibliotheken wären in Frankfurt die rechtlichen Voraussetzungen nicht schlecht gewesen. Dem Direktor der Gesamtverwaltung der Frankfurter Städtischen und Universi-

18 StA KA 880 Bl. 116, 11.6.1952 Stadtrat Dr. vom Rath an Stadtkämmerer Klingler; StUB Az: 10.103/104, 9. Sept. 1949 Stadtrat a. D. Dr. Keller an Universitätskuratorium; StA KA 881, Bl. 295, 3.3.1952 Eppelsheimer an Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung.

19 StA KA 880 Bl. 114 – 116, 16. Mai 1952 Aktennotiz und Schriftwechsel Stadtrat Dr. vom Rath und Stadtkämmerer Klingler; StA MA 6220 Bd. 1, 16. Mai 1952 Aktennotiz Stadtrat Dr. vom Rath.

20 Staatsanzeiger für das Land Hessen 33 (1967), S. 1004 – 1006, hier S. 1006 § 21 Abs. 1; Clemens Köttelwesch: Die außeruniversitären Aufgaben der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, in: Bibliothek – Buch – Geschichte. Kurt Köster zum 65. Geburtstag, Hrsg. von Günther Pflug, Brita Eckert, Heinz Friesenhahn, Frankfurt am Main 1977, S. 109; Clemens Köttelwesch: Zur Literaturversorgung an der Universität in Frankfurt am Main, in: Vom Strukturwandel deutscher Hochschulbibliotheken, in: ZfBB S.H. 14 (1973), S. 249.

tätsbibliotheken oblagen nämlich seit der Einführung der Gesamtverwaltung im Jahre 1927 traditionell "auch die Aufgaben der Leitung des gesamten Universitätsbibliothekswesens (Betreuung der Seminarbibliotheken usw.)". Deswegen wurden die Bibliotheksdirektoren Oehler und auch noch Eppelsheimer von der Stadt zu Direktoren der "Städtischen und Universitätsbibliotheken" berufen und zusätzlich vom Ministerium zum "Direktor des Universitätsbibliothekswesens" ernannt²¹. Eben wegen der Unterstellung auch der Instituts- und Seminarbibliotheken unter seine Leitung hatte Prof. Oehler 1944 bei der Namensgebung für die aus den Restbibliotheken zusammengeführte Stadt- und Universitätsbibliothek statt der Singularform für die Pluralform Stadt- und Universitätsbibliotheken plädiert²².

Unabhängig von dieser rechtlich günstigen Ausgangslage, die noch dadurch verstärkt wurde, daß die Gesamtverwaltung der Frankfurter Städtischen und Universitätsbibliotheken förmlich nie aufgehoben worden ist, haben aber gerade in Frankfurt nach dem Krieg die Kriegsverluste, die Entfernungen zwischen Universität und Bibliothek, ihre schlechten Benutzungsbedingungen und auch die unterschiedliche Unterstellung von Universität und Bibliothek den Aufbau zahlreicher finanzaufwendiger und unkoordiniert nebeneinander bestehender Institutsbibliotheken (zeitweise mehr als 200) in hohem Maße geradezu gefördert²³. Es war allerdings auch nicht so, daß man dieses Strukturproblem in der Nachkriegszeit nicht als solches erkannt oder gesehen hätte. Die innerfrankfurter Diskussionen und die Diskussionen in der hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz um das DFG-Gutachten von 1953 über die Lage und das Verhältnis der Universitätsbibliotheken zu den Institutsbibliotheken (Reincke-Gutachten) haben das Nebeneinander von zentraler Universitätsbibliothek und den als unentbehrlich angesehenen Institutsbibliotheken vielmehr geradezu bestätigt. Indem man ihre Beziehungen kaum für generell normierbar hielt, sondern die Regelung des Miteinanders dem Ermessen, dem Geschick, der Durchsetzungskraft und der Kompromißfähigkeit der Bibliotheksdirektoren anheimstellte und von den örtlichen Bedingungen abhängig machte, hat man

21 StA KA 328 Bl. 63, 23. Mai 1946 OB an Direktor der Stadtbibliothek Mainz; StA PA Eppelsheimer Bl. 31, 29.12.1945 Berufung Eppelsheimers zum Direktor der Städtischen (und Universitäts-) Bibliotheken; StA KA 389 Bl. 72 (ohne Datum) Vermerk über die Entwicklung der Stelle des Direktors der Städtischen und Universitätsbibliotheken.

22 StA KA 389 Bl. 6, 7.7.1944 StuUB an Stadtrat Dr. Keller; Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 34.

23 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 34; Clemens Köttelwesch: Zur Literaturversorgung (s. Anm. 20), S. 169; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek 1950 – 1984, in: Bibliotheca publica Francofurtensis. Fünfhundert Jahre Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. 1. Bd. Hrsg. von Klaus-Dieter Lehmann, Frankfurt am Main 1985, S. 256, 259.

sich in diesen Wiederaufbaujahren auf den Boden der Anerkennung des Status quo der Zweiteilung gestellt, wobei die Diskussionen allerdings durchaus die Einsicht und das Verständnis für die Einheit und den Ergänzungscharakter der zweigleisigen Bibliotheksstruktur befördert haben²⁴. Die in Frankfurt in diesen Jahren bei dem Thema Verhältnis Zentralbibliothek – Institutsbibliotheken regelmäßig auftauchenden Hinweise auf die Wichtigkeit und Vorbedingung des Neubaus der Zentralbibliothek in Universitätsnähe oder das Argument, daß im Falle einer Eingliederung der Stadt- und Universitätsbibliothek in den Universitätskörper “die einzelnen Institutsbibliotheken dadurch viel leichter bestimmt werden könnten, auf den weiteren Ausbau ihrer Institutsbibliotheken” zu verzichten²⁵, verdeutlichen einmal mehr die abgesehen von der formalen Rechtslage in Frankfurt besonders ungünstigen Rahmenbedingungen für eine Lösung dieses Strukturproblems.

Das Thema der Institutsbibliotheken berührte und berührt überdies die Autonomie der Universität und die Arbeitsmöglichkeiten wie die Fachinteressen der Professoren an einem besonders neuralgischen Punkt; es war ohne deren Einvernehmen mit bibliothekarischen Maßnahmen allein nicht zu lösen. Dieser Sachlage und der eminenten Gefahr, daß die immer zahlreicher werdenden Institutsbibliotheken der zentralen Universitätsbibliothek den Rang abzulaufen drohten, die Zentralbibliothek also aus der Mitte an den Rand der wissenschaftlich-universitären Dienstleistungseinrichtungen abzudriften drohte, suchte der seit 1958 amtierende Bibliotheksdirektor Clemens Köttelwesch in seinem 1964 verwirklichten Neubaukonzept der Stadt- und Universitätsbibliothek durch eine vorwiegend bibliothekarische bauliche Maßnahme zu begegnen. Dieser Neubau sah nämlich erstmals in Deutschland neben dem geschlossenen Magazinbereich große freizugängliche Handmagazinbereiche zu den Lesesälen vor, um so wieder verstärkt qualifizierten Benutzern in der Zentralbibliothek angemessene Arbeitsmöglichkeiten zu bieten²⁶.

Wie anderwärts gelang es dann allerdings auch in Frankfurt erst am und nach

24 StUB Az: 05720, 25. August 1953 Protokoll der hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz Top 7 und vom 20. Mai 1954 Top 1; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 193 – 203.

25 StUB Az: 24, 17. Juli 1953 Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats der Senckenbergischen Bibliothek S. 7 f.; StUB Az: 10.103/104, 10.9.1959 Aktennotiz Köttelwesch über Gespräch mit Universitätskurator Dr. Rau.

26 Clemens Köttelwesch: Zum Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, in: Buch und Welt. Festschrift für Gustav Hofmann zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 1965, S. 125 – 136, hier bes. S. 132 ff.; Franz-Heinrich Philipp: Hochschulstruktur, Bibliotheksstruktur und Baustruktur. Anmerkungen zur Planung und funktionellen Effektivität des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt von 1964, in: Die Hochschulbibliothek. Beiträge und Berichte. (ZfBB S.H. 27, 1978), S. 19 – 36.

dem Ende des Untersuchungszeitraums aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrats von 1964 und rechtlich auf der Grundlage des Hessischen Universitätsgesetzes von 1970 das zusammenhangslose Nebeneinander von Zentralbibliothek und Institutsbibliotheken in ein koordiniertes Bibliothekssystem zu überführen²⁷.

2.1.3 Die Senckenbergische Bibliothek

Die Stadt- und Universitätsbibliothek übt ihre Funktion als Universitätsbibliothek nicht allein aus, sondern zusammen mit der nichtstädtischen Senckenbergischen Bibliothek als Universitätsbibliothek für Naturwissenschaften und Medizin. Es hätte nun nahegelegen, diese 1923 in der Inflationszeit in die Verwaltung und Finanzverantwortung der Universität übergegangene, seit 1927 der Gesamtverwaltung der Frankfurter Städtischen und Universitätsbibliotheken unterstellte und mit den anderen Bibliotheken nach Mitwitz und Umgebung ausgelagerte Stiftungsbibliothek im Zuge der Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens am Kriegsende mit der Stadt- und Universitätsbibliothek zu fusionieren. Derartige Absichten der “Übereignung der Senckenbergischen Bibliothek an die Stadt” wurden Friedrich Knorr unterstellt. Demgegenüber erklärte die Administration der Senckenbergischen Stiftung mit Hinweis auf ihr Eigentumsrecht an der Senckenbergischen Bibliothek und unter Berufung auf die programmatische Auflage des Stifters Johann Christian Senckenberg (1707 – 1772), daß seine Stiftung “allzeit separat bleiben” solle kategorisch, “einer Vereinigung mit der Stadtbibliothek niemals ihre Zustimmung” zu geben; nur über “die Modalitäten einer Zusammenlegung der Bibliothek unter Wahrung des Eigentums- und Verfügungsrechtes” der Stiftung an der Bibliothek könnten Vereinbarungen getroffen werden²⁸.

Das Problem der nach dieser Vorgeschichte in der unmittelbaren Nachkriegszeit in reichlich gespannter, von Unterstellungen und Mißverständnissen nicht freien Atmosphäre geführten Verhandlungen über die Art der Einbeziehung der Senckenbergischen Bibliothek in das neu geordnete Frankfurter Bibliothekswesen waren denn auch nicht die unbestrittenen Eigentumsrechte der Stiftung an der Bibliothek und ihre organisatorisch eigenständige Weiterexistenz. Vielmehr entzündeten sich die Auseinandersetzungen daran, daß die Stiftung, unterstützt von dem damaligen Universi-

27 Clemens Köttelwesch: Zur Literaturversorgung (s. Anm. 20), S. 169; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 256 ff.; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 197 ff.

28 StA KA 389 Bl. 85 f., 21. Dez. 1946 Administration der Senckenbergischen Stiftung an Stadtrat Seliger; StA KA 389 Bl. 8, 14. Juli 1944 Niederschrift über Besprechung Stadtrat Dr. Keller an Dr. de Bary; StA KA 389 Bl. 21, 22. Aug. 1944 Dr. de Bary an OB.

tätskurator Dr. Klingelhöfer darauf bestand, der Senckenbergischen Bibliothek weiterhin "ihren eigenen Direktor" zu erhalten. Zusätzlich verkompliziert wurde die Situation durch den Vorschlag der Administration der Senckenbergischen Stiftung, diese Spezialbibliothek für Naturwissenschaften und Medizin mit dem ebenfalls Senckenbergischen "Institut für Geschichte der Medizin", auch aus Ersparnisgründen, dadurch sachlich, personell und räumlich in eine engere Verbindung zu bringen, daß die durch Pensionierung zum 31.3.1947 freiwerdende Stelle des zuletzt erkrankten und kommissarisch vertretenen Senckenbergischen Bibliotheksdirektors Dr. Walther Rauschenberger auf Professor Artelt vom Institut für Geschichte der Medizin übertragen werden sollte. Diese Konstruktion wäre jedoch nach allen bisherigen Erfahrungen dem Gebot der Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens erst recht entgegengesetzt gewesen, selbst wenn – wie konfliktträchtig vorgesehen – der bibliothekarische Teil der Aufgaben des neuen medizinhistorischen Professordirektors der Senckenbergischen Bibliothek unter die "Oberleitung" des Direktors der Stadt- und Universitätsbibliothek gestellt werden sollte²⁹.

In Gegenposition dazu erübrigte sich nach Ansicht Eppelsheimers durch die gemeinsame bibliothekarische Leitung von Stadt- und Universitätsbibliothek und Senckenbergische Bibliothek künftig überhaupt die Direktorenstelle bei Senckenberg; nur eine von einem Naturwissenschaftler zu besetzende Bibliotheksratsstelle hielt er für nötig, auf die aber wiederum Professor Artelt keinen Wert legte und für die er auch, wie für die Direktorenstelle, wegen seiner fehlenden bibliothekarischen Ausbildung nicht in Frage kam³⁰.

Bis hin zur Drohung, gegebenenfalls die Leitung bei der Senckenbergischen Bibliothek überhaupt nicht anzutreten, war Eppelsheimer auch nicht bereit, den ins Spiel gebrachten Verlust der einen Akademikerstelle bei der Senckenbergischen Bibliothek an den Lehrkörper hinzunehmen. Desgleichen lehnte er die Einbindung und Unterstellung seiner direktorialen Befugnisse unter eine Bibliothekskommission ab, da anders als über Rechte, die üblicherweise einem Direktor einer großen wissenschaftlichen Bibliothek zustehen, die ihm gestellte Aufgabe, endlich ein "bibliothekarisches Gesamt" in Frankfurt zu schaffen, nicht zu verwirklichen sei³¹.

Mit der "Hauptwaffe" der "Unterstützungsbedürftigkeit der (Sencken-

29 StUB Az: 24, 12.9.1956 StuUB an Rektor; StA KA 389 Bl. 48 – 53, 20. Febr. 1946 Administration der Senckenbergischen Stiftung an Stadtrat Dr. Keller; Notker Hammerstein: Die J. W. Goethe-Universität (s. Anm. 17), S. 630.

30 StA KA 389 Bl. 54 f., 4.3.1946 StuUB an Kulturamt.

31 StA KA 389 Bl. 78 – 80, 3. Sept. 1946 StuUB an Kurator der Universität; StA KA 368 Bl. 68, 31. Mai 1946 StuUB an Administration der Senckenbergischen Stiftung; StA KA 389 Bl. 108, 31.1.1947 Eppelsheimer an Kurator der Universität.

bergischen d. Verf.) Naturforschenden Gesellschaft durch die Stadt" im Hintergrund und getragen von der allgemeinen Einsicht, daß die Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens nicht weiter hinausgeschoben werden dürfe, übertrug der zunächst auf zehn Jahre terminierte Vertrag vom 1. April 1947 doch noch dem Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek in Personalunion die wissenschaftliche und geschäftliche Leitung der Senckenbergischen Bibliothek, die er "entweder persönlich oder durch einen Vertreter (Bibliotheksrat)" mit naturwissenschaftlicher oder medizinischer Vorbildung ausüben konnte³². Die Senckenbergische Bibliothek blieb aber als eigene Organisationseinheit erhalten, sie unterstand weiterhin der Personalhoheit und der Finanzverantwortung der Universität. Bis zum Bezug des Neubaus 1964 verblieb sie auch im eigenen Gebäude an der Senckenberg-Anlage, doch ging Eppelsheimer unverzüglich nach Vertragsabschluß an die Vereinheitlichung der Prinzipien der Verwaltungsführung und der verwendeten Formulare der beiden ihm unterstellten Bibliotheken. Sie erhielt in dem zum 1. April 1947 von der Stadt- und Universitätsbibliothek zu Senckenberg übergewechselten Dr. Franz Hodes auch ihren Bibliotheksrat und Geschäftsführer, dem ab 1. April 1957 Dr. med. Gunter Mann in der Geschäftsführung folgte³³.

Wie sehr aber die Neuordnung des Frankfurter Bibliothekswesens als ein Torso empfunden wurde, "solange die Senckenbergische Bibliothek mit Personal und Etat hessisch, die Stadt- und Universitätsbibliothek frankfurtisch ist", zeigt sich daran, daß Eppelsheimer 1952 auch deswegen für die Übereignung der Stadt- und Universitätsbibliothek an die Universität und damit letztendlich an das Land Hessen eintrat, um "endlich die beiden Teile der Bibliothek, nämlich den naturwissenschaftlich-medizinischen, dargestellt durch die Senckenbergische Bibliothek und den geistes- und staatswissenschaftlichen, dargestellt durch die Stadt- und Universitätsbibliothek zu vereinigen"³⁴.

Das Hauptproblem dieser praktisch ohne Bestandsverluste und nur mit Teilerstörungen des Gebäudes über den Krieg gekommenen und damit von den Ausgangsbedingungen unter den naturwissenschaftlichen und medizi-

32 StUB Az: 24, 12.9.1956 StuUB an Rektor der Universität; StA KA 389 Bl. 123 – 128, 1. April 1947 Vertrag über die Senckenbergische Bibliothek (desgleichen StUB Az: 24, 1. April 1947); Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 253 f.

33 StUB Az: 24, 30.6.1947 Dienstanweisung der Senckenb. Bibl.; StUB Az: 24, 12. März 1947 Wechsel von Dr. Hodes; StA KA 882 Bl. 60 – 62, 13. Mai 1947 StuUB an Kulturamt über Zustand der Bibliotheken; StUB Az: 24, 12.1.1948 StuUB an Dr. Hodes über Anwesenheit Eppelsheimers bei Senckenberg; StUB Az: 24, 3.4.1950 Direktionsschild; StUB Az: 24, 19.3.1957 Übernahme der Geschäftsführung der Senckenberg. Bibl. durch Dr. Mann.

34 StA KA 881 Bl. 295, 3.3.1952 StuUB an Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung.

nischen Bibliotheken des Westens zunächst einzigartig gut dastehenden Senckenbergischen Bibliothek wurde aber in der Folgezeit, daß ihre zunehmend als aufgabengefährdend empfundene unzureichende Personal- und Finanzausstattung nicht Schritt hielt mit dem Anstieg von Buchproduktion und Buchpreisen in den Naturwissenschaften und der verstärkten Benützung, insbesondere auch durch die Fernleihe.

Trotz der DFG-Zuwendungen für die Betreuung der Sondersammelgebiete Biologie, Botanik und Zoologie und dem hohen Tauschanteil für die Veröffentlichungen der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, die zum weiteren Ausbau der Senckenbergischen Bibliothek ohne eigene Finanzaufwendungen beitrugen, häufen sich bis gegen den Ausgang der 1950er Jahre hin als Sondermittel, auch des Bundes bewilligt wurden, teilweise geradezu dramatische Appelle und Hinweise an den Unterhaltsträger, daß die Bibliothek "langsam zurückfällt", daß sie "seit langem nicht erst seit 1945 in bedauerlicher Weise vernachlässigt worden" ist und sie "auch heute weder den Anschaffungsetat noch das Personal" hat, "ihren alten Ruf zu rechtfertigen und ihren Aufgaben gerecht zu werden" oder daß die Senckenbergische Bibliothek auf dem bestem Wege sei "zu einem Museum alter Bücher und ungebundener Zeitschriftenhefte zu werden", sie überhaupt "die schlechtest dotierte Bibliothek der Bundesrepublik" sei³⁵. Versäumnisse der früheren Bibliotheksleitung, die "einen gewissen Ehrgeiz darin sah, mit möglichst wenig Personal auszukommen", die es aber auch unterlassen hatte beispielsweise die Kataloge auf internationales Format umzustellen, wirkten sich genauso aus wie das hier länger als bei der Stadt- und Universitätsbibliothek anhaltende Unvermögen des Unterhaltsträgers für eine angemessene Finanzausstattung zu sorgen³⁶.

3. Die Aufgabenausweitungen: Übernahme regionaler und nationaler Funktionen

3.1 Die allgemeine politische und bibliothekspolitische Situation

Die Frankfurter "Städtischen und Universitätsbibliotheken" in ihrer Gesamtheit übertrafen schon vor den Kriegszerstörungen und -verlusten –

35 StUB Az: 24, Juni 1958 Bericht über die Senckenberg. Bibl.; StUB Az: 24, 17. Juli 1953 Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrates d. Senckenberg. Bibl., S. 5; StUB Az: 24, 29.8.1955 Eppelsheimer an Rektor der Universität; StUB Az: 24, 23.9.1957 Köttelwesch an Hess. Minister für Erziehung u. Volksbildung; StUB Az: 24, 12.9.1956 Eppelsheimer an Rektor der Universität.

36 StUB Az: 24, Verwaltungsbericht der Senckenbergischen Bibliothek 1. April 1946 – 31. März 1950, S. 4; StUB Az: 24, 16.9.1955 Eppelsheimer an Kuratorium der Universität.

zwar mit deutlichem Rückstand gegenüber den beiden Staatsbibliotheken in Berlin und München – mit einem Literaturbestand von ca. 1.289.000 Bänden (1942) die größten Universitätsbibliotheken des Reiches in den Grenzen von 1937 zum Teil beträchtlich. Das Frankfurter Bücherpotential lag auch hinsichtlich seiner Qualität, gemessen an der Zahl der im Deutschen Gesamtkatalog nur in Frankfurt vorhandenen Unikate, bei Einzelerhebungen auf einem beachtlichen fünften Rang³⁷, ohne daß allerdings Frankfurt innerhalb der Organisation der Bibliotheken Preußens oder des Reiches eine irgendwie nennenswert herausgehobene Stellung eingenommen hätte. Dank der Kriegsverluste zahlreicher anderer vergleichbarer Bibliotheken war die nunmehrige Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt auch nach den Zerstörungen "eine der bedeutendsten deutschen Bibliotheken" geblieben mit einschließlich der Senckenbergischen Bibliothek nunmehr rund 830.000 Bänden³⁸.

Das wesentlich Neue, vorher nicht Dagewesene und für die seitherige Entwicklung Charakteristische ist aber nun, daß Frankfurt nach 1945 eine führende Rolle im wissenschaftlichen Bibliothekswesen Westdeutschlands zu spielen beginnt, und es sogar zu einer der Säulen der dezentral-polyzentrischen Struktur des Bibliothekswesens der Bundesrepublik Deutschland wird. Die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt erfährt nämlich in der Nachkriegszeit durch die Übernahme zahlreicher regionaler und nationaler Funktionen erhebliche Aufgabenausweitungen.

Man profitiert beziehungsweise nutzt von Anfang an und relativ zielstrebig die bibliothekspolitischen Chancen, die sich aus drei Entwicklungen ergeben:

- 1) Die politischen Spaltung Deutschlands und die damit verbundene Verlagerung buchhändlerischer und bibliothekarischer Aktivitäten in den Westteil des Reststaates, in dem sich Frankfurt dank seiner zentralen Lage und mancher buchhändlerischer Traditionen glaubwürdig als neuer Standort anbot (z. B.: Deutsche Bibliothek, Börsenverein)³⁹.
- 2) Die Auflösung Preußens und die Bildung des Landes Groß-Hessen beziehungsweise Hessen, in dem aber wiederum Frankfurt und seine

37 Ladislaus Buzas: Deutsche Bibliotheksgeschichte der neuesten Zeit (1800 – 1945), Wiesbaden 1978 (Elemente des Buch- und Bibliothekswesens. Bd. 3), S. 29, 53 und 60; Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek 1884 – 1942; in: Bibliotheca publica Francofurtensis, Fünfhundert Jahre Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. 1. Bd. Hrsg. von Klaus Dieter Lehmann, Frankfurt am Main. 1989, S. 145 f.

38 StA KA 330 Bl. 1, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Kulturamtsleiter Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; StA KA 328 Bl. 91 ff., 9. Juli 1946 Kulturamt an Eppelsheimer. Die Zahl der Bücher beträgt bei der StuUB 420.000 und 10.000 Dissertationen, bei Senckenberg 400.000 Bücher (Summe 830.000 Bücher).

39 StA MA 6220 Bd. 1, 15.11.1945 Denkschrift StuUB Dr. Hodes.

Bibliothek durch ihre zentrale Lage im bevölkerungs- und wirtschafts-starken Rhein-Main-Gebiet und dank des Umfangs der übriggebliebenen Buchbestände, der Kataloge und anderer Einrichtungen gegenüber anderen, oft noch stärker kriegs-betroffenen hessischen Bibliotheken relativ unangefochten eine Vorrangstellung beanspruchen und ausbauen konnte⁴⁰.

- 3) Der mit der föderalen Staatsstruktur der Bundesrepublik einhergehenden Dezentralisierung und Regionalisierung der Struktur und Organisation des wissenschaftlichen Bibliothekswesens, das nach dem Ausscheiden Preußens, der verbindenden Klammer der Preußischen Staatsbibliothek und dem Wegfall der unter den Zentralisierungstendenzen des Nationalsozialismus forcierten reichseinheitlichen Regelungen (z. B.: Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten u. dgl.) erst recht wieder neuer Gremien und Einrichtungen der Koordination sowie neuer Träger und Vororte der regionalen und überregionalen Zusammenarbeit bedurfte. Es zeigte sich einmal mehr, daß ein dezentrales System notwendig ergänzender Zentralität bedarf.

Diese Übernahme außeruniversitärer und nichtstädtischer Sonderaufgaben zur Erfüllung regionaler und überregionaler bibliothekarischer Gemeinschaftsaufgaben durch die Stadt- und Universitätsbibliothek in der Nachkriegszeit war trotz der für sie günstigen Ausgangslage nicht zwangsläufig, sondern in hohem Maße auch personenabhängig. Manches war völlig neu, bei manchen Maßnahmen konnte man an vorhandene Einrichtungen anknüpfen. Es ist auch nicht alles gelungen, was geplant war⁴¹.

Aus der Zeitsituation erklärlich, aber auch Methode war, daß für eine ganze Reihe von Sonderaufgaben anfänglich Rechtsquellen nicht nachweisbar sind⁴² und sie als provisorische, mit dem vorhandenen Personal, den Räumen und Arbeitsmitteln zu bewältigende Maßnahmen erschienen oder sie dem für die Finanzierung von regionalen oder überregionalen bibliothekarischen Gemeinschaftsaufgaben keineswegs primär zuständigen städti-

40 Ladislaus Buzas: Deutsche Bibliotheksgeschichte (s. Anm. 37), Bd. 3, S. 10 f., Hessen gehörte mit 60 % verlorenen Buchbeständen (2 von 3,5 Mio. Bänden) zu den am stärksten kriegsgeschädigten Bibliotheksregionen; StA KA 328 Bl. 38 – 41, 8.2.1946 Denkschrift Eppelsheimer über die Lage und die Neuordnung des Großhessischen Bibliothekswesens.

41 Völlig neu waren z. B.: das Pflichtexemplarrecht (siehe unten S. 52 f.), die Bibliotheksschule (siehe unten S. 53 ff.), die Sondersammelgebiete (siehe unten S. 67 ff.); an den Berghoefferschen Sammelkatalog konnte man beim Hessischen Zentralkatalog anknüpfen (siehe unten S. 58 ff.); die Hebung der Direktorenstelle zur Generaldirektorenstelle, der Hessische Staatsbibliotheksplan oder die Verlegung der Westdeutschen Bibliothek nach Frankfurt gelangen nicht (siehe unten S. 47 ff., 49 ff., 64 ff.).

42 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 37.

schen Unterhaltsträger hingestellt wurden, bis sie im Laufe der Zeit rechtlich und verschiedentlich unter erst nachträglicher allmählicher Finanzierungsbeteiligung des Landes etatmäßig abgesichert wurden beziehungsweise abgesichert werden mußten⁴³.

Nicht zu übersehen und Antriebskraft ist auch bei manchen dieser scheinbar nur aus der Notlage der Zeit geborenen Aufgabenneuübernahmen das Prestige- und Konkurrenzdenken und die stets wache und frühe Sorge, "daß diese Vorrangstellung nicht eines Tages an eine andere Stadt- oder Landesbibliothek innerhalb Großhessens bzw. des südwestdeutschen Raumes abgetreten werden muß"⁴⁴.

Diese Aufgabenneuübernahmen stehen zum Teil auch in der Kontinuität eines Eigenanspruchs, der weit in die Vorkriegszeit zurückreicht und der jetzt unter völlig geänderten Rahmenbedingungen die Chance zur Umsetzung manch alter Absichten in die Realität gekommen sah. Recht gut geeignet zur Demonstration dieses Eigenanspruchs auf eine herausgehobene Stellung, die manche Einzelmaßnahme verständlich werden läßt, sind zwei – allerdings nicht realisierte beziehungsweise nicht realisierbare – Pläne, bei denen sich Prestige und Sachaspekte untrennbar miteinander verbinden: Den Plan der Aufwertung der Direktorenstelle der Stadt- und Universitätsbibliothek zu einer Generaldirektorenstelle und der Plan der Anerkennung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt als Hessische Staatsbibliothek.

3.2 Die regionalen Pläne und Funktionen der Stadt- und Universitätsbibliothek

3.2.1 Der Generaldirektorsplan

Der ältere, wesentlich noch an der Struktur des preußischen Bibliothekswesens und des Reiches orientierte Plan neben dem jüngeren Hessischen Staatsbibliotheksplan ist der Generaldirektorsplan. Schon 1927 bei der Errichtung der Gesamtverwaltung der Frankfurter Städtischen und Universitätsbibliotheken hat sich Frankfurt um die Genehmigung der Stelle eines Generaldirektors bemüht. Die Absicht scheiterte aber am Widerstand Berlins, das diesen Titel in Preußen allein der Preußischen Staatsbibliothek vorbehalten wollte, neben der damals nur noch die Bayerische Staatsbibliothek

43 StA KA 27 Bl. 3, 26.11.1949 StuUB an Kulturamt. Die Übernahme der Funktionen einer Hess. Staatsbibliothek "wird keine finanziellen Auswirkungen haben"; siehe auch unten bei Bibliotheksschule S. 55 ff., Hessischer Zentralkatalog S. 61 und Anfänge der Deutschen Bibliothek S. 62 f.

44 StA MA 6220 Bd. 1, 15.11.1945 Denkschrift StuUB Dr. Hodes: StA KA 27 Bl. 1, 8.11.1949 StuUB an Kulturamt betr. Hess. Staatsbibliotheksplan.

in München seit 1920 einen Generaldirektor als Zeichen ihrer übergeordneten Bedeutung im deutschen Bibliothekswesen besaß⁴⁵.

Die Inflationierung der Generaldirektorenstellen, von denen es 1942 im Einflußbereich des Reiches bereits sechs gab (Berlin 1886, München 1920, Leipzig (Dt. Bücherei) 1938, Wien 1926, Prag, Krakau (Staatsbibliothek 1941) und eine geänderte Haltung des Reichserziehungsministers veranlaßten im Jahre 1942 die Stadt Frankfurt, auch im Zusammenhang mit Bleibeverhandlungen für Direktor Knorr von der Rothschild'schen Bibliothek, der einen Ruf als Professor nach Prag erhalten hatte, und mit Unterstützung des Reichsbeirats für Bibliotheksangelegenheiten, den Antrag auf Schaffung der Stelle eines Generaldirektors der Frankfurter Bibliotheken zu erneuern. Die Bearbeitung und Genehmigung des Antrags, der dem Umfang und der Bedeutung der Frankfurter Bibliotheken Rechnung tragen und verhindern sollte, daß Frankfurt "gegenüber anderen Städten mit kleineren Bibliotheken zurückstehen" müßte, wurde aber dann trotz hoffungsvoller Anfänge in Berlin bis zum Kriegsende zurückgestellt⁴⁶.

Bemerkenswert für die Kontinuität von Ansprüchen und Absichten, die durch die zwischenzeitlichen kriegsbedingten Bestandsminderungen und den Zusammenbruch des Reiches eigentlich die ursprüngliche Grundlage verloren hatten und von der Zeitsituation her im Augenblick beinahe unrealistisch überholt schienen, ist nun, daß diese Generaldirektorspläne noch im Monat der Kapitulation des Reiches im Mai und im Sommer 1945 Gegenstand der Überlegungen zur Nachfolge Professor Oehlers und der anschließenden Einstellungsverhandlungen mit Hanns Wilhelm Eppelsheimer, dem späteren Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek, wurden.

Wie zum Teil schon früher, wo auch noch vom "Prestige" und der mit der Schaffung einer Generaldirektorenstelle bekundeten Absicht eines vorbildlichen und beschleunigten Wiederaufbaus die Rede war⁴⁷, erhoffte man sich von der Hebung der Stelle des Direktors der Frankfurter Bibliotheken zum Generaldirektor drei Vorteile für Frankfurt:

- 1) erhält es einen Sitz im Reichsbeirat für Bibliotheken,
- 2) wird Frankfurt Sitz einer Prüfungsstelle für den mittleren und höheren Bibliotheksdienst und

45 Ladislaus Buzas: Deutsche Bibliotheksgeschichte (s. Anm. 37), Bd. 3, S. 18.

46 StA MA 6210 Bd. 1, 30.9.1942 Niederschrift über Besprechung Stadtrat Dr. Keller; StA MA 6210 Bd. 1, 10.11.1942 Schreiben d. Hauptverwaltungsamtes; StA MA 6210 Bd. 1, 10.10.1942 OB an Dir. Knorr; StA MA 6210 Bd. 1, 16.12.1944 OB an Kulturstadt; StA KA 389 Bl. 72 (ohne Datum) Auflistung des Kulturstadts über Entwicklung; StA KA 389 Bl. 74, 2. Juli 1946 (?) Stadtrat Dr. Keller an Universitätskurator.

47 StA KA 389 Bl. 7, 7.7.1944 StuUB an Stadtrat Dr. Keller.

3) besteht hierdurch die Möglichkeit, eine erste Kraft für die Generaldirektorenstelle zu finden⁴⁸.

Nach Widerständen in der Personalkommission der Stadt gegen die Hebung der Direktorenstelle zur Generaldirektorenstelle, weil "dies nur Berufungen von anderer Seite zur Folge haben würde" und wegen der Optik, daß nach den Zerstörungen der Stadt und der Bibliotheken die Verleihung des "etwas anspruchsvollen Titel Generaldirektor"⁴⁹ nicht recht verstanden und verantwortet werden könnte, dieses auch nicht den Interessen und der "geistigen Einstellung" Eppelsheimers entspräche, wurde bei der Einstellung Eppelsheimers "die Verleihung des Titels Generaldirektor ... vorbehalten, aber auf einen späteren Zeitpunkt vertagt"⁵⁰.

Diese Zurückstellung hat dazu geführt, daß 1951 die Stadt Frankfurt nunmehr bei der Aufsichtsbehörde in Wiesbaden mit Hinweis auf die zwischenzeitlichen in- und ausländischen Erfolge Eppelsheimers den Antrag auf Verleihung des Titels Generaldirektor erneuerte. Trotz Zustimmung des Universitätskuratoriums und bei aller Würdigung der Verdienste Eppelsheimers lehnte aber der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung aus rechtlichen Gründen und wegen der Folgewirkung für Bibliotheken in anderen Bundesländern die Titelverleihung ab. Er war zudem der Ansicht, daß den Generaldirektorentitel nur die Leiter der großen Staatsbibliotheken in Berlin und München führten, "mit denen die Frankfurter Bibliotheken nicht verglichen werden können"⁵¹.

Wichtiger als das letztendliche Scheitern der förmlichen Umwandlung der Direktorenstelle zu einer Generaldirektorenstelle ist aber, daß praktisch schon 1945/46 alle drei mit dem Generaldirektorenplan verbundenen Einzelaspekte in die Tat umgesetzt worden sind. Man hatte mit Eppelsheimer in Frankfurt einen überragenden Fachmann als Bibliotheksdirektor gewonnen, die theoretische Ausbildung mit Abschlußprüfungen für den bibliothekarischen Nachwuchs war aufgenommen worden (siehe unten S. 53 ff.) und die (Reichs-)Beiratsfunktion hatte durch die 1945 noch inoffizielle, 1946 offizielle Ernennung Eppelsheimers zum Berater des Hessischen Kultusministers in Bibliotheksangelegenheiten (ÖB und WB) auf föderalistisch-

48 StA KA 330 Bl. 12, 19.7.1945 Stellungnahme der Personalkommission; StA KA 330 Bl. 1 f. und 8 f., 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Kulturstadtsleiter Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; StA PA Eppelsheimer Bl. 14, 19.7.1945 Stellungnahme der Personalkommission.

49 StA KA 330 Bl. 12, 19.7.1945 Stellungnahme der Personalkommission.

50 StA KA 330 Bl. 15, 27.8.1945 Stadtrat Dr. Keller an Eppelsheimer; StA PA Eppelsheimer Bl. 18, 18.8.1945 Stadtrat Dr. Keller an ÖB; StA KA 1.422 Bl. 135, 8.9.1945 OB an Eppelsheimer.

51 StA KA 881 Bl. 37, 12.10.1951 Hessischer Minister für Erziehung und Volksbildung an Kulturstadt; der Vorgang insgesamt: StA KA 881 Bl. 30 – 40, 16.8.1951 – 30.11.1951.

regional eingeschränkter Ebene eine personengebundene Lösung gefunden⁵².

3.2.2 Der Hessische Staatsbibliotheksplan

Die ministerielle Beraterfunktion Eppelsheimers und die Durchführung von Lehrgängen zur bibliothekarischen Ausbildung zeigen, daß nach der Auflösung des führenden Staates Preußen und dem Zusammenbruch des Reiches und der zentralen bibliothekarischen Einrichtungen die neu gestärkte dezentrale Struktur des Bibliothekswesens innerhalb der Bibliotheksregionen schon relativ früh den Aufbau neuer regionaler zentraler Einrichtungen und Beratungsinstanzen zur Folge hatte. Das dezentrale Bibliothekswesen benötigte eben erst recht zur Steuerung und zur Ausbildung des Nachwuchses, der Abnahme von Prüfungen, der Planung zentraler Kataloge, der Lenkung der Anschaffungen und des Leihverkehrs u. dgl. wie der Wahrung des Handlungszusammenhangs zwischen den Bibliotheken derselben Region und mit denen anderer Regionen sowie zur Beratung der Ministerialbürokratie und der Exekutierung ihrer Beschlüsse Ansprechpartner, Gremien und eine klare Aufgabenverteilung. Wie schon der urteilsstarke Georg Leyh feststellte, ist mit dem Wiederaufbau nach dem Kriege "an die Stelle einer ruhigen bodenständigen Entwicklung ... ein fieberhaftes Bedürfnis nach Aussprachen, Reisen, Tagungen in kleinerem und größerem Kreise getreten"⁵³.

Eppelsheimer ist allem Anschein nach 1946 auch mit nur deswegen als Direktor nach Frankfurt gegangen, weil für ihn – wie er in einer Denkschrift an den Hessischen Kultusminister von Ende 1945/Anfang 1946 "Über die Lage und Neuordnung des Großhessischen Bibliothekswesens" ausführte – nur Frankfurt als Sitz zentraler Einrichtungen im von den Regionen und Besatzungszonen her neu aufzubauenden deutschen Leihverkehr und in der Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses in Frage kam, "das mit seinen rd. 700.000 Bänden noch immer die weitaus größte, mit seinen Katalogen und anderen Einrichtungen die bedeutendste und zukunftsreichste Bibliothek des Landes ist"⁵⁴. Für diese Aufgaben reklamierte er damals

52 StA KA 328 Bl. 23, 28.12.1945 Eppelsheimer an Großhessische Regierung; StA KA 389 Bl. 69, 7.6.1946 Eppelsheimer an Stadtrat; StUB Az: 24, 7.6.1946 Eppelsheimer an Stadtrat; StUB Az: 10.103/104, 23.8.1946 Großhessisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht an Eppelsheimer; StA KA 328 Bl. 38, 8.2.1946 StUB an Stadtrat Dr. Keller.

53 Georg Leyh: Die deutschen Bibliotheken von der Aufklärung bis zur Gegenwart, in: Handbuch der Bibliothekswissenschaft. Hrsg. von Georg Leyh, 3. Bd.: Geschichte der Bibliotheken. 2. Hälfte, 2. Aufl., Wiesbaden 1957, S. 478.

54 StA KA 328 Bl. 38 – 41, 8. Febr. 1946 Denkschrift Eppelsheimer über die Lage und Neuordnung des Großhess. Bibliothekswesens.

bereits den Begriff "Großhessische Staatsbibliothek" für die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, hielt aber die Namensweiterung erst dann für spruchreif, wenn in anderen Ländern aus "dem Streben nach Dezentralisation" bisherige Landes- oder sonstige Bibliotheken die Funktionen und auch den Namen von Staatsbibliotheken übertragen bekommen sollten. Daher wandte er sich auch entschieden dagegen, daß die Nassauische Landesbibliothek in Wiesbaden wegen des zufälligen neuen Regierungssitzes Wiesbaden angeblich die Großhessische Staatsbibliothek werden sollte, weil diese schon wegen ihrer Größe "weder heute noch morgen" die Aufgaben einer Staatsbibliothek erfüllen könnte⁵⁵.

Eppelsheimer hat selbst durch seine Funktionen als bibliothekarischer Berater des Hessischen Kultusministers, ständiger Vorsitzender der Konferenz der hessischen Bibliotheksdirektoren, als Leiter der Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses und ständiger Vorsitzender der Prüfungskommission zur Aufgabenbündelung und dem Ausbau der zentralen Stellung bei der Stadt- und Universitätsbibliothek beigetragen⁵⁶. Diese Stellung Frankfurts hing allerdings zum Teil von seiner Person ab, und es stand zu befürchten, daß die Vorortstellung Frankfurts im Bibliothekswesen im Falle seines Ausscheidens aus dem Dienst an eine der anderen staatlichen Bibliotheken verloren hätte gehen können.

Ziel der von Eppelsheimer 1949/50 betriebenen Anerkennung der Stadt- und Universitätsbibliothek als Hessische Staatsbibliothek war es nun, eine institutionalisierte und von seiner Person unabhängige Absicherung und Festschreibung ihrer inzwischen erreichten "Vormachtstellung" als "zentrale hessische wissenschaftliche Bibliothek" zu erreichen⁵⁷. Diese Bestrebungen deckten sich mit bereits 1948 geäußerten Absichten des Ministeriums, "den hessischen Bibliotheken durch die Errichtung einer zentralen Dienststelle (Hessische Staatsbibliothek) bei der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt a. M. eine straffere Organisation zu geben. An eine effektive Bibliothek ist dabei nicht gedacht, sondern eben nur an eine Dienststelle, an ein Institut, das die Gemeinschaftsarbeiten der hessischen Bibliotheken steuern und das Ministerium in bibliothekarischen Fragen durch seine Beratung entlasten, durch seine Initiative unterstützen soll"⁵⁸.

Eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder Eingriffsmöglichkeiten

55 StA KA 328 Bl. 23, 28. Dez. 1945 Eppelsheimer an die Großhessische Regierung.

56 StUB Az: 10.103/104, 23.8.1946 Großhess. Staatsministerium für Kultus und Unterricht an Eppelsheimer; StUB Az: 05720, 3./4. April 1946 und 3. Juli 1947 Bericht über Stuttgarter Konferenz; StA KA 328 Bl. 52, 9.4.1946 Bericht über Stuttgarter Treffen.

57 StA KA 27 Bl. 1, 8.11.1949 StUB an Kulturamt.

58 StUB Az: 05720, 4. Mai 1948 Protokoll der hess. Bibliotheksdirektorenkonferenz.

des Landes in den Betrieb der Stadt- und Universitätsbibliothek war damit ebenfalls nicht beabsichtigt; vielmehr könnte man – wie Eppelsheimer meinte – vielleicht später sogar den Staat leichter zu Zuschüssen an die Bibliothek bewegen. Der Zusatz im Namen "Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt, Hessische Staatsbibliothek" sollte nur die inzwischen erreichte und tatsächlich ausgeübte Funktion einer Hessischen Staatsbibliothek dauerhaft festschreiben, absichern und im Namen ausdrücken.

Unverkennbar und Argument ist auch ein gewisses Konkurrenzdenken zu den großen Bibliotheken in München, Hamburg, Stuttgart oder Göttingen, das soeben selbst erst den Namen Niedersächsische Staatsbibliothek erhalten hatte und in denen man, wie die Verteilung der Sondersammelgebiete gezeigt hatte, zum Teil übermächtige Konkurrenten besaß. Der Name Staatsbibliothek könnte sich überdies positiv auf den Ausbau der Auslandskontakte auswirken. Die skeptische Kulturverwaltung der Stadt Frankfurt befürchtete Mehrarbeit und Folgekosten aus der Anerkennung der Stadt- und Universitätsbibliothek als Hessische Staatsbibliothek und den falschen Eindruck, als sei der hessische Staat an der Bibliothek beteiligt. Sie bat Eppelsheimer von weiteren Verhandlungen mit dem Kultusministerium abzusehen⁵⁹.

Damit ist ähnlich wie bei der Generaldirektorsernennung, die am Land Hessen gescheitert ist, auch bei dem neueren, wesentlich an der politischen und bibliothekarischen Nachkriegsordnung orientierten Plan der Staatsbibliotheksernennung, der an der Stadt Frankfurt gescheitert ist, der Stadt- und Universitätsbibliothek eine förmliche Anerkennung ihrer herausgehobenen Stellung im hessischen und deutschen Bibliothekswesen versagt geblieben. Weder der Unterhaltsträger Stadt noch das Land Hessen waren aus unterschiedlichen Motiven bereit, den zahlreichen von der Stadt- und Universitätsbibliothek zusätzlich zu ihren lokalen Funktionen wahrgenommenen Landes- und nationalen Aufgaben formell Rechnung zu tragen – offenkundig auch eine Folge ihrer rechtlich schwierigen Lage zwischen Stadt Frankfurt und Land Hessen. Mit dem Plan ist allerdings auch untergegangen die Schaffung einer institutionalisierten, klar zuordbaren Beratungs-, Lenkungs- und Planungsinstanz an einer zentralen Dienststelle – und vielleicht liegen im Scheitern solcher Pläne auch die Ursachen der neuerdings akzentuiert beschriebenen personalisierten, wenig transparenten Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungsmechanismen im deutschen Bibliothekswesen⁶⁰.

59 StA KA 27, Bl. 1 – 7, 8.11.1949 – 2. März 1950.

60 Joachim Stoltzenburg: Der Innere Kreis als Zentrum deutscher Bibliothekspolitik – Strukturen und Prozeduren, in: Bibliotheksdienst 23 (1989), S. 481 – 498.

3.2.3 Das Pflichtexemplarrecht

Zur Wahrnehmung von Sonderaufgaben durch die Stadt- und Universitätsbibliothek gehört aufgrund einer Verordnung des Hessischen Kultusministers vom 10. Dezember 1949 auch die Einziehung von Pflicht-(Frei-)Exemplaren für das Stadtgebiet Frankfurt am Main (ab 3.3.1950)⁶¹.

Wie so manches in dieser Zeit der staatsrechtlichen und verwaltungsorganisatorischen Veränderungen nach dem Zusammenbruch des Reiches, die mit der Neubildung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz gerade im Umland von Frankfurt zu einer erheblichen territorialen Strukturbereinigung geführt hat, war diese Pflichtstückverordnung das Restergebnis einer ursprünglich erheblich weitergehenden Forderung nach Ablieferung aller im Lande Groß-Hessen verlegten oder gedruckten Druckwerke an die Stadt- und Universitätsbibliothek. Kennzeichnend ist auch hier wieder für Frankfurt, daß man diese Forderung zielstrebig und sehr früh – "damit nicht der Entscheid zugunsten einer anderen Bibliothek fällt" – bereits im November und Dezember 1945 erhoben und dem Kultusminister des neuen Landes Groß-Hessen auch gleich den Entwurf der entsprechenden Verordnung mitgeliefert hat⁶². Die Hinweise auf die Notwendigkeit einer Sammelstelle des gesamthessischen Schrifttums an der größten wissenschaftlichen Bibliothek des Landes, die zugleich Universitätsbibliothek sei, die zentrale Lage Frankfurts und ihre durch die besatzungspolitisch-motivierte verlegerisch-buchhändlerische Absetzbewegung von Leipzig wachsende Bedeutung als Buchstadt konnten aber nicht verhindern, daß Frankfurt mit Billigung der Hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz letztlich nur für seinen Stadtkreis neben den alten Regionalbibliotheken Darmstadt, Fulda, Kassel und Wiesbaden ein Pflichtexemplarrecht zugestanden erhielt.

3.2.4 Die Bibliotheksschule

Der Wegfall reichseinheitlicher Lösungen und der neue Kulturföderalismus der Länder haben auch der schon länger existierenden Frankfurter Forderung nach der Durchführung bibliothekarischer Ausbildungslehrgänge und Prüfungen den Weg frei gemacht. Sicherlich hat man bei der Übernahme

61 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 39 f. und S. 59 – 61; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 230; nach VDB-Jahrbuch 37 (1957), S. 66 besaß man das Pflichtexemplarrecht seit 3.3.1950 aus dem Stadtkreis.

62 StA MA 6220 Bd. 1, 15.11.1945 Denkschrift StuUB Dr. Hodes; StA MA 6220 Bd. 1, 19.11.1945 StuUB an OB; StA KA 6220 Bd. 1, 24.11.1945 KulturstA an OB; StA KA 328 Bl. 7, 24.11.1945 KulturstA an OB; StA MA 6220 Bd. 1, 13.12.1945 OB an Minister für Erziehung und Kultur einschl. Entwurf einer Anordnung; StA KA 328 Bl. 40, 8.2.1946 Denkschrift Eppelsheimer über die Lage und Neuordnung des Großhessischen Bibliothekswesens.

dieser Regionalaufgabe nach 1945 vordergründig auf eine kriegs- und nachkriegsbedingte Notsituation reagiert, als man die im Frühjahr 1944 zur Ausbildung zugeteilten Praktikantinnen des gehobenen Dienstes im zweiten theoretischen Ausbildungsjahr nicht an eine der dafür vorgesehenen Ausbildungsstätten (die Staatsbibliotheken Berlin und München, die UB Leipzig und die NB Wien) überwies, sondern noch am Auslagerungsort Mitwitz selbst mit der theoretischen Unterweisung begann. Ihr schloß sich mit Billigung des städtischen Kulturamtes vom 23.1.1946 und der Ermächtigung des Hessischen Kultusministers vom 23.8.1946 am 3. Oktober 1946 die mündliche Abschlußprüfung in Frankfurt an⁶³. Auch hat man dadurch die Möglichkeit gesehen, den damals zwischen dem Mangel und der Unterbringung stellenlos gewordener Bibliothekare schwankenden Bedarf an Nachwuchskräften sich selbst zu sichern⁶⁴.

Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, daß die Einrichtung einer Ausbildungs- und Prüfungsstelle für den gehobenen und höheren Bibliotheksdienst schon ein wesentlicher Teilaspekt des Generaldirektorsplans gewesen ist. In diesem Zusammenhang hatte, auch aufgrund eines Vorschlags des Reichsbeirats für Bibliotheksangelegenheiten, der am 27.10.1943 vom Reichserziehungsminister genehmigt wurde, ein dann mit dem Generaldirektorsplan und infolge der Kriegsereignisse nicht verwirklichter Prüfungsausschuß für den gehobenen Bibliotheksdienst in Frankfurt eingerichtet werden sollen⁶⁵.

Die Ausbildungslehrgänge und die Prüfungsstelle gehören zugleich in den Kontext der Anerkennung und des Ausbaus der Stadt- und Universitätsbibliothek zu einer regional zentralen und national führenden, beziehungsweise den Staatsbibliotheken funktionell möglichst gleichberechtigten Bibliothek. So beanspruchte man bereits im November 1945 dieses Prüfungsamt für Frankfurt, da sich ansonst "eine andere südwestdeutsche Bibliothek für diese Prüfungsstelle" interessieren könnte, während Eppelsheimer gar von einer "Selbstaufgabe" des neuen Großhessischen Staates sprach, wenn er nicht die Sicherung der Ausbildung des gehobenen wie des

63 StA KA 329 Bl. 145, 13.10.1946 Protokoll über Prüfung der Praktikantinnen; StA KA 313 Bl. 10 Abschlußbericht Dr. Binder über die Ausweichstelle Mitwitz Berichtszeit 1.3.1945 – 30.11.1946; Rosemarie Richardt: Zwanzig Jahre bibliothekarische Ausbildung in Frankfurt am Main, in: ZfBB 12 (1965), S. 232 f.; Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 41 ff.; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 215, 220, 229; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 251.

64 StA KA 330 Bl. 1, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Kulturamtsleiter Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; StA KA 329 Bl. 63, 13.6.1945 Kulturamt an Personalamt; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 42 – 44.

65 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 43 Anm. 74.

akademischen bibliothekarischen Nachwuchses als eine der Aufgaben der nur in Frankfurt zu verwirklichenden "Großhessischen Staatsbibliothek" übernehme⁶⁶. Bedenken wegen der Qualität des Unterrichts bei nur wenigen wissenschaftlichen Mitarbeitern, welche damals etwa zeitgleich die in der Ausbildung traditionsreiche UB Göttingen von einer dauerhaften Übernahme der Ausbildung des wissenschaftlichen Dienstes Abstand nehmen ließen, hatte man offenkundig in Frankfurt nicht⁶⁷.

Aufgrund der Kultusministerkonferenz-Vereinbarung in Königswinter, nach der die theoretische Ausbildung bundeseinheitlich an Bibliotheksschulen erfolgen sollte, ging aus den Ausbildungslehrgängen der Jahre 1945 – 1952 an der Stadt- und Universitätsbibliothek 1952 die Bibliotheksschule hervor. Sie war der Stadt- und Universitätsbibliothek "angegliedert" und erhielt durch Magistratsbeschluß vom 7.7.1952 in dem damaligen Stellvertretenden Bibliotheksdirektor der Stadt- und Universitätsbibliothek Carl Wehmer (1903 – 1978) und 1954 in dessen Nachfolger Clemens Kötzelwesch (1915 – 1988) ohne "finanzielle Auswirkungen" nominell einen Direktor, wobei Kötzelwesch dieses in der Folge auch mit 4800,- DM, seit 1992 mit 6000,- DM jährlich für die nebenamtliche Leitung der Bibliotheksschule dem Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek vergütete Amt behielt, als er 1958 selbst Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek geworden ist⁶⁸.

Die freiwillige Übernahme einer kostenträchtigen Ausbildungsaufgabe durch die Stadt ohne gesetzlichen Auftrag des Landes und ohne Errichtungsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung, innerstädtisch abgesichert nur über die Bewilligung durch das Kulturamt 1946 und 1952 durch die Genehmigung eines Direktors für die Bibliotheksschule über eine Magistratsvorlage sowie ohne Regelung der rechtlichen Zuständigkeits-, Finanzierungs- oder Kostenbeteiligungsfragen, erwies sich in der Folge als nicht unproblematisch. So bat noch 1963 das Revisionsamt der Stadt Frankfurt um die Erstellung einer Vorlage "durch die die Führung der Bibliotheksschule mit ihren Konsequenzen für die städtischen Finanzen genehmigt werde". Mit der weder faktisch noch quellenmäßig belegbaren Auskunft der Stadt- und Universitätsbibliothek, "daß die Bibliotheksschule bereits vor

66 StA MA 6220 Bd. 1, 15.11.1945 Denkschrift StuUB Dr. Hodes; StA KA 328 Bl. 38 – 41, 8.2.1946 Denkschrift Eppelsheimer über die Lage und Neuordnung des Großhessischen Bibliothekswesens.

67 Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 44.

68 StA MA 6220 Bd. 1, 19.5.1952 Ernennung Dr. Wehmers zum Direktor d. Hess. Bibliotheksschule; StA KA 886 Bl. 31, 13.5.1952 Minister für Erziehung und Volksbildung an Stadt Frankfurt; Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 41 ff. und S. 62 – 64; Rosemarie Richardt: 20 Jahre (s. Anm. 63), S. 234; Haushaltsplan des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1990 – 91, S. 5581, resp. Einzelplan 15, S. 899; Haushaltsplan des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1992, Einzelplan 15, S. 767.

1945 bestanden habe und später nur wieder eingerichtet worden sei" und daß der Beschluß über ihre Errichtung offenbar im Krieg mit den anderen städtischen Akten verbrannt sein müsse, beließ man es dann anscheinend bei dem bisherigen Zustand⁶⁹. "Die Hessische Bibliotheksschule war somit zwar faktisch existent, aber rechtlich nicht greifbar"⁷⁰. Die Übernahme der Ausbildung ohne gesetzliche Regelung und Ermächtigung nur aufgrund eines Einvernehmens des Kultusministeriums mit der Stadt führte dann auch gerade im Umfeld des Untersuchungszeitraums zu Auffassungsunterschieden, ob es sich hier um eine staatliche oder eine städtische Bibliotheksschule handele. Die Bezeichnung "Bibliotheksschule Frankfurt a. M." mußte vorübergehend auf Anordnung des Hessischen Kultusministers durch "Hessische Bibliotheksschule" ersetzt werden; auf den Zeugnissen findet sich die abwechselnde Verwendung des Landessiegels beziehungsweise des Stadtsiegels⁷¹.

Nur sehr allmählich konnte auch das Land Hessen zu einer Kostenbeteiligung für diese von der Stadt in einer Notsituation nicht völlig uneigennützig übernommene Landesaufgabe gewonnen werden. Bis 1953 mußte die Stadt die Personal- und Sachkosten allein tragen, ab 1953 hat das Land Hessen die Sachkosten übernommen. Der Universitätsübernahmevertrag von 1967 hat mehr finanzielle und rechtliche Klarheit geschaffen durch die Kostenübernahme der Bibliotheksschule durch das Land und die Erklärung der Bibliotheksschule zu einer Auftragsangelegenheit des Landes bei der Stadt- und Universitätsbibliothek, die sich bis heute in der singulären Rechts-, Status- und Organisationsminderstellung der Bibliotheksschule in Frankfurt am Main gegenüber anderen bibliothekarischen Ausbildungsstätten beziehungsweise Fachhochschulen niederschlägt⁷².

Die eigentliche Existenzgefährdung dieser nur für den regionalen Bedarf auszubildenden, daher relativ kleinen Bibliotheksschule lag aber nicht in ihrer Finanzierung oder Rechtsstellung, sondern ging 1951 von der das föderative Bildungssystem verklammernden Kultusministerkonferenz aus. Sie oder dahinterstehende Kräfte mit Eigeninteressen drängten offenkundig auf eine gewisse Strukturbereinigung der im Gefolge der staatsrechtlichen und ver-

69 StA KA 1.422 Bl. 240, 18.7.1963 Revisionsamt an Rechner-Finanzverwaltung.

70 Hildebert Kirchner: Bibliotheks- und Dokumentationsrecht, Wiesbaden 1981, (Elemente des Buch- und Bibliothekswesens Bd. 8), S. 119.

71 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 43 und S. 62 – 64.

72 Staatsanzeiger für das Land Hessen 33 (1967), S. 1004 – 1006, S. 1006 § 21 Abs. 2: "Der Hessische Zentralkatalog und die Bibliotheksschule bleiben als Auftragsangelegenheit bei der Stadt. Das Land trägt die Personalkosten des Hessischen Zentralkatalogs und die Kosten der Bibliotheksschule". Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 41 – 44 und S. 62 – 64; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 251 f.

waltungsorganisatorischen Veränderungen der Nachkriegszeit bis 1949 bereits auf fünf angewachsenen bibliothekarischen Ausbildungsstätten. "Gewisse Strömungen, die in der Hauptsache von Köln und seiner" ... "groß und teuer aufgezogene(n)" ... "Schule ausgehen", ließen damals "die Gefahr sehen, daß man Frankfurt durch die Kultusminister-Konferenz als Ausbildungsort fallen lassen will"⁷³.

Diesen Bestrebungen begegnete man unter anderem mit einer Resolution der hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz, Schreiben an den Generalsekretär der Kultusministerkonferenz und der Benachrichtigung des Ministeriums in Wiesbaden wie des Kulturamts der Stadt Frankfurt mit der Bitte um ein Aktivwerden für den Erhalt Frankfurts als Ausbildungsstätte, da ansonst eine auch aus sozialen Gründen für Berufsinteressierte unzumutbare regionale Ausbildungslücke zwischen Köln und München entstünde. Zusätzlich sorgte Eppelsheimer in einer subtileren verdeckten Aktion in Zusammenarbeit mit den gleichgesinnten "entscheidenden Kollegen im Vereinsausschuß, Tiemann-Hamburg und Hofmann-München" für eine personelle Verstärkung der beschlußfassenden Kommission, wobei der neue Münchener Kollege "als Vertrauensmann des Vereins-Ausschusses darauf festgelegt wird, die Meinung des Vereins Deutscher Bibliothekare, der an Frankfurt festhält, zur Geltung zu bringen"⁷⁴. Gegen die Autonomie der Länder in Kulturangelegenheiten war somit eine stärkere überregionale Konzentrierung der Ausbildung nicht zu erreichen, die in der Folge mit dem weiteren Ausbau größerer oder kleinerer regionaler Ausbildungsstätten zu dem bekannten Strukturproblem einer nach verwaltungsinternen Einzugsbereichen, Laufbahngruppen, Ausbildungsgängen, Sparten, Typen und Rechtsformen hochgradig fragmentierten und undifferenzierten, zudem zum Teil bis in die Gegenwart nichtintegrierten Ausbildung für die Informationsberufe Archiv, Bibliothek, Information und Dokumentation geführt hat.

Die offenkundige Konsequenz aus diesem Vorgang war aber, daß man in Frankfurt seit 1952 auch Anwärter des gehobenen Dienstes aus Rheinland-Pfalz, bis 1962 auch aus Baden-Württemberg neben den Hessen ausgebildet und somit den Einzugsbereich der Bibliotheksschule erweitert hat⁷⁵.

Die 1947 aufgenommene Ausbildung für das zweite theoretische Ausbildungsjahr des höheren Dienstes hat man in Frankfurt nach Einrichtung des

73 StUB Az: 05720, 30.6.1951 Protokoll der hess. Bibliotheksdirektorenkonferenz, S. 4; StA KA 881 Bl. 274, 16.7.1951 StUB an Kulturamt; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 44.

74 StA KA 881 Bl. 274, 16.7.1951 StUB an Kulturamt; StA KA 881 Bl. 276, 20.7.1951 Kulturamt an Generalsekretär der Kultusministerkonferenz.

75 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 43 f.; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 251.

Bibliothekar-Lehrinstituts in Köln (1949) ab 1952 eingestellt, bis man die Referendarausbildung ab 1967 in Frankfurt wieder aufnahm. 1972 wurden die Ausbildungsgänge um die für den mittleren Bibliotheksdienst erweitert⁷⁶.

Als Ausbildungsrichtlinien hat man zuerst in Einklang mit den Beschlüssen der Bibliotheksdirektorenkonferenz der Amerikanischen Zone vom 3./4. April 1946 die von weltanschaulichen Inhalten befreite Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Bibliotheksdienst von 1940 zugrundegelegt. 1952, 1957 und 1964, mit nunmehr dreijähriger Vorbereitungszeit, hat das Land Hessen eigene Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den gehobenen Dienst erlassen⁷⁷.

Konzeptionell hat man in Frankfurt als Besonderheit stets einen besonders engen Praxisbezug der Ausbildung für sich reklamiert. So sehr gerade in der "Theoriephase" einer berufsbezogenen Ausbildung statt eines einseitig-verfehlten, die gegewärtige Praxis immer wieder nur reproduzierenden Praxisbezugsverständnisses ein reflektierendes, die Praxis hinterfragendes, sie in Frage stellendes und gegebenenfalls überwindendes, zukunfts- und problemorientiertes Praxisbezugsverständnis im Mittelpunkt der Ausbildung stehen muß, hat man damit offenkundig aber auch die personelle Notlage eines während des gesamten Untersuchungszeitraums ausschließlich nebenamtlich erteilten Unterrichts in einen Vorzug uminterpretiert. Jedenfalls gelang bis 1965 nicht die Bewilligung einer schon 1953 "auf den Etat der (staatlichen) Senckenbergischen Bibliothek" beantragten und später wiederholt geforderten Stelle eines hauptamtlichen Leiters der Bibliotheksschule, noch gelang die Genehmigung von hauptamtlichem Lehrpersonal durch das Land. "Die mangelnde Unterstützung der Bibliotheksschule Frankfurt a. M. durch das Land Hessen" wurde auch später wiederholt beklagt; sie war wohl auch eine Folge der eigenständigen städtischen Aufnahme der Bibliothekar-ausbildung. Unter erheblicher Belastung der beteiligten Bibliotheken und der Bibliothekare sowie unter ungünstigen räumlichen Bedingungen, die über Jahre hinweg einen systematischen Unterricht im zweiten, theoretischen Jahr des Vorbereitungsdienstes nicht ermöglichten, mußte an der Bibliotheksschule Frankfurt während des gesamten Untersuchungszeitraums die Ausbildung ausschließlich durch nebenamtliche Lehrkräfte und unter nebenamtlicher Leitung durchgeführt werden (28 nebenamtliche Dozenten 1965)⁷⁸.

76 Siehe Anm. 75.

77 StUB Az: 05720 Protokoll der Direktorenkonferenz in Stuttgart 3./4. April 1946, S. 13 f.; Rosemarie Richhardt: 20 Jahre (s. Anm. 63), S. 234 f.

78 StA KA 881 Bl. 329, 5.10.1953 StUB an Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung; StUB Az: 05720, 25.8.1953, 20.5.1954, 7.7.1959 Protokolle der jeweiligen hess. Bibliotheksdirektorenkonferenzen; StUB Az: 060, Jahresbe-

3.2.5 Frankfurter Sammelkatalog – Hessischer Zentralkatalog

Theoretisch den besten Ansatzpunkt zum Ausbau der Stadt- und Universitätsbibliothek zu einer Bibliothek mit national-zentraler Nachweis- und Lenkungsfunction im Leihverkehr bot nach dem Untergang des Deutschen Gesamtkatalogs im Zweiten Weltkrieg der bisher zum Deutschen Gesamtkatalog schon subsidiäre und mit mehr als 4 Mio. Katalogzetteln unversehrt über den Krieg gekommene Frankfurter Sammelkatalog. Ihn hatte der frühere Direktor der ehemals Freiherrl. Carl von Rothschild'schen Bibliothek Christian Wilhelm Berghoeffer (1859 – 1938) in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut; er war auch im Südwestdeutschen Leihverkehr ein wichtiges Auskunftsmittel gewesen. Als Ersatz des Deutschen Gesamtkatalogs war er aber – trotz vereinzelter gegenteiliger zeitgenössischer Äußerungen, die in diese Richtung deuten – aus verschiedenen Gründen nicht geeignet:

- Durch die Kriegszerstörungen stimmten viele seiner Nachweise nicht mehr.
- Hatten sich in den letzten Vorkriegs- und Kriegsjahren beachtliche 800.000 Zettel Rückstände angesammelt, die durch neue Meldungen bald auf 1 Million anwachsen.
- War er im Gegensatz zum Deutschen Gesamtkatalog, der den vollständigen Besitz von rund 102 deutschen und österreichischen Bibliotheken nachweisen wollte, ein keineswegs nur auf Deutschland und nur öffentlich zugängliche Bibliotheken beschränkter Auswahlkatalog (Prinzip der "ergänzenden Auswahl"), gewonnen durch das Ausschneiden und Aufkleben gedruckter Kataloge oder Zuganglisten.
- Die innere Ordnung und sein Aufbau in einer Dreiteilung des Katalogs (Verfasser- und Anonyma-Reihe, diese in zweifacher Gliederung) stand den zunehmend nach PI-geführten Bibliothekskatalogen und Titelmeldungen entgegen⁷⁹.

Eppelsheimer ließ 1946 die Arbeiten an diesem Sammelkatalog wiederaufnehmen. Die Bibliotheken wurden gebeten, ihre Titel zu melden. Es war aber damals schon durch die Fortführung des Katalogs in einem einheitlichen Alphabet nach den Preußischen Instruktionen mit kleinen Abweichungen und in der faktischen Beschränkung des Nachweises auf deutsche Bibliotheken und besonders der Umgebung Frankfurts klar, daß dies nicht die Fortsetzung des alten Sammelkatalogs, sondern die Grundlage eines

richt der StuUB für 1965, S. 32 f.; Rosemarie Richhardt: 20 Jahre (s. Anm. 63), S. 233.

79 Gisela Schell: Christian Berghoeffers Frankfurter Sammelkatalog. Maschr. BLI-Hausarbeit Köln 1959, S. 29 ff., S. 34; Clemens Köttelwesch: Vom Frankfurter Sammelkatalog zum Hessischen Zentralkatalog, in: Aktuelle Probleme der Bibliotheksverwaltung Festgabe Hermann Fuchs. Hrsg. von Ewald Wagner, Wiesbaden 1966, S. 92 – 101; Hildegard Hüttermann: Aus der Geschichte des Hessischen Zentralkatalogs, in: HZK-dialog 8 (1983), S. 13 – 20.

neuen Sammelkatalogs war⁸⁰. Im Hinblick auf die Frage, ob damit der Aufbau eines neuen Deutschen Gesamtkatalogs intendiert war, ist auch darauf hinzuweisen, daß Eppelsheimer zumindest in seiner, in erster Linie regional bezogenen Denkschrift an den Hessischen Kultusminister "Über die Lage und Neuordnung des Großhessischen Bibliothekswesens" von Ende 1945/Anfang 1946 den Berghoefferschen Sammelkatalog vorrangig nur als Grundlage der Zusammenarbeit der großhessischen Bibliotheken im Leihverkehr angesprochen hatte. Durch die Meldungen der Neukatalogisierungen der großhessischen Bibliotheken sollte auf diese Weise ein Hessischer Gesamtkatalog entstehen. Diese Einrichtung sollte den mit dem Reich zusammengebrochenen Leihverkehr der deutschen Bibliotheken für Großhessen ersetzen und sollte gleichzeitig die Aufgabe haben, "einem künftigen Leihverkehr der Amerikanischen Zone oder des deutschen Westens oder gar wieder des Reiches nicht entgegen- sondern nur vorzuarbeiten", sollte "aber auch neben der größeren Organisation immer von Bedeutung" bleiben⁸¹.

Der Vorstoß von Rudolf Juchhof 1948 zum Aufbau regionaler Zentralkataloge und die Zustimmung der Hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz vom Mai 1948 in Abstimmung mit den übrigen Ländern einen Hessischen Zentralkatalog aufzubauen, brachte bundesweit endgültig den Durchbruch zu einem "föderalistisch gedachten Deutschen Gesamtkatalog" und für die dezentrale Lösung⁸².

Zwar wurden noch bis 1950 eintreffende Zugangslisten deutscher Bibliotheken für den Sammelkatalog ausgewertet. Der Neuaufbau des nunmehr im Meldeverfahren erstellten Hessischen Zentralkatalogs beschränkte sich zunächst auch nur auf die Meldungen der Neuzugänge und Neukatalogisierungen der jetzt auf die Region Hessen und Rheinhessen begrenzten wissenschaftlichen Bibliotheken. Um den Hessischen Zentralkatalog möglichst rasch auch um die älteren Bestände dieser Bibliotheken zu bereichern, griff man zur Ergänzung auf die Zettel des Sammelkatalogs zurück, soweit sie noch Gültigkeit besaßen, der nun zugunsten des Hessischen Zentralkatalogs regelrecht "geplündert" wurde⁸³. Wichtiger als diese wegen des Auswahlcharakters des Sammelkatalogs unvollständige und unbefriedigende Methode der Katalogergänzung wurde in der Folge, die durch Vervielfältigung und gegebenenfalls Umkopieren der alten Band- und Zettelkataloge auf internationales Format gewonnene Altbestandserfassung der dem HZK

80 Clemens Köttelwesch: Vom Frankfurter Sammelkatalog (s. Anm. 79), S. 93 f.

81 StA KA 328 Bl. 41, 8.2.1946 Denkschrift Eppelsheimer über die Lage und Neuordnung des Großhess. Bibliothekswesens.

82 StA KA 881 Bl. 327, 5.10.1953 StuUB an Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 250; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 40; Clemens Köttelwesch: Vom Frankfurter Sammelkatalog (s. Anm. 79), S. 94 f.

83 Gisela Schell: Sammelkatalog (s. Anm. 79), S. 35.

angeschlossenen Bibliotheken mit Hilfe der damals neuen Photokopie. Hier hat insbesondere die Erfassung und Einarbeitung der alphabetischen Kataloge der im wesentlichen unzerstört gebliebenen UB Marburg eine besondere Dimension erreicht⁸⁴. Der Hessische Zentralkatalog enthielt 1950 rund 300.000 Titelnachweise, 1956 rund 1 Million und 1965 rund 4,5 Millionen Nachweise⁸⁵. Dem erstmals probeweisen Austausch von Bestellscheinen zwischen dem Hessischen Zentralkatalog und dem Zentralkatalog Nordrhein-Westfalen 1959 folgte ab 1. Januar 1962 die gegenseitige Zusammenarbeit und die Einschaltung in den Leihverkehr aller Zentralkataloge⁸⁶.

Ähnlich wie bei der Landesaufgabe der Bibliotheksschule war aber für eine städtische Bibliothek die Erfüllung und Finanzierung einer Sonderaufgabe, die in der Organisationsform regional, in der Dienstleistung aber primär überregional ausgerichtet ist, auf Dauer belastend und untragbar. Sondermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und gelegentliche Zuschüsse des Landes, insbesondere zu den Kopierarbeiten oder die Kostenerstattung zunächst von einer, ab 1963 von zwei Bibliotheksstellen durch das Land Rheinland-Pfalz konnten die finanzielle Deckungslücke nicht ausgleichen⁸⁷. Ähnlich wie bei der Bibliotheksschule auf vertraglichem Wege erklärte der Universitätsübernahmevertrag zum 1.1.1967 den Hessischen Zentralkatalog zu einer Auftragsangelegenheit des Landes bei der Stadt Frankfurt am Main. Gleichzeitig übernahm damals das Land Hessen die Erstattung der Personalkosten des HZK. Im Unterschied zu Statuslösungen anderer Zentralkataloge (z. B. Selbständigkeit in Stuttgart, Berlin, eigene Landesdienststelle Hochschulbibliothekszentrum in Köln ab 1973) blieb der Hessische Zentralkatalog wie die Bibliotheksschule organisatorisch eine Abteilung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main⁸⁸.

84 StA KA 881 Bl. 327, 5.10.1953 StuUB an Hess. Minister für Erziehung und Volksbildung; Clemens Köttelwesch: Vom Frankfurter Sammelkatalog (s. Anm. 79), S. 95 f.

85 Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 250; StA KA 1422 Bl. 513, 8.11.1956 StuUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

86 Hildegard Hüttermann: Aus der Geschichte (s. Anm. 79), S. 17.

87 StUB Az: 060 Entwurf Jahresbericht der StuUB 1961; StA KA 1422 Bl. 513, 17.11.1956 StuUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 250 f.

88 Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 320; Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 40 f., 61 f., über die Zweifel der rechtlichen Zulässigkeit von Auftragsangelegenheiten nur auf vertraglichem Wege; Staatsanzeiger für das Land Hessen 33/1967, S. 1006 § 21 Abs. 2.

3.3 Die nationalen Pläne und Funktionen der Stadt- und Universitätsbibliothek

Die Komplexität der Darstellung der nationalen Pläne und Funktionen der Stadt- und Universitätsbibliothek in der Wiederaufbauphase nach 1945 liegt darin, daß die Stadt- und Universitätsbibliothek durch die Übernahme zahlreicher Sondersammelgebiete seit 1950 ein Hauptstützpunkt des dezentralen kooperativen Erwerbungsprogramms der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft beziehungsweise der Deutschen Forschungsgemeinschaft geworden ist, daß aber andererseits ihr Direktor als Verfechter der Konzentrierung, besonders auch der ausländischen Forschungsliteratur auf eine Bibliothek, hervorgetreten ist.

Bei beiden Anläufen zu einer Zentralbibliothek für Westdeutschland zu gelangen, 1948/49 und 1955/56, war gleichzeitig jedesmal Frankfurt als Sitz vorgesehen, das erste Mal in Verbindung mit der Deutschen Bibliothek, das zweite Mal 1955/56 in Verbindung mit der Stadt- und Universitätsbibliothek und dem geplanten Neubau. Zusätzlich geht in der chronologischen Entwicklung der Entscheidung über eine Zentralisierung oder Dezentralisierung der Beschaffung ausländischer Literatur die Gründung der Deutschen Bibliothek voraus.

3.3.1 Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek war natürlich nie ein Teil der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main oder eine ihrer Sonderaufgaben. Wegen ihrer räumlichen und personellen Verbindung in der Anfangsphase, der gemeinsamen Unterbringung von Deutscher Bibliothek und Stadt- und Universitätsbibliothek und wegen ihres gemeinsamen Direktors Eppelsheimer sowie seiner Rolle bei ihrer Gründung stellt die Deutsche Bibliothek jedoch auch einen vorübergehenden Teilaspekt der Geschichte der Stadt- und Universitätsbibliothek dar; sie soll daher hier kurz angesprochen, wenn auch nicht besprochen werden.

Auffallend ist, daß ihr Gründungsvorgang rein äußerlich manche parallele Merkmale aufweist zu Eppelsheimers Vorgehensweise auch bei anderen, zum Teil schon besprochenen Aufgabenneuübernahmen in der Nachkriegszeit (z. B.: Bibliotheksschule, Frankfurter Sammelkatalog – Hessischer Zentralkatalog), die wohl für ihn und seinen Führungsstil typisch ist. Zudem verdecken auch hier Pragmatismus und Improvisation vordergründig leicht seine, die Ausschaltung der deutschen Zentralgewalten nüchtern und national emotionslos nutzende, zum "Handstreich" fähige Zielstrebigkeit: Das frühe Aktivwerden fast antizipatorisch zur politischen Teilung – das nationalbibliographische Zentrum im Westen war lange vor der im Mai 1949 formell errichteten Bundesrepublik da –, ihre sich über ein Jahr entwickelnde Gründung – als Gründungstag wird der 13. Dezember 1946

angesehen – oder ihre Gründung ohne eigenes Personal mit dem Hinweis "die ganze Arbeit in den ersten Jahren ohne zusätzliche Kräfte" mit dem Personal der Stadt- und Universitätsbibliothek erledigen zu können⁸⁹. Dazu kommt eine Gründung ohne eigenes Gebäude als eigener Gast in der Stadt- und Universitätsbibliothek, genauso wie in der ersten Periode ein Rechtsträger und ein fester Etat fehlen, bis wegen der geschaffenen Fakten alle diese Formalia und Legalia einschließlich des eigenen Personals und Etats nachgeliefert werden mußten, zuletzt 1959 auch noch das eigene Gebäude. Es fehlt auch nicht die Gefährdung und Infragestellung zumindest des Standorts der Gründung durch Konkurrenzangebote – noch 1949, wie schon früher, von Köln⁹⁰.

Die Gründung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt wäre aber nicht möglich gewesen ohne die Einwilligung und aktive Unterstützung der Stadt Frankfurt selbst, die früh Zonentrennung und sowjetische Besatzungspolitik als Chance zur Wiederbelebung der historisch polartig zwischen Frankfurt und Leipzig pendelnden Traditionen einer Buchhandels- und Verlagsmetropole begriff. War doch beispielsweise der grundsätzlichen Zustimmung des Oberbürgermeisters zur Errichtung einer Präsenzbücherei und der Herausgabe einer Bibliographie wie zur selbständigen Verhandlungsführung Eppelsheimers in dieser Angelegenheit vom 16. März 1946 bereits am 5. September 1945 im Beisein des damals noch nicht in Frankfurt amtierenden Eppelsheimer und des Oberbürgermeisters eine städtische Besprechung mit Buchhandels- und Verlagsvertretern über die Entwicklungsmöglichkeiten von Frankfurt als Buchhändler- und Verlagsstadt vorgegangen, genauso wie unter den damaligen Umständen die Gründung der "Deutschen Bücherei des Westens" nur mit Einwilligung der amerikanischen Besatzungsbehörden möglich war⁹¹.

89 StA MA 6220 Bd. 1, 4.11.1946 StuUB an OB; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 45 – 48; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 223, 231; Kurt Köster: Die Deutsche Bibliothek 1945 – 1965. Weg und Auftrag, in: Die Deutsche Bibliothek. Festgabe für Hanns W. Eppelsheimer. Hrsg. von Kurt Köster (ZfBB S.H. 3), Frankfurt am Main 1966, S. 21 – 77; Hanns W. Eppelsheimer: Die Deutsche Bibliothek. Erinnerungen an eine Gründung, in: Bibliographie und Buchhandel. Festschrift zur Einweihung des Neubaus der Deutschen Bibliothek. Frankfurt am Main 1959, S. 13 – 28 (Wiederabgedruckt in: Hanns W. Eppelsheimer [1890 – 1972]. Bibliothekar, Literaturwissenschaftler. Homme de lettres. Eine Ausstellung der Dt. Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Frankfurt 1990, S. 57 – 72; Günther Rühle: Der Bibliothekar. Zum Tode von Hanns W. Eppelsheimer, in: Hanns W. Eppelsheimer, Eine Ausstellung der Dt. Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, Frankfurt 1990, S. 123 – 126, insbes. S. 124.

90 StA KA 882 Bl. 89, 11.11.1949 Vermerk betr. Dt. Bibliothek.

91 StA KA 328 Bl. 8, 25.2.1946 StuUB an OB; StA KA 328 Bl. 10, 16.3.1946 Kul-

Wie sehr aber die gemeinsame Unterbringung von Stadt- und Universitätsbibliothek auch den Bestand der Stadt- und Universitätsbibliothek entlastet hat und den Benutzern trotz der Enge am Untermainkai zugutegekommen ist, zeigt sich daran, daß mit dem Auszug der Präsenzbibliothek der Deutschen Bibliothek aus dem Untermainkai die Zahl der ausgegebenen Druckschriften am Ort einschließlich des Lesesaals von rund 260.000 Bänden (1958/59) drastisch auf rund 108.000 Bände (1959/60) abgesunken ist⁹².

3.3.2 Die Pläne einer Zentralbibliothek für Westdeutschland in Frankfurt am Main

Ebenfalls nur am Rande können Gegenstand der Darstellung sein die beiden wissenschafts- und strukturpolitisch bedeutsamen Anläufe 1948/49 und 1955/56 zu einer zentralen Bibliothek für Westdeutschland zu gelangen, für die jedesmal Frankfurt als Sitz vorgesehen war.

Ihr Befürworter war Hanns Wilhelm Eppelsheimer. Dieser in seinen beruflichen Lebensstationen zeitlebens (Mainz, Darmstadt, Frankfurt) ausschließlich seiner engeren rheinhessisch-hessischen Herkunftsregion verhaftet gebliebene Bildungseuropäer und Demokrat sah in der kulturellen "Selbständigkeit der einzelnen deutschen Landschaften von je her ein Charakteristikum unserer deutschen Kultur"⁹³. Gleichzeitig war er aber auch der Ansicht, daß die Kulturautonomie der Länder, wie sie die neue staatliche Ordnung der werdenden Bundesrepublik vorsah, für die aufeinander angewiesenen Bibliotheken "zu weit" ginge und ergänzender überregionaler Einrichtungen und Gremien bedürfe, "um eine gewisse Koordination der bibliothekarischen Arbeit der einzelnen Länder zu sichern"⁹³.

Daher trat er in der Phase des Übergangs von dem zonalen zum westdeutschen Stadium der Nachkriegsordnung, nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Bibliotheken beim Länderrat der Amerikanischen Zone und ihres bibliothekarischen Gegenstücks im Zonenerziehungsrat der Britischen Zone, im Spätsommer 1948 für deren erweiterte Fortführung durch die Bildung eines Gremiums der Direktoren der repräsentativen Bibliotheken der elf Länder ein, "das die bibliothekarischen

turamt an StuUB; über Besprechung am 5.9.1945: Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 123; StA KA 882 Bl. 54, 4.11.1946 StuUB an OB; Hanns W. Eppelsheimer: Die Deutsche Bibliothek (s. Anm. 89), S. 14 und S. 16 f.

92 VDB-Jahrbuch Jg. 38 (1959) und Jg. 39 (1961) Betriebsstatistik C 1: Bücherbestellungen 1958/59 und 1959/60.

93 StUB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht für den Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 2.

Gemeinschaftsaufgaben unter sich bespricht"⁹⁴. "Als Beauftragte und Berater der Kultusminister der elf Länder" sollte dieser "Beirat" ... "in einem föderalistisch geordneten Bibliothekswesen für die notwendige Koordination und Organisation" sorgen⁹⁵. Trotz einer entsprechenden Entschließung der Direktorenkonferenz der westdeutschen Bibliotheken bei ihrem Treffen in Frankfurt am 22. Oktober 1948 ist diese "Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Bibliotheken auf trizonaler Grundlage" nie zustandegekommen – wohl eine Folge der wenig später erfolgten Einsetzung des Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit ebenfalls überregionaler Aufgabenstellung⁹⁵.

Genausowenig wie diese Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Bibliotheken mit ministerieller Beiratsfunktion ist die dazu korrespondierende, ebenfalls von Eppelsheimer geforderte Zentralbibliothek für Westdeutschland zustandegekommen, durch die seiner Ansicht nach die Organisation des westdeutschen Bibliothekswesens erst "vollendet" und "gekrönt" worden wäre⁹⁶. Er war nämlich der Ansicht, daß das deutsche Bibliothekswesen mit der ehemaligen Preussischen Staatsbibliothek ihre repräsentative (de facto, nicht de jure) "Nationalbibliothek" und ihren Mittelpunkt "und mit ihr im Augenblick jeden Zusammenhalt" verloren habe⁹⁷. Dahinter stand aber wohl die Überzeugung, daß ein dezentrales System ohne ergänzende zentrale Einrichtungen nicht auskommen kann, um in einem kulturföderalistischen, zum bibliothekarischen Egoismus tendierenden System größere Gemeinschaftsaufgaben durchführen zu können. Sachlich ging es um die Frage neben die allgemein akzeptierte Deutsche Bibliothek als Archivbibliothek für deutsche Literatur eine westdeutsche zentrale Bibliothek für ausländische Literatur zu stellen. Daraus resultiert sein Plan von 1948/49 der Schaffung einer Zentralbibliothek ausländischer Literatur, die er praktisch mit dem in Marburg befindlichen Teil der ehemaligen Preussischen Staatsbibliothek verknüpfte, indem treuhänderisch deren anderthalb Millionen Bände mit denen der Deutschen Bibliothek in Frankfurt zu einer "Bibliothek Deutscher Länder" mit Sitz in Frankfurt verbunden werden

94 StA KA 389 Bl. 132, 1.10.1948 Verwaltungsbericht für den Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 2 und Anm. 93.

95 Hanns W. Eppelsheimer: Das Treffen zu Frankfurt, in: Nachrichten f. wissenschaftliche Bibliotheken 1, H.3. (1948), S. 33; Hanns W. Eppelsheimer: Entschließungen der Direktorenkonferenz vom 22. Oktober 1948 in Frankfurt, in: Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken 1, H.3. (1948), S. 35 f.; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 31 f.

96 Siehe oben Anm. 93 und 94.

97 StA KA 28 Bl. 10, 22.9.1949 Eppelsheimer Bericht über seine Amerikareise; StUB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht für den Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 2; StUB Az: 24, 26. Juni 1950 Verwaltungsratssitzung der Senckenbergischen Bibliothek, S. 3.

sollten⁹⁸. Ihre Aufgabe sollte die Beschaffung der in- und vor allem der ausländischen Literatur und der bibliographische Nachweis sein; unterhalten sollte sie werden von allen westdeutschen Ländern. Der in der Konstruktion nicht leicht vermittelbare Plan scheiterte wenige Jahre nach dem Krieg und dem Ende des Nationalsozialismus an dem von Hermann Tiemann-Hamburg angeführten Widerstand gegen jegliche zentralistische Tendenz, obwohl auch Eppelsheimers Zentralbibliotheksplan auf dem Staats- und Kulturföderalismus beruhte. Die frühzeitige Absicherung seines Vorschlags durch einen schon im Frühjahr 1948 gestellten Antrag auf Zustimmung beim OMGUS (Office of Military Government of the United States), das Eppelsheimers Plan "für gut befunden hat", war aber mit der Übergabe der ausgelagerten Bestände der ehemaligen Preußischen Staatsbibliothek in Marburg aus amerikanischer Kontrolle in deutsche treuhänderische Verwaltung und insgesamt der zunehmenden Verselbständigung der deutschen Instanzen nicht mehr entscheidungsbestimmend. Insofern hatten sich gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit (z. B. Gründung der Deutschen Bibliothek) die Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Das Einvernehmen mit der Besatzungsmacht und einigen wenigen Entscheidungsträgern genügten in einem sich konsolidierenden pluralistisch-föderalen System eben nicht mehr zur Durchsetzung weitgehender zentralisierender überregionaler struktureller Weichenstellungen. Die Zeit der bibliothekarischen "Handstreich" war Ende 1948 vorbei, als beim Frankfurter Direktorentreffen "die meisten Teilnehmer offenbar völlig überraschend" mit Eppelsheimers Zentralbibliotheksplan konfrontiert wurden⁹⁹.

Zudem war der Verdacht nicht auszuräumen, daß mit der Zentralbibliothek eine Vorentscheidung gegen eine Rückkehr der Staatsbibliothek nach Berlin und damit politisch gegen die Wiedervereinigung getroffen werde, zumal Eppelsheimer hoffte, "daß diese große Bibliothek in jedem Falle nach Frankfurt kommt, wofür ich mich von Anfang meiner Frankfurter Tätigkeit mit allen Kräften eingesetzt habe"¹⁰⁰. Diese Vorgangsweise würde auch gut in das Bild seines Schaffens von Fakten bei gleichzeitiger Betonung der Vor-

98 StÜB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht für den Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 3; Heinrich Middendorf: Die Tagung der Kommission für eine zentrale Bibliothek, in: Nachrichten für wissenschaftliche Bibliotheken 2, H.6. (1949), S. 83 – 86; Bernhard Fabian: Buch, Bibliothek und geisteswissenschaftliche Forschung, Göttingen 1983, S. 56 – 62; Friedrich Adolf Schmidt-Künsemüller: Hermann Tiemann und das deutsche Bibliothekswesen der Gegenwart, in: Libris et litteris. Festschrift für Hermann Tiemann, Hamburg 1959, S. 11 – 22, hier insbes. S. 17 f.; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 231 f.; Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 53 – 57.

99 Hanns W. Eppelsheimer: Das Treffen (s. Anm. 95), S. 34.

100 StÜB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht für den Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 3.

läufigkeit passen. Inwieweit zudem von Seiten Eppelsheimers grundlegende Fehleinschätzungen über die Leistungsfähigkeit der Preußischen Staatsbibliothek in der Benutzung vorlagen, deren faktische Funktion als "nationale Ausleihe-Bibliothek" im kompensatorischen System des auswärtigen Leihverkehrs zusätzlich und teilweise zu Lasten der starken Ortsbenutzung schon in der Zwischenkriegszeit an ihr zur Überbeanspruchung der Kräfte geführt hatte, soll hier nicht weiter erörtert werden¹⁰¹.

3.3.3 Die zentrale Bibliothek von 1955/56

Der zweite Vorstoß zu einer zentralen Bibliothek zu gelangen, ging 1955/56 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus und empfahl auch aus Platzgründen die Verbringung der Bestände der Westdeutschen Bibliothek aus Marburg und zumindest deren provisorische Zusammenlegung mit der Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt in deren geplantem Neubau. Im Unterschied zur Ablehnung der Zentralbibliothek von 1948/49 aus prinzipiellen und faktischen Gründen, beinhaltete sie jetzt ihre zwar modifizierte, aber grundsätzliche Bejahung als Komplementärinstitution zu den inzwischen eingerichteten Sondersammelgebietsbibliotheken.

Ihre geplante Einrichtung stand in Einklang mit der Ansicht Eppelsheimers, daß die Sondersammelgebietsbibliotheken schon wegen ihrer unzureichenden schwachen Etats durch eine zentrale Bibliothek ergänzt werden müßten. In Kontinuität zu seinen Auffassungen von 1948/49 wies er auch 1956 innerstädtisch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bibliotheksausschusses der DFG wiederum darauf hin, daß er auf den Ausbau der Westdeutschen Bibliothek als einer Zentralbibliothek seit Jahren mit dem Blick auf eine Verlegung der Westdeutschen Bibliothek nach Frankfurt hin arbeite. Bei den zunächst von München ausgehenden großen Widerständen ging es seiner Ansicht nach nur noch darum, daß München in gleicher Weise neben der Westdeutschen Bibliothek anerkannt sein wolle. Jedoch wandten sich auch 1955/56 einige Bundesländer gegen die geplante Form einer Zentralisierung. Zudem lebte das alte politische Argument der damit verbundenen Demonstration gegen Berlin und gegen die Wiedervereinigung wieder auf, sodaß auch dieser bisher letzte Plan einer nationalen zentralen Bibliothek gescheitert ist¹⁰².

101 Werner Schochow: Die Preußische Staatsbibliothek 1918 – 1945. Ein geschichtlicher Überblick, Köln, Wien 1989, (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz Bd. 29), S. 17, 18 ff., 25, 52 ff.

102 Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 352 – 354, Bernhard Fabian: Buch (s. Anm. 98), S. 59; StÜB Az: 24, 26.6.1950 Verwaltungsratssitzung der Senckenbergischen Bibliothek, S. 3; StÜB Az: 11.110a/b Zeitungsartikel vom 10.10.1956 Bücherturm – aber wo?; StA PA Eppelsheimer Bl. 195, 23.1.1956 StÜB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

3.3.4 Die Sondersammelgebiete

Die Durchsetzung des dezentral-kooperativen Konzepts, mit überregionalen Schwerpunktbildungen bei der Beschaffung und Bereitstellung der ausländischen Forschungsliteratur statt ihrer Konzentrierung an einer Bibliothek, hat nach der Neugründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1949 (ab 1951 Deutsche Forschungsgemeinschaft) zur Übernahme zahlreicher Sondersammelgebiete des DFG-Programms zur überregionalen Literaturversorgung bei der Stadt- und Universitätsbibliothek, aber auch bei der Senckenbergischen Bibliothek geführt.

Positiv für die Berücksichtigung Frankfurts bei der Zuteilung der Sondersammelgebiete wirkte sich aus, daß trotz der Kriegsverluste die nach wie vor vorhandenen Bestandsschwerpunkte und Spezialsammlungen, hervorgegangen aus den vielfältigen Traditionen einer Stadtbibliothek und der mit ihr 1944 zur Stadt- und Universitätsbibliothek vereinigten Bibliotheken gute Anknüpfungspunkte für die weitere Pflege von Sammelschwerpunkten boten.

So zählte die Sammlung Judaica und die im Zweiten Weltkrieg allerdings fast vollständig verlorenen Hebraica schon vor dem letzten Krieg zu den umfangreichsten auf dem Kontinent. Und die ehemals Freiherrl. Carl von Rothschildsche Bibliothek hat hervorragende Bestände aus dem 19. Jahrhundert an Quellen und Sekundärliteratur zu den westeuropäischen Philologien in die Stadt- und Universitätsbibliothek eingebracht. Die unversehrt durch den Krieg gekommene Musik- und Theatersammlung mit dem Schwerpunkt im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert der Stadt- und Universitätsbibliothek, in die auch die Bestände des ehemaligen Manskopfschen Musikgeschichtlichen Museums (dann Museum für Musik- und Theatergeschichte) eingegangen waren, hatte man schon 1946 zu einer eigenen Spezialabteilung (Musik- und Theaterabteilung) unter dem international bekannten Musikwissenschaftler Dr. Wolfgang Schmieder (Verfasser des Bachwerkeverzeichnisses) zusammengefaßt¹⁰³. Zum Teil sind auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Übernahme 1945 "herrenlos" gewordener Bibliotheken, wie der ehemaligen Bibliothek der Deutschen Kolonial-Gesellschaft und der Bibliothek der früheren Kolonialschule in Witzenhausen neue Bestandsschwerpunkte geschaffen beziehungsweise

ausgebaut worden, die Auswirkungen auf die Zuteilung der Sondersammelgebiete hatten¹⁰⁴.

Nicht vergessen sollte man allerdings, daß bei der Zuteilung der Sondersammelgebiete auch das personelle Durchsetzungsvermögen eine erhebliche Rolle spielte. So war es Eppelsheimer "nur durch hartnäckigen Widerstand gelungen, daß der Senckenbergischen Bibliothek (die vordem nicht im Plan der Notgemeinschaft war) als Sondersammelgebiet die gesamte Biologie" zuerkannt wurde¹⁰⁵.

Im Ergebnis hat man – ohne die zwischenzeitlichen Änderungen – am Ende des Untersuchungszeitraums (1968) folgende Sondersammelgebiete in Frankfurt betreut: Afrika südlich der Sahara; Ozeanien; Allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft; Literaturwissenschaft und Volkskunde; Germanistik (Allgemeines); Deutsche Sprache und Literatur; Wissenschaft vom (nachbiblischem) Judentum; Theaterwissenschaft¹⁰⁶; Allgemeine und vergleichende Völkerkunde; Geographie (bis 1974). Senckenberg hatte die Sondersammelgebiete Biologie, Botanik und Zoologie zugesprochen bekommen¹⁰⁷.

Die Anvertrauung von Sondersammelgebieten bedeutete aber für die Stadt- und Universitätsbibliothek sowie für alle Sondersammelgebietsbibliotheken Kredit wie finanziell und personell auch Verpflichtung zugleich. Bei dieser Art der partnerschaftlichen, auf Gegenseitigkeit zwischen Bibliotheken und Deutscher Forschungsgemeinschaft beruhenden Bibliotheks- wie indirekten Forschungsförderung durch Mitfinanzierung der Sondersammelgebiete seitens der DFG finanzierte diese nämlich nur die möglichst vollständige Sammlung der ausländischen Literatur, jedoch gingen die Einbandkosten und die Erwerbung der komplementären inländischen sowie ab 1966/67 auch die der grundlegenden, ohnehin zu den normalen Erwerbungen gehörenden ausländischen Literatur zu Lasten der Trägerbibliotheken¹⁰⁸. Die damit verbundene starke finanzielle Eigenleistung (Eigenverpflichtung) der Bibliothek hat neben den Arbeits- und Personalbelastungen in der Erwerbung teilweise buchintensiver (z. B.: Germanistik), teilweise besonders schwer beschaffbarer SSG-Literatur (z. B.: Afrika südlich der Sahara, Theaterwissenschaft) und der später damit verbundenen Erstellung

104 StA MA 2.347, 21.3.1960 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Magistrat.

105 StA KA 27 Bl. 5 f., 17.12.1949 StuUB an Kulturrat.

106 StA KA 880 Bl. 158, 21.1.1953 StuUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

107 Gisela Becker: Die heutige Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 10), S. 38; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 230; Einzelnachweise über Änderungen im VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 259 – 263, bis VDB-Jahrbuch 41 (1965), S. 223 – 228.

108 Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 533; StUB Az: 0550, 16.2.1965 Memorandum über Fortführung des Sondersammelgebietsplans.

103 Clemens Kötzelwesch: Die außeruniversitären Aufgaben (s. Anm. 20), S. 114; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 246 ff.; StUB Az: 0550, 11.9.1959 StuUB an DFG "Bei der Zuweisung des SSG 7, 1: Allgemeine und vergleichende Sprach- und Literaturwissenschaft spielte die entscheidende Rolle die Tatsache, daß Frankfurt in der vom Krieg verschonten Rothschildschen Bibliothek ein bedeutender Bestand an philologisch-linguistischer Literatur erhalten geblieben war".

von Informationsdiensten immer wieder Bedenken dagegen hervorgerufen, "daß durch solche Bevorzugung einzelner Fächer der gleichmäßige Aufbau der Bibliotheksbestände gestört werde"¹⁰⁹. Zudem waren in den Anfangsjahren des Sondersammelgebietsprogramms nach 1949 sowohl bei der Stadt- und Universitätsbibliothek als auch bei der Senckenbergischen Bibliothek die eigenen Bibliotheksetats so ungenügend, daß sie ihren der DFG gegenüber offenzulegenden Eigenleistungsanteil an Monographien- und Zeitschriftenbindekosten und der Beschaffung inländischer Literatur nicht nachkommen konnten¹¹⁰. Gerade wegen des unzulänglichen eigenen Etats sicherten damals die DFG-Zuwendungen überhaupt erst die Funktionsfähigkeit und die Benutzbarkeit der Bibliothek¹¹¹. In der Folge hat aber die durch Sondersammelgebiete und Eigenleistungsverpflichtung stimulierte Intensivierung von Erwerbung und Informationsdiensten die Literaturversorgung der Universität nicht belastet, sondern verbessert.

Die Übernahme zahlreicher Sondersammelgebiete durch die Stadt- und Universitätsbibliothek in der Nachkriegszeit war, ähnlich wie bei den regionalen Sonderaufgaben Hessischer Zentralkatalog und Bibliotheksschule, umso bedeutender, als sie von einer Bibliothek übernommen worden sind, die lange mit unzureichender personeller und sachlicher Ausstattung und in unerträglicher räumlicher Enge arbeiten mußte. Der bei ambitionierten Bibliotheken nicht seltenen Diskrepanz von äußerem Wirken und Ansehen und dem inneren Zustand beziehungsweise den inneren Verhältnissen der Bibliothek vor Ort soll sich im folgenden zugewandt werden.

4. Das Personal und die Personalentwicklung der Stadt- und Universitätsbibliothek

4.1 Die Leitungsebene der Bibliothek

Im Gegensatz zu manchen Kontinuitäten der bibliothekarischen Probleme und Entwicklungen über den Umbruch des Jahres 1945 hinaus bedeutete das Jahr 1945 und die Jahre in seinem Umfeld für die Leitungsebene und die Leitungsstrukturen der Bibliothek einen völligen personellen Neubeginn.

109 Clemens Köttelwesch: Die außeruniversitären Aufgaben (s. Anm. 20), S. 114.

110 StA MA 6220 Bd. 1, Nov. 1951 zur Situation der Stadt- und Universitätsbibliothek, S. 1 f.; StUB Az: 24, 26.6.1950 Verwaltungsratssitzung der Senckenbergischen Bibliothek, S. 3; StUB Az: 24, 17.7.1953 Verwaltungsratssitzung der Senckenbergischen Bibliothek, S. 4.

111 StUB Az: 24, 31.7.1953 Eppelsheimer an Universitätskurator bezüglich Haushaltsvorschlag 1954 für Senckenberg: "Die Bibliothek wäre fast tot, genösse sie nicht für die Gebiete Botanik, Zoologie und Biologie die Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft".

Dies gilt mit einzelnen Ausnahmen personell auch für die Fachreferenten-ebene. Diese personelle Diskontinuität hatte zum Teil ihre Ursache in den aus politischen, rassistischen oder ideologischen Gründen bedingten Entlassungen während und nach der NS-Zeit, zum Teil war sie auch eine Folge altersbedingter Zuruhesetzungen und ein Fachreferent war im Krieg gefallen. Zeitweise befand sich 1945 von den Direktoren der Städtischen wissenschaftlichen Bibliotheken niemand mehr und vom sonstigen wissenschaftlichen Personal wegen Wehrmachtseinberufung, Kriegstod, Abordnung an eine andere Dienststelle und Entlassung wegen NS-Zugehörigkeit nur eine junge Bibliotheksrätin im Dienst¹¹².

Auf der direktorialen Ebene war das NSDAP-Mitglied Professor Dr. Oehler (1878 – 1948), seit 1927 Direktor der Stadtbibliothek und gleichzeitig Direktor der Gesamtverwaltung der Städtischen und Universitätsbibliotheken, altersbedingt und "wegen schwerer Krankheit" nach der Anfang März 1945 beantragten Zuruhesetzung noch zum 1.6.1945 als städtischer Beamter pensioniert worden¹¹³. Sein designierter Nachfolger Dr. Friedrich Knorr (1904 – 1978), Direktor der ehemals Carl Freiherrl. von Rothschild'schen Bibliothek (Bibliothek für neuere Sprachen und Musik 1933 – 1945) mußte wegen seiner NS-Zugehörigkeit zum 8.5.1945 auf Anordnung der Militärregierung ausscheiden¹¹⁴. Der frühere Direktor der Bibliothek für Kunst und Technik Dr. Walter Schürmeyer (1889 – 1976) war noch vom NS-Regime aufgrund des Deutschen Berufsbeamtengesetzes (§ 59) 1937 entlassen worden¹¹⁵. Und Dr. Walther Rauschenberger (1880 – 1952) von der Senckenbergischen Bibliothek ist nach schwerer nervlicher Erkrankung

112 StA KA 330 Bl. 1, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; Franz Fischer: Eppelsheimer als Bibliothekar in Darmstadt 1945 und an der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt (1946 – 1958), in: Hanns W. Eppelsheimer, Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek und der Stadt- und Univ. Bibl., (s. Anm. 89), S. 33 – 43.

113 StA KA 330 Bl. 1, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; StA KA 327 Bl. 276, 1.3.1945 Besprechung beim OB; StA KA 330 Bl. 19, 5.12.1945 Kulturamt an Personalamt; Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 114; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 218; Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare (s. Anm. 3), Art.: Oehler; Hans-Gerd Happel: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus, München, London ... 1989, (Beiträge zur Bibliothekstheorie und Bibliotheksgeschichte 1), S. 51 – 54.

114 StA KA 881 Bl. 84, 30.1.1954 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; StA KA 330 Bl. 1, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle.

115 StA KA 329 Bl. 199, 7.6.1950 Personalamt an Kulturamt; Edith Kießling: Die Stadt- und Univ.bibl. (s. Anm. 2), S. 83; Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare (s. Anm. 3), Art.: Schürmeyer.

im Juni 1946 als letzter der alten Garde der Bibliotheksdirektoren zum 31.3.1947 pensioniert worden¹¹⁶.

Das Ausscheiden aller vier bei der Gesamtverwaltung der Frankfurter Bibliotheken vorhanden gewesenen Direktoren erleichterte die Zusammenfassung der Städtischen wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken zur Stadt- und Universitätsbibliothek; deren "Neuordnung" ... "war durch den Ausfall sämtlicher Direktoren verhältnismäßig leicht"¹¹⁷. Der seit dem 1. Januar 1946 amtierende neue Direktor Hanns Wilhelm Eppelsheimer (1890 – 1972) hatte damit das Glück mit einem weitgehend neuen Personal auf der Führungsebene beginnen zu können. Er mußte nicht mehr wie sein Vorgänger Oehler mit der "Querköpfigkeit", "menschlichen Unzulänglichkeiten" und der Eigenbrötlerei einzelner Direktoren der ihm unterstellten Bibliotheken rechnen, die neben dem Versäumnis der mangelnden Kompetenzklärung der Rechte und Pflichten der Leiterstelle der Gesamtverwaltung und wohl auch sonstigen Führungsschwächen – es ist von "Lauheit, um nicht zu sagen Faulheit" die Rede – zum Scheitern der Vereinheitlichung der Frankfurter Bibliotheken unter der Gesamtverwaltung beigetragen haben¹¹⁸.

Angesichts dieser personell wie sachlich schwierigen, um nicht zu sagen desolaten Situation der Frankfurter wissenschaftlichen Bibliotheken gebührt dem langjährigen Frankfurter Kulturamtsleiter Dr. Rudolf Keller (1878 – 1960) das Verdienst schon wenige Wochen nach der "Stunde Null", die in Frankfurt mit dem Einmarsch der Amerikaner bereits am 29. März 1945 stattgefunden hatte, noch im Monat der Kapitulation des Reiches auf die Dringlichkeit und die Notwendigkeit der Gewinnung einer "überragenden", wissenschaftlich wie bibliothekarisch "hervorragend" ausgewiesenen Kraft für die Direktorenstelle der Stadt- und Universitätsbibliothek hingewiesen zu haben¹¹⁹. Dieser Kulturstadtrat Dr. Keller stellt in einer Zeit personeller Diskontinuität insofern auch ein bemerkenswertes Beispiel personeller Kontinuität dar, als er dank seiner Integrität, Sachkompetenz und Verwaltungstüchtigkeit und wohl auch eines mehr administrativen als kulturpolitischen Verständnisses von seinem Amt ununterbrochen und unbeschadet aller politischen Brüche von 1928 bis 1946 als Leiter des Kulturamts

116 StUB Az: 24, 27.6.1946 Mitteilung Universitätskuratorium; StA KA 389 Bl. 90, 16.1.1947 Besprechung beim Kulturamt; Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare (s. Anm. 3), Art.: Rauschenberger.

117 StUB Az: 24, 12.9.1956 Eppelsheimer an Rektor, S. 2.

118 StA KA 389 Bl. 74, 9.7.1946 Dr. Keller an Universitätskurator; StUB Az: 24, 16.9.1955 Eppelsheimer an Universitätskuratorium.

119 StA KA 330 Bl. 8 f., 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle; StA KA 330 Bl. 14, 2.8.1945 Kulturamt an OB; StA MA 6220 Bd. 1, 5.4.1946 OB an Kulturamt, mit Eppelsheimer "ein führender Fachmann verpflichtet worden ist": Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe Universität (s. Anm. 17), S. 547.

der Stadt Frankfurt gewirkt hat und er auch, indem er den Parteiorganisationen stets fern geblieben war, unkompromittiert über die NS-Zeit gekommen ist; er war daher von den Amerikanern im Amt belassen worden¹²⁰. Auch solche Kontinuitäten in der Kultur- oder allgemeinen Verwaltung sollten gesehen werden, wenn man von Bruch oder Neubeginn 1945 spricht.

Dank seiner langjährigen Erfahrungen im Umgang mit Bibliotheksangelegenheiten war es auch Dr. Keller, der nach der wiederholten Mißachtung der bibliothekarischen Einstellungsbedingungen in der NS-Zeit (Dr. Robert Diehl, Dr. Wuthnow, Freiherr von Holzhausen) wegen des Ansehens und der Gefährdung der Anerkennung der Stadt- und Universitätsbibliothek als Universitätsbibliothek und als Ausbildungsstelle für die mittlere (gehobene) Bibliothekslaufbahn darauf bestand und darauf hinwies, daß die Stadt gegenüber dem aufsichtsführenden Reichserziehungsministerium sich "ausdrücklich" mit bindender Erklärung habe "verpflichten müssen" in Zukunft "nur fachlich geprüfte" wissenschaftliche Bibliotheksbeamte "einzustellen" (Doktorpromotion, wissenschaftliche Staatsprüfung mindestens mit Note 2, zweijährige Bibliotheksausbildung mit Prüfung)¹²¹. Zudem stellte er die Besetzung der Direktorenstelle und ihre schon länger verfolgte Anhebung zu einer Generaldirektorenstelle in den für Frankfurt keineswegs ungünstig gesehenen Gesamtzusammenhang des Zustands der vergleichbaren deutschen Bibliotheken nach den Kriegszerstörungen. Diese wie auch die Rückführung, die Wiederaufstellung und der organisatorische Wiederaufbau der Bibliothek vor Ort, aber auch die Schrumpfung des leitenden Bibliothekspersonals auf eine "untragbare Mindestzahl" verlangten aber erst recht die Gewinnung einer erfahrenen und tüchtigen "Spitzenkraft" für die Leitung des Frankfurter Bibliothekswesen¹²².

Jedenfalls bat Dr. Keller bereits am 12. Mai 1945 den von den Amerikanern eingesetzten amtierenden Frankfurter Bürgermeister Wilhelm Hollbach um die Erlaubnis zur Kontaktaufnahme zu dem Anfang April 1945 in Darmstadt vom Oberbürgermeister in das Amt des Direktors der Landesbibliothek wieder eingesetzten und von der Deutschen Regierung des Landes Hessen darin bestätigten Hanns Wilhelm Eppelsheimer über dessen etwaige Berufung als Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek; er sei ihm als "ein hervorragender Fachmann" von "sehr urteilsfähiger Seite" empfohlen

120 Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe Universität (s. Anm. 17), S. 549 f.; Auskunft Stadtarchiv Frankfurt am Main.

121 StA KA 330 Bl. 7, 12.5.1945 Dr. Keller an amtierenden Bürgermeister; StA KA 330 Bl. 8, 4. Mai (oder Juni?) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung der Direktorenstelle.

122 StA KA 330 Bl. 12, 19.7.1945 Stellungnahme der Personalkommission; StA KA 1.422 Bl. 19, 1.6.1957 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Univ. Kuratorium; StA KA 330 Bl. 8 f., 4. Mai (oder Juni) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung d. Direktorenstelle.

worden, er sei "auch charakterlich . . . rückhaltlos zu empfehlen", zudem sei er von der nationalsozialistischen Regierung in Darmstadt "wegen seiner halbarischen Frau" von seinem Direktorenamt entfernt worden. Eppelsheimer war auch 1945 als Minister in Darmstadt vorgesehen, hat aber abgelehnt, um in seinem Aufgabengebiet weiter arbeiten zu können¹²³.

Die wiederholte Betonung der bibliotheksfachlichen Qualifikation und Einstellungsvoraussetzungen hat ihre Ursache auch darin, daß Eppelsheimer in dem gleich ihm in der NS-Zeit politisch verfolgten ehemaligen Chefredakteur Erich Dombrowski (1882 – 1972), dem späteren Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, einen heftig interessierten Mitbewerber besaß. Er war zwar Nichtbibliothekar, hatte auch weder promoviert, noch eine wissenschaftliche Staatsprüfung abgelegt, war aber nach eigenem Bekunden "ein eifrig gebildeter Leser", hatte auch "zeitlebens mit öffentlichen Bibliotheken gearbeitet", ohne je in einer Bibliothek beschäftigt gewesen zu sein. Nachdem er aber die "die alten und mehrere neue Sprachen gelernt" hatte, schien ihm die Überwindung des bibliothekarischen "Formelkrams" nicht unmöglich zu sein.

Da Dombrowski altersmäßig und erst recht sachlich-bibliotheksfachlich, auch wegen der Auflagen und Mahnungen des Reichserziehungsministeriums, keine personelle Alternative zu Eppelsheimer darstellte, weil ansonst in gleichgelagertem Falle "der Besitz eines Taschenmessers die Berufung zum Leiter einer chirurgischen Klinik rechtfertige", konzentrierten sich die Verhandlungen im Sommer 1945 auf Eppelsheimer¹²⁴. Dieser erklärte schon am 3. Juli 1945 nach Klärung einer Reihe auch persönlicher Fragen (Krankheit seiner Frau, Wohnungsfrage u. a.), die grundsätzliche "Bereitswilligkeit", die Berufung nach Frankfurt am Main anzunehmen¹²⁵.

Warum der damals immerhin bereits 55-jährige Eppelsheimer nach

123 StA KA 330 Bl. 7, 12.5.1945 Dr. Keller an amtierenden Bürgermeister. Der damals als städtischer Berater vor allem in Kulturangelegenheiten fungierende Prof. Dr. Ernst Beutler (1885 – 1960), Direktor des Freien Deutschen Hochstifts, stimmte dem Vorschlag zu: "Herr Eppelsheimer scheint mir geeignet. Er hat als Gelehrter wie als bibliothekarischer Fachmann einen angesehenen Namen". StA KA 330 Bl. 12, 19.7.1945 Stellungnahme d. Personalkommission; StA PA Eppelsheimer Bl. 1a/b, 22.11.1945 Lebenslauf; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe Universität (s. Anm. 17), S. 549.

124 StA KA 330 Bl. 8 f., 4. Mai (oder Juni) 1945 Denkschrift Dr. Keller zur Besetzung d. Direktorenstelle; StA KA 330 Bl. 5, 12.5.1945 Erich Dombrowski an Bürgermeister; StA KA 330 Bl. 7, 12.5.45 Dr. Keller an amtierenden Bürgermeister; StA KA 330 Bl. 18, 19.5.1945 Hauptverwaltungsamt an Bürgermeister; Erich Dombrowski †, in: Munzinger Archiv. Internat. Biograph. Archiv 20.1.1973.

125 StA PA Eppelsheimer Bl. 13, 3.7.1945 Besprechung mit Eppelsheimer; StA KA 330 Bl. 11, 11.7.1945 Bürgermeister an Stadtrat Dr. Reinert.

Frankfurt ging, erklärt sich wohl mit seiner an anderer Stelle bereits mitgeteilten Ansicht, daß er die Frankfurter Bibliothek als die noch immer bedeutendste und zukunftsreichste Bibliothek des Landes Hessen ansah¹²⁶. Diese Auffassung deckte sich mit den bei den Einstellungsverhandlungen besprochenen Intentionen der Stadt Frankfurt, die trotz der Ungewissheiten über den kulturellen Wiederaufbau mit der Zusammenfassung der Frankfurter Bibliotheken nach den allgemeinen Kriegszerstörungen die Notwendigkeit der Zentralisierung von "Fachbibliotheken" an einzelnen Brennpunkten des kulturellen Lebens in Deutschland und bei den wenigen Bibliotheken im Westen die Chance für einen Bedeutungsaufstieg der Gesamtverwaltung der Frankfurter Bibliotheken gekommen sah, wie sie auch mit der zu besetzenden Direktorenstelle die gegebenenfalls in Frage kommenden Entwicklungsmöglichkeiten einer zentralen Steuerung des Bibliothekswesens von Frankfurt aus verband. Zudem war – vielleicht etwas unreal – die Rede davon, daß der Bezirk Frankfurt erweitert werden könnte und dann noch die Bibliotheken in Mainz, Hanau und Offenbach mit zu betreiben wären¹²⁷. Gleichzeitig erhöhte sich der personelle Entscheidungsdruck zur Einsetzung eines durchsetzungsfähigen hauptamtlichen Bibliotheksdirektors für die Stadt Frankfurt im Sommer 1945 noch dadurch, daß die amerikanische Militärregierung das Gebäude der Rothschildischen Bibliothek im Juli 1945 beschlagnahmt hatte, darin den sogenannten Collecting Point einrichtete, Frankfurter Bibliothekspersonal hierfür in Anspruch nahm und daß angeblich die Rothschildische Bibliothek wieder reprivatisiert beziehungsweise aus dem Gefüge der Stadt- und Universitätsbibliothek herausgebrochen werden sollte¹²⁸.

Unter diesen Umständen wird verständlich, daß das Kommen von Eppelsheimer, der in den Einstellungsverhandlungen stets einen "sehr guten" beziehungsweise "ausgezeichneten" Eindruck hinterlassen hatte, auch seinen Preis hatte. Dies umso mehr, da nach der Zurückstellung der anfangs in Aussicht gestellten prestigeträchtigen förmlichen Anhebung der Direktorenstelle zu einer Generaldirektorenstelle und der vorübergehenden Tendenz zur Ablehnung des zunächst zugesagten städtischen Honorargarantiefixums von 2.400 RM jährlich aufgrund des Widerstands vor allem der

126 Siehe oben Anm. 54.

127 StA PA Eppelsheimer Bl. 17, 13.8.1945 OB an Stadtrat Dr. Keller; StA PA Eppelsheimer Bl. 21, 23.8.1945 Sitzung der Personalkommission; StA PA Eppelsheimer Bl. 18, 18.8.1945 Dr. Keller an OB; StA KA 330 Bl. 12, 19.7.1945 Stellungnahme d. Personalkommission.

128 StA PA Eppelsheimer Bl. 15, 2.8.1945 Kulturamt an OB; StA PA Eppelsheimer Bl. 18, 18.8.1945 Dr. Keller an Bürgermeister; StA PA Eppelsheimer Bl. 21, 23.8.1945 Sitzung der Personalkommission; Franz Fischer: Die Freiherrl. Carl von Rothschildische Bibliothek (s. Anm. 3), S. 94.

Personalkommission der Stadt Frankfurt die Verhandlungen auf "einer wesentlich schmaleren Grundlage zu führen" waren¹²⁹.

Im Endergebnis gehörten aber zu den Absprachen und Vereinbarungen mit Eppelsheimer:

- gehaltlich die gleiche Behandlung wie sein Vorgänger Professor Oehler, das heißt seine Einstufung in die Besoldungsgruppe A1a, "möglichst in die Höchstgruppe",
- die Berufung zum Direktor der Städtischen und Universitätsbibliotheken,
- der Antrag bei der Philosophischen Fakultät der Universität auf Erteilung eines Lehrauftrags für Bibliothekswesens und – symptomatisch für die Identitätsprobleme mancher deutscher Bibliotheksdirektoren – die Berufung zum Honorarprofessor, sowie trotz ursprünglicher Widerstände,
- die Übernahme einer jährlichen Honorargarantie für den Lehrauftrag von 2.400 Reichsmark durch die Stadt bis zur Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs beziehungsweise generell, falls die Universität die Zahlung des Honorars verweigern sollte.

Auf die Vertagung der Gegenstand der Einstellungsverhandlungen gewesen Verleihung des Titels Generaldirektor bis zum Zeitpunkt des Wiederaufbaus des Frankfurter Bibliothekswesens wurde bereits hingewiesen¹³⁰. Dazu kam noch die Forderung einer 5-Zimmer-Wohnung, die mit der Gewährung einer 7-Zimmer-Dienstwohnung im zweiten Stock des Bibliotheksgebäudes des ehemaligen Rothschild-Palais am Untermainkai 15 für den bereits am 30. Januar 1946 verwitweten und mit zwei Schwestern zusammenlebenden Eppelsheimer großzügig geregelt wurde. Diese Zusage führte angesichts der allgemeinen Wohnungsnot in der Folge noch zu einer Bedarfsklärung, die aber durch Abgabe des normalen Direktions-Amtszimmers im ersten Stock an die Bibliothek und die Erklärung zweier Räume der 7-Zimmer-Dienstwohnung im zweiten Stock zum direktorialen Arbeitsbeziehungsweise Vorzimmer positiv zugunsten Eppelsheimers entschieden wurde¹³¹.

Ähnlich führten dann geänderte Richtlinien über die Vergütung von Lehraufträgen bei der Universität und der äußere Anlaß, daß Eppelsheimer

129 Siehe oben Anm. 48, 49, 50; StA PA Eppelsheimer Bl. 18, 18.8.1945 Dr. Keller an OB.

130 StA KA 330 Bl. 15, 27.8.1945 Dr. Keller an Eppelsheimer; StA KA 330 Bl. 19, 5.12.1945 Kulturamt an OB; StA PA Eppelsheimer Bl. 17, 13.8.1945 OB an Dr. Keller; StA PA Eppelsheimer Bl. 19a, 8.9.1945 OB an Eppelsheimer; StA PA Eppelsheimer Bl. 21, 23.8.1945 Sitzung der Personalkommission; StA PA Eppelsheimer Bl. 22, 20.9.1945 Eppelsheimer an OB.

131 StA PA Eppelsheimer Bl. 13, 13.7.1945 Besprechung mit Eppelsheimer; StA MA 6220 Bd. 1, 30.4.1946 Hochbauamt an OB; StA MA 6220 Bd. 1, 2.5.1946 OB an Kulturamt; StA MA 6220 Bd. 1, 29.4.1946, 17. Mai 1946 und 27.6.1946 Schriftwechsel zur Wohnungsfrage Eppelsheimer.

in den 15 Semestern vom Wintersemester 1946/47 bis zum Wintersemester 1953/54 überhaupt nur in sechs Semestern, meist einstündige und zweimal zweistündige Vorlesungen (z. B.: Einführung in die Bibliothekskunde, Einführung in die Weltliteratur) gehalten hatte, ansonst aber beurlaubt war oder seine Lehrverpflichtungen nicht wahrgenommen hatte, ab 1.10.1953 zur Sperrung der jährlichen Honorarvergütung von 2.400 RM (dann DM) seitens der Universität für den Lehrauftrag, dessen Bezahlung dann von der Stadt, die ihm diese Pauschalvergütung bei der Einstellung garantiert hatte, übernommen werden mußte¹³².

Nachdem die Stadt Frankfurt am Main Eppelsheimer zum 1. Januar 1946 zum Direktor der "Städtischen (und Universitäts-) Bibliotheken" einschließlich der Volksbüchereien ernannt hatte und er in diesem Amt vom Hessischen Staatsministerium für Kultus und Unterricht bestätigt worden war¹³³, waren diese nachträglichen Probleme mit manchen Einstellungszusagen aber nur Quisquilien im Vergleich zu dem Mann, den man für den Wiederaufbau des Frankfurter Bibliothekswesens in schwieriger Zeit gewonnen hatte. Als Berater der Hessischen Regierung in allen Bibliotheksangelegenheiten, den wissenschaftlichen wie denen der öffentlichen Volksbüchereien, als Leiter der Frankfurter Volksbüchereien bis zur von ihm angestrebten Entlassung aus dieser Funktion 1956, als Beauftragter in Nachwuchs- und Prüfungsangelegenheiten aller hessischen Bibliotheken, dann als Vorsitzender der hessischen Bibliotheksdirektorenkonferenz und vor allem durch die weitgehend von ihm auf- und ausgebaute Aufgabenbündelung bei der Stadt- und Universitätsbibliothek ist er binnen kurzem lokal und regional zur bestimmenden Persönlichkeit im hessischen Bibliothekswesen geworden¹³⁴.

Über sein Wirken an der Stadt- und Universitätsbibliothek hinaus hat er durch die Gründung und die Leitung der Deutschen Bibliothek in Personalunion, durch die tätige Mitarbeit im Verein Deutscher Bibliothekare, als Mitglied und Vorsitzender des Bibliotheksausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft, des Deutschen Bibliographischen Kuratoriums und als Mitglied des Ausschusses für Bibliographie und Bibliotheksfragen beim

132 StA KA 1.422 Bl. 2 – 145, 5.3.1952 – 1.6.1957, insbes. Bl. 144 25.11.1953 Übersicht über Vorlesungen Eppelsheimer.

133 StA PA Eppelsheimer Bl. 40, 10.1.1946 Dr. Keller an Eppelsheimer; StA PA Eppelsheimer Bl. 46, 11.2.1946 Hessisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht an OB; StA KA 328 Bl. 28, 28.1.1946 Kulturamt an Volksbüchereien; StA KA 329 Bl. 87, 11.2.1946 Hess. Staatsminist. f. Kultus und Unterricht an OB.

134 StA KA 389 Bl. 69, 7.6.1946 Eppelsheimer an Stadtrat; StA KA 328 Bl. 23, 28.12.1945 Eppelsheimer an Hess. Regierung; StUB Az: 10103/104, 23.8.1946 Minister für Kultus u. Unterricht an Eppelsheimer; StA PA Eppelsheimer Bl. 176, 25.6.1955 StUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Börsenverein des Deutschen Buchhandels sich bald überregionale und nationale Verdienste um das Buch- und Bibliothekswesen erworben. Als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation (1951 – 1955) hat der Bibliograph Eppelsheimer zur frühen Annäherung des Bibliotheks- und des Informations- und Dokumentationswesens beigetragen, wie es auch seinen Bemühungen gelungen war, den Sitz der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation nach Frankfurt zu legen¹³⁵.

Durch seine Amerikareise vom 31. März 1949 bis 17. Juli 1949 auf Einladung der amerikanischen Militärregierung, bei der er wegen des anstehenden Frankfurter Bibliotheksneubaus auch den amerikanischen Bibliotheksbauten besondere Beachtung schenkte¹³⁶, als Vertreter der wissenschaftlichen Bibliotheken im deutschen UNESCO-Ausschuß 1951 und von Inter-Nationes 1952 – 1961 hat er zur Wiederanknüpfung der durch den Krieg unterbrochenen internationalen Kontakte beigetragen.

Als Mitgründer und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie“ hat er den Vereinen Deutscher Bibliothekare und der Diplom-Bibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken das maßgebliche Organ mitgeschaffen, das in seiner Konzeption durch die ausdrückliche Einbeziehung der Bibliographie wesentlich von ihm geprägt worden ist, ohne daß hier auf seine sonstige Aktivitäten, wie zum Beispiel als Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung 1963 – 1966, eingegangen werden soll. Dazu kam, daß er wegen seiner demokratischen Grundeinstellung und politisch wegen seiner Entlassung und Verfolgung in der NS-Zeit nicht angreifbar war, wenn auch seine „autoritäre Art“ manche Dinge zu erledigen, früh vereinzelt Widerspruch erregte und er sich auch wegen seines in der NS-Zeit erschienenen „Handbuchs der Weltliteratur“ nach dem Krieg aus Emigrantenkreisen Angriffen ausgesetzt sah¹³⁷.

Es scheint auch, daß Eppelsheimers Führungsstil, Entscheidungen in diskretem Einvernehmen mit wenigen als gleichwertig angesehenen Kollegen und im Kontakt mit wichtigen Entscheidungsträgern zu suchen, sie vorzubereiten oder abzusichern, die in ihren Entwicklungsmöglichkeiten noch offeneren Jahre ohne Zentralgewalt unmittelbar nach dem Kriege und in den Anfängen der Bundesrepublik mehr entgegenkamen, als die späteren Jahre mit verfestigteren Strukturen und stärkeren Abstimmungszwängen

135 Franz Fischer: Eppelsheimer als Bibliothekar (s. Anm. 112), S. 41; StA PA Eppelsheimer Bl. 141, 4.7.1951 Kulturamt an Eppelsheimer.

136 StA KA 28 Bl. 4 – 12, 22.9.1949 Bericht Eppelsheimer über seine Amerikareise; STA PA Eppelsheimer Bl. 134 f., 13.9.1949 Bericht über seine Amerikareise.

137 StA KA 389 Bl. 103, 18.1.1947 Kulturamt betr. Senckenberg. Bibliothek; Frank Wende: Die Emigrantenbibliothek, in: Hanns W. Eppelsheimer, Ausstellung der Deutschen Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt (s. Anm. 89), S. 44 – 50.

mit etablierteren bürokratischen und bibliothekarischen Apparaten und Gremien. Jedenfalls blieb ihm auf einigen wesentlichen Sektoren der Erfolg versagt, so unter anderem die Durchführung des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek und vor allem die förmliche „de jure“ Anerkennung und Absicherung der von ihm de facto angestrebten und zu einem Teil erreichten herausgehobenen Stellung seines Amtes und seiner Bibliothek (z. B.: Generaldirektorsplan, Hessischer Staatsbibliotheksplan, Zentralbibliotheksplan unter Einbeziehung der ehem. Preußischen Staatsbibliothek). Vielleicht hat er aber auch nur generationenbedingt verkannt, daß der nach 1945 gestärkte Staats- und Kulturföderalismus zwar die Chance zum Aufbau eines polyzentrischen Bibliothekssystem bot und relativ problemlos den Ausbau der bibliothekarischen Vorortfunktion einzelner Städte beziehungsweise Bibliotheken ermöglichte, daß in ihm aber darüber hinausgehende zu ostentative, die Dezentralisierung tendenziell wieder in Frage stellende überregionale Zentralisierungsbestrebungen nicht durchsetzbar waren. Zukunftsträchtig aber blieb, daß die von Eppelsheimer zielstrebig vollzogene Neuorientierung auf der Grundlage der politischen und bibliothekspolitischen Nachkriegsordnung den Rahmen der Bibliotheksarbeit auch für seine Nachfolger abgegeben hat; sie haben nur mehr modifiziert, angepaßt und weiterentwickelt, aber ihn nicht durchbrochen.

Eppelsheimers Verdienst für die Bibliothek war es auch, daß er einige noch heute bekannte, an der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin geschulte beziehungsweise an ihrem Teilnachfolgeinstitut der Westdeutschen Bibliothek in Marburg tätig gewesene erfahrene Bibliothekare als Stellvertreter gewinnen konnte. So 1946 den Inkunabelfachmann Kurt Ohly (1892 – 1970), von seiner Veranlagung allerdings mehr Gelehrter als Verwaltungsbeamter¹³⁸. Schon 1950 folgte ihm daher nach der Bitte Ohlys, von dem Amt als Stellvertreter zurücktreten zu wollen, als Stellvertreter des Direktors der ebenfalls als Frühdruckforscher ausgewiesene Carl Wehmer (1903 – 1978). Seine Einstellung als Bibliotheksrat hatte Eppelsheimer im Jahre 1949 schon nachdrücklich mit dem Argument betrieben, daß ihn Wehmer von Verwaltungsaufgaben entlasten solle¹³⁹. Wehmer hat, wie gesagt, seit 1952 auch die Bibliotheksschule als Direktor geleitet. Eppelsheimer, der Wehmer nicht nur als „ausgezeichneten Wissenschaftler, sondern auch

138 StA KA 329 Bl. 195, 8. Juni 1948 Kulturamt an Rechnungsamt; Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare (s. Anm. 3), S. 238; Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 124 f; StA KA 239 Bl. 152, 16.10.1946 StuUB an Kulturamt; StA PA Eppelsheimer Bl. 128, 3.2.1950 StuUB an Kulturamt.

139 StA KA 45 Bl. 85, 24.2.1950 StuUB an Kulturamt; StA KA 329 Bl. 247, 1.2.1949 Einstellung Dr. Wehmer; Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare (s. Anm. 3), S. 375.

organisatorisch außerordentlich befähigt“ hielt¹⁴⁰, konnte allerdings nicht verhindern, beziehungsweise es war nur folgerichtig, daß dieser 1953 das Direktorat der Universitätsbibliothek Heidelberg übernahm.

Ihm folgte zum 1. April 1954 von der Westdeutschen Bibliothek in Marburg kommend, gleichfalls mit der Funktion eines Stellvertretenden Direktors und Direktors der Bibliotheksschule betraut Clemens Köttelwesch (1915 – 1988), der dem zum 31. Oktober 1958 nach dreijähriger Verlängerung der Amtszeit als Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek auscheidenden Eppelsheimer auf Vorschlag seines Vorgängers auch im Amte des Direktors der Stadt- und Universitätsbibliothek nachfolgen sollte¹⁴¹.

Wie Eppelsheimer ein Glücksfall für die Bibliothek konnte Köttelwesch verwirklichen, was seinem Vorgänger versagt geblieben war: den wesentlich von ihm konzeptionell beeinflussten Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek. Beide zeichnete aber neben ihrer Arbeitskraft ihr Pragmatismus aus, ein sicheres, teilweise intuitives Gefühl für Chancen und Entwicklungen, ein Improvisationstalent und Verhandlungsgeschick und eine gewisse unorthodoxe Art des Handelns. Bei allen persönlichen Unterschieden des beinahe schon unzeitgemäß erscheinenden Grandseigneurs Eppelsheimer und dem umtriebenen Köttelwesch verbindet sie auch ihr Verständnis von Bibliotheksarbeit als Teil der Kultur- und Wissenschaftspolitik und ihr Einsatz in den Gremien des deutschen Bibliothekswesens. Zudem stand Köttelwesch auch in der Herausgabe der „Bibliographie der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft“ und des Bibliographischen Handbuchs der deutschen Literaturwissenschaft in der direkten Nachfolge Eppelsheimers. Unverkennbar hat aber Köttelwesch in der ostentativen Betonung des Charakters der Benutzer- und Dienstleistungsorientierung der Bibliothek, dem unter besseren wirtschaftlichen Bedingungen ermöglichten Nachvollzug der Aufstockung des Personalstands und des Vermehrungsetats, dem Bibliotheksneubau und dem die Praxis tendenziell eher reproduzierenden statt reflektierenden Praxisbezugsverständnis in der bibliothekarischen Ausbildung eigene Akzente gesetzt.

4.2 Die Personalentwicklung

Die Bibliothek befand sich schon seit Kriegsbeginn in einem allmählichen

140 StA KA 881 Bl. 191 (ohne Datum, wohl April 1952) Eppelsheimer an Stadtrat Dr. vom Rath.

141 StA PA Eppelsheimer Bl. 175 f., 21.6.1955 und 25.6.1955 Schriftwechsel Eppelsheimer und Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; StA PA Eppelsheimer Bl. 230, 4.12.1957 Aktenvermerk Dr. vom Rath; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 273 f.; Klaus-Dieter Lehmann: Clemens Köttelwesch †, in: ZfBB 36 (1989), S. 84 – 86; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität (s. Anm. 17), S. 563.

Personalabbau. Einberufungen der jüngeren männlichen Mitarbeiter zum Kriegsdienst und Dauerabordnungen an als kriegs- und verwaltungswichtiger angesehene, zum Teil neue Dienststellen innerhalb der Stadtverwaltung¹⁴², nach 1945 auch Entlassungen wegen der NSDAP-Zugehörigkeit führten dazu, daß zum Beispiel zum 15.12. 1946 von 73 Gesamtstellen der Stadt- und Universitätsbibliothek nur 40 Stellen besetzt waren¹⁴³.

Erschwerend kam hinzu, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit der haushaltsbedingte Zwang zu Personaleinsparungen, das Argument Personaleinsparung als Folge der Zusammenlegung der Bibliotheken und die kriegsbedingten Bestandsminderungen zu regelrechten Streichungen und Herabstufungen von Planstellen führten¹⁴⁴. Zusätzlich zwang die Währungsreform die Haushaltswirtschaft der deutschen Städte nicht nur zur Kürzung der Sachausgaben, sondern auch zur Senkung der Personalkosten durch Stellenstreichungen, generelle Einstellungssperren, Zurruesetzungen, Entlassungen, Beförderungstopps, Herabsetzung der Vergütungen, Überprüfung des vorhandenen Personalbestandes und Kündigung von Sonderarbeitsverträgen. Im März 1949 waren bei der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt „die Stellen von 2 Akademikern und 9 mittleren Kräften unbesetzt, die Stellen von 2 Akademikern und 7 mittleren Kräften gestrichen“. Unter den kriegsbeschädigten Universitätsbibliotheken blieb sie nach Eppelsheimer als einzige mit ihrem Personal unter dem Friedensetat¹⁴⁵.

Mitte 1949 betrug der Personalbestand der Stadt- und Universitätsbibliothek 55 Personen (17 Beamte, 34 Angestellte, 4 Arbeiter), dazu kamen noch 4 außerplanmäßige Bibliotheksinspektoren, 6 Lehrlinge und 2 Anlernlinge, also insgesamt 67 Mitarbeiter¹⁴⁶. 1950 werden einschließlich von 10 Anwärtern, darunter einem Verwaltungslehrling für die Stadt- und Universitätsbi-

142 StA KA 329 Bl. 38, 31.10.1944 Kulturamt an StuUB; StA KA 239 Bl. 69, 1.2.1947 Stellen- und Personalübersicht; StA KA 239 Bl. 179 1.6.1948 StuUB an Kulturamt; StUB Az: 10103/104, 25.9.1948 Bericht Dr. Binder; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 207.

143 StA KA 239 Bl. 7, Febr. 1947 Überprüfung des Personalstellenplans; StA KA 329 Bl. 66, 2.8.1945 StuUB an Kulturamt; StUB Az: 05720, 3./4. April 1946 Direktorenkonferenz Stuttgart, S. 3; StA KA 313 Abschlußbericht Dr. Binder über Ausweichstelle Mitwitz 1.3.1945 – 30.11.1946.

144 StA KA 239 Bl. 34 f., 22.12.1948 Kulturamt an Personalamt; StA KA 239 Bl. 102, 23.4.1947 Personalamt an Kulturamt.

145 StUB Az: 10103/104, 17.3.1949 Eppelsheimer an Dekan Prof. Voßler.

146 Wirtschaftsberatungs AG: Gutachten über die Prüfung der Organisation und Personalbesetzung der Stadtverwaltung Frankfurt am Main 1.8.1949 Bd. 1, S. 1 – 8 und S. 246; desgleichen StA KA 239 Bl. 49 (ohne Datum, 1.8.1949) WIBERA-Gutachten über die Prüfung d. Organisation und Personalbesetzung der Stadtverwaltung Frankfurt am Main; über ähnliche währungsreformbedingte Stelleneinsparungen bei Senckenberg StUB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht an den Verwaltungsausschuß der Senckenberg. Bibliothek.

blibliothek 72 Stellen angegeben. Der Stellenplan von 1952 führt 68 Stellen an; neben dem Direktor und seinem Stellvertreter drei Bibliotheksratsstellen – wenn auch die Zahl der Angehörigen des Wissenschaftlichen Dienstes durch die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beziehungsweise wissenschaftlicher Angestellter sechs betrug –, 16 Bibliotheksinspektoren bzw. Oberinspektoren, 38 Angestellte, 8 Arbeiter und eine Kanzleisekretärstelle¹⁴⁷. Damit scheint Ende der 1940er und am Anfang der 1950er Jahre der Tiefpunkt bei den Planstellen erreicht worden zu sein.

Angesichts der ungleich größeren Neuzugänge gegenüber der Vorkriegszeit auch aufgrund der Überweisung beziehungsweise Übernahme ganzer Bibliotheken, der Bunkerunterbringung des Großteils der Bestände getrennt von Bibliothek und Verwaltung, wie auch im Hinblick auf die Aufräumungs- und Neukatalogisierungsarbeiten war diese, zudem im Vergleich zu anderen Bibliotheken ungenügende Personalausstattung nicht gerechtfertigt. Zusätzlich wirkte personalmäßig belastend, daß die Stadt- und Universitätsbibliothek laut Vertrag durch Abordnungen in den ersten Jahren auch das Personal der Deutschen Bibliothek zu stellen hatte. Andererseits sah sich die Bibliotheksleitung wegen der desolaten Raumsituation kaum in der Lage neues Personal räumlich überhaupt unterbringen zu können. „Im Einvernehmen mit dem Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek“ war daher das Kulturrat bei der Stadt- und Universitätsbibliothek „bei der Stellenbesetzung sehr zurückhaltend. Jede freie Stelle wurde nur besetzt, wenn dies unbedingt erforderlich, der nötige Arbeitsraum und geeignete Bewerber vorhanden waren“¹⁴⁸. Die Revisions- und Personalstellenprüfberichte in den endvierziger und anfangsfünfziger Jahren bescheinigten der Stadt- und Universitätsbibliothek auch stets, daß bei ihr kein Personalüberhang, eher eine Personalunterdeckung vorhanden sei; ja gerade im Hinblick auf die Neukatalogisierungsaufgabe der umfangreichen Altbestände zusätzlich zum laufenden Betrieb sei ein „Personalmangel ... nicht von der Hand zu weisen“¹⁴⁹.

Folgenreich für die innere Organisation der Bibliothek und die Struktur des Besoldungsgefüges wurde nun, daß manche dieser Stellenstreichungen und Herabstufungen der unmittelbaren Nachkriegszeit später – und zwar teilweise bis heute (1990) – trotz zwischenzeitlich völlig geänderter Rahmenbedingungen und dem Anstieg von Bestandszahlen und Benutzungszahlen nicht mehr revidiert wurden. Dies gilt angesichts der Leitfunktion dieser

147 VDB-Jahrbuch 34 (1950) S. 42 und 35 (1952), S. 52.

148 StA KA 329 Bl. 247, 1.2.1949 Kulturrat an Personalamt; StA KA 239 Bl. 34, 22.12.1949 Kulturrat an Personalamt.

149 StA KA 880 Bl. 42, 4.4.1951 Belegprüfung bei StuUB; StA KA 880 Bl. 240, 4.3.1954 Bestandprüfung bei StuUB; StA KA 315 Bl. 25, 18.6.1947 StuUB an Kulturrat; WIBERA-Gutachten Bd. 1 (s. Anm. 146), S. 246 f.; VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 44.

Stellen für den gesamten Stellenkegel insbesondere für die direktoriale Ebene unterhalb der Stelle des Leitenden Bibliotheksdirektors.

Bei der Gesamtverwaltung der Frankfurter Bibliotheken waren vier Direktorenstellen, davon neben derjenigen der Senckenbergischen Bibliothek drei städtische, vorhanden gewesen¹⁵⁰. Von ihnen ist nach der Zusammenlegung der Bibliotheken außer dem Direktor der Stadt- und Universitätsbibliothek, der ab 1947 auch die Senckenbergische Bibliothek unmittelbar leitete, nur noch dessen Stellvertreterstelle übriggeblieben, wobei auch diese Stelle über das Jahr 1965 hinaus, wohl mit Blick auf die erst seit 1961 allmählich aus ihren bisherigen A-14/A-13 Eingruppierungen höher gestuften Direktorenstellen der übrigen großen hessischen wissenschaftlichen Bibliotheken, nur als Oberratsstelle ausgewiesen war¹⁵¹. Ungeachtet der Aufgabenausweitungen und -differenzierungen, des späteren Anstiegs der Mitarbeiterzahlen, des Erwerbungsvolumens, der Benutzung und des Bestandes, der am Ende des Untersuchungszeitraums 1965 mit rund 900.000 Bänden nahezu wieder das Vorkriegsniveau erreicht hatte und der 1990 mit rund 3,2 Millionen Bänden gut dreimal so groß ist wie vor den Kriegszerstörungen etwas über 45 Jahre vorher, verfügt damit die Stadt- und Universitätsbibliothek auch 1990 mit einer Direktors- und einer Direktorstellvertreterstelle ohne die neu übernommenen Auftragsangelegenheiten des Landes (Bibliotheksschule, Hessischer Zentralkatalog) über weniger Direktorenstellen als vor den Zerstörungen. Der Stellenkegel hat damit weder das Größenwachstum noch die Aufgabenausweitungen (z. B. Sondersammelgebiete) der Bibliothek nachvollzogen; er verbleibt ähnlich wie bei anderen Bibliotheken in Hessen, mit denen diese Stellenplansituation in Wechselwirkung steht, weit hinter dem vergleichbarer Bibliotheken in anderen Bundesländern zurück. Beim Höheren Dienst standen den sechs Bibliotheksratsstellen vor 1939 im Jahre 1949 drei Bibliotheksräte und zwei wissenschaftliche Hilfsarbeiter gegenüber¹⁵². Die unmittelbar am Kriegsende noch prekärere Personalsituation beim Höheren Bibliotheksdienst und die besonderen Bedingungen der von Nähe, Enge und Provisorien gekennzeichneten Zusammenarbeit in Mitwitz und im Hause am Untermainkai, dann die Diskrepanz von Arbeitsanfall und Personalausstattung sowie wohl auch gewisse Unschärfen der Organisation, der Aufgabenverteilung und des

150 StA KA 239 Bl. 34 f., 22.12.1948 Kulturrat an Personalamt; StA KA 329 Bl. 247, 1.2.1947 Kulturrat an Personalamt.

151 VDB-Jahrbuch 38 (1959), S. 66 f.; 39 (1961), S. 51, 71, 145; 40 (1963), S. 60; 41 (1965), S. 68; StUB Az: 05720, 7.7.1959 und 24.10.1960 Hess. Bibliotheksdirektorenkonferenz, jeweils S. 1.

152 StA KA 329 Bl. 247, 1.2.1949 Kulturrat an Personalamt. Ab 1992 hat sich der Stellenkegel bei der StuUB Frankfurt/Main verbessert. Der Unterhaltsträger hat zwei bisherige A-14 Oberratsstellen in A-15 Direktorenstellen umgewandelt.

Personaleinsatzes haben an der Stadt- und Universitätsbibliothek zu teilweise langanhaltenden Erosionen der herkömmlichen Tätigkeitsmerkmale zwischen den Laufbahngruppen geführt¹⁵³.

Insbesondere seit dem Ausgang der 1950er und dem Anfang der 1960er Jahre wird auch ein seither charakteristisches Merkmal der Personalfinanzierung und -bewirtschaftung der Stadt- und Universitätsbibliothek verstärkt erkennbar, das wesentlich mit der Übernahme regionaler und nationaler Aufgabenstellungen, der Erschließung und Betreuung von Altbeständen und Sammelschwerpunkten sowie der Durchführung von Modellversuchen und Projekten und dergleichen zusammenhängt: Die Finanzierung, Teilfinanzierung, Beihilfengewährung oder Kostenerstattung bestimmter Stellen aus Landes-, Sonder- oder sonstigen Drittmitteln (z. B.: DFG), wobei teilweise manche dieser zunächst befristet fremdfinanzierten Stellen in der Folge als selbstfinanzierte Dauerstellen weitergeführt wurden¹⁵⁴.

Die Personalentwicklung zeigt auch, wie sehr der jüngere und in dieser Frage wohl auch drängend pragmatischere Köttelwesch es verstanden hat, die Chancen des Wirtschaftswunders, die Entspannung der Raumsituation durch den Auszug der Deutschen Bibliothek 1959 in ihren Neubau und vor allem durch den Umzug der Stadt- und Universitätsbibliothek in ihren eigenen Neubau für eine nachhaltige Verbesserung der Personalausstattung zu nützen. So stieg die Zahl der gesamten Planstellen bei der Stadt- und Universitätsbibliothek bis in das letzte Viertel der 1950er Jahre nur mäßig von 68 (1952) auf 77 (1955) und 78 (1957) an. Ende der 1950er Jahre läßt sich schon unter dem Direktorat von Köttelwesch nach dem Auszug der Deutschen Bibliothek 1959 eine Ausweitung im Stellenplan auf 96 und 1961 auf 98 Stellen konstatieren. Die größte, geradezu sprunghafte Stellenausweitung erfolgte aber mit dem Bezug des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek von 112 Stellen im Jahre 1963 auf 172 Stellen im Jahre 1965. Damit hat sich die Stellenzahl gegenüber 73 (1946) binnen knapp 20 Jahren um rund 100 Stellen erhöht und mehr als verdoppelt. Der Durchbruch zu den großen Stellenvermehrungen mit über 100 Stellen erfolgte aber erst ab dem ersten Jahrfünft der 1960er Jahre.

An Angehörigen des Wissenschaftlichen Dienstes waren an der Stadt- und Universitätsbibliothek in den 1950er Jahren ohne die Senckenbergische Bibliothek und außer der Stelle des Direktors der StuUB und seines Stellvertreters 6 (1952) Personen vorhanden, 1961 stieg ihre Zahl auf 7, 1963 auf 10 und 1965 auf 13 Personen.

Einschließlich der Anwärter wies der Stellenplan der Bibliothek für den

153 Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- u. Univ. Bibl. (s. Anm. 23), S. 276.

154 VDB-Jahrbuch 39 (1961), S. 71; StUB Az: 05720, 24.10.1960 Hess. Bibl. Direktorenkonferenz, S. 1; StA KA 1.422 Bl. 513, 17.11.1956 StuUB an Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- u. Univ. Bibl. (s. Anm. 23), S. 250 und 277.

gehobenen Dienst folgende Personalentwicklung auf: 1952 16, 1955 23, 1957 23, 1959 25, 1961 27, 1963 38 und 1965 60 Stellen. Den Rest bildeten Angestellten- und Arbeiterstellen, wobei die letztere Gruppe mit 10 Stellen 1965 gegenüber 8 Stellen 1952, nachdem es 1959 schon einmal 14 Arbeiterstellen gegeben hatte, prozentual rückläufig war¹⁵⁵.

Erwähnenswert ist bis zum Anfang der 1970er Jahre eine erhebliche Personalfuktuation, die wohl mit den lange raumbedingt schlechten Arbeitsbedingungen in Frankfurt, der schlechten Stellendotierung und dem hohen Frauenanteil in diesem Beruf zusammenhängt. Dazu kam schon ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine den Arbeitsplatzwechsel begünstigende allgemein verbesserte Arbeitsmarktlage und Stellensituation für Bibliothekare. Es häuften sich nämlich damals die Klagen über den Mangel an ausgebildetem bibliothekarischen Fachpersonal (Diplombibliothekare), wie auch zumindest an der Stadt- und Universitätsbibliothek eine ausreichende Zahl von Fachreferenten nicht zu Verfügung stand¹⁵⁶. Gleichzeitig suchte man dem Fachkräftemangel, den sich häufenden Abgängen von jungen Diplombibliothekaren nach Abschluß der Ausbildung und den vielen nicht zu besetzenden Stellen im gehobenen Dienst durch Erhöhung der Ausbildungskontingente entgegenzuwirken¹⁵⁷.

Eine andere Form der Fluktuation ist dann für das Direktorat von Köttelwesch zu konstatieren, die in dieser Größenordnung weder bei seinem Vorgänger noch seinem Nachfolger anzutreffen ist. Von 1958 bis 1978 sind allein zwölf Bibliothekare des Höheren Dienstes Leiter großer Universitätsbibliotheken geworden. Neben der Neugründungswelle an Universitätsbibliotheken mit ihrem Direktorenbedarf und einem Generationenwechsel scheint sich darin doch auch eine besonders ihm eigene Förderung, Motivierung und Empfehlung der Mitarbeiter auszudrücken¹⁵⁸.

155 Die Zahlenangaben erfolgten nach den Eintragungen der jeweiligen Erscheinungsjahre des VDB-Jahrbuchs. Manche Diskrepanzen der Stellenplan-Angaben im Jahrbuch, in den Akten und in der Literatur dürften sich u. a. daraus erklären, ob die Anwärter-Stellen einbezogen wurden oder nicht, z. B. StUB Az: 060, Jahresbericht der StuUB 1964, S. 3; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- u. Univ. Bibl. (s. Anm. 23), S. 277.

156 StUB Az: 05720, 17.1.1956 Hess. Bibl. Direktorenkonferenz, S. 2; StUB Az: 060, 16.5.1960 Verwaltungsbericht StuUB 1959/60, S. 1, StUB Az: 060, 12.1.1961 Verwaltungsbericht StuUB 1960, S. 1; StUB Az: 060, Jahresbericht StuUB 1962, S. 1 und 3; StUB Az: 060, Verwaltungsbericht StuUB 1963, S. 1.

157 StUB Az: 05720, 3.4.1963 Hess. Bibl. Direktorenkonferenz, S. 4; StUB Az: 05720, 7.4.1961 Hess. Bibl. Direktorenkonferenz, S. 3 f.

158 Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 277 f.

5. Die Etatentwicklung

Ähnlich wie beim Personaletat war beim Erwerbungsstat die Situation in den endvierziger und anfangsfünfziger Jahren nach der Währungsreform am prekärsten als die Bibliothek durch die Ersatzbeschaffung der verbrannten Grundlagenliteratur neben den Neuerwerbungen ihre Funktionsfähigkeit erst wieder gewinnen mußte. Das Gebot war, aus dem Torso zufällig im Krieg geretteter und übriggebliebener Buchbestände sowie fragmentarischer Serien und Zeitschriften überhaupt erst wieder eine funktionsfähige Gebrauchsbibliothek aufzubauen. Noch in der Reichsmarkzeit nach 1945 hat es einige größere überplanmäßige städtische Fonds zur Ersatz- oder Wiederbeschaffung verbrannter Literatur gegeben, um Notverkäufe von Büchern und Bibliotheken und ansonst günstig sich bietende Einkaufsmöglichkeiten nutzen zu können: So 1946 180.000 RM oder 1947 215.000 RM, die 1947 allerdings etwa zur Hälfte für die Beschaffung von Regalen beziehungsweise für die Hauptbibliothek des Städtischen Krankenhauses und für Neuerwerbungen ausgegeben werden mußten, da gleichzeitig der laufende Etat 1947 eben im Hinblick auf die einmalige Zuwendung deutlich gekürzt worden war. Noch im Februar 1948 wurden zur Wiederbeschaffung verbrannter Bücher 250.000 RM bewilligt, wobei auch hier im abwechselnden Gebrauch der Begriffe Wieder- und Neubeschaffung die Grenzziehung zwischen Ersatzbeschaffung und Neuerwerbung – vielleicht bewußt – nicht klar und deutlich hervortritt und sich zudem Mitte dieses Jahres die finanziellen Rahmenbedingungen als Folge der Währungsreform grundsätzlich änderten¹⁵⁹.

Die Umstellung von der Reichsmark- auf die DM-Währung in der Währungsreform vom 21.6.1949 hat zwar mit der Beseitigung des Geldüberhangs einer durch Rüstungs- und Kriegsfinanzierung, Preis- und Lohnstopp wie durch Devisenbewirtschaftung zurückgestauten Inflation die Wirtschaft belebt und zu einer Angebots- und Preissteigerung auch antiquarischer Bücher geführt, hat aber zumindest die Geldknappheit der öffentlichen Hand drastisch verschärft. Erschwerend kam in Frankfurt hinzu, daß der städtische Unterhaltsträger sehr viel unmittelbarer und direkter als beispielsweise ein Land den drängenden Wiederaufbauproblemen im Wohnungsbau, Krankenhaus- und Schulwesen u. dgl. ausgesetzt war. Angesichts der auf nahezu allen Gebieten spürbaren und in manchen Bereichen eben sehr viel existentieller empfundenen Notlage konnte – oder wollte – der städtische Unterhaltsträger nicht mehr Geld für das Bibliothekswesen erüb-

rigen. Die nach dem Währungsschnitt generell erkennbar werdende und durch die Fülle der Wiederaufbaumaßnahmen nur zusätzlich verschärfte Überforderung der Finanzkraft einer Stadt, eine moderne Universität zu finanzieren, innerhalb der die Raum-, Personal- und Finanzmisere der Universitätsbibliothek nur einen Teilaspekt einer trostlos unbefriedigenden Gesamtsituation der Universität darstellte, hat damals auch zu erheblichen Spannungen zwischen Universität und Stadtverwaltung, zu Bemühungen um eine stärkere Finanzierungsbeteiligung des Landes an der Universität und insgesamt zu einer nachhaltigen Entfremdung zwischen Stadt und Universität geführt¹⁶⁰. Die sich massiv häufenden Klagen aus "Wissenschafts- und Bibliothekskreisen" über die "so gut wie nicht benutzbare" Stadt- und Universitätsbibliothek und ihre finanzielle Notlage veranlaßten damals auch den Bibliotheksreferenten des Hessischen Kultusministeriums als Fachaufsicht über die Universitätsbibliothek tätig zu werden¹⁶¹.

In den Rechnungsjahren der Währungsreform und nach der Währungsreform 1948/49 und 1949/50 konnten für den Bücherkauf bei der Stadt- und Universitätsbibliothek ohne Einbandkosten nur rund 35.000 RM/DM jährlich ausgegeben werden, wobei die Bibliothek unmittelbar nach der Währungsreform wegen der Mittelbindungen durch die Zeitschriften zeitweise nicht mehr in der Lage war, "irgendein Buch anzuschaffen". Vorübergehend verfügte 1948 die Stadt- und Universitätsbibliothek über weniger Geld als die Senckenbergische Bibliothek, obwohl auch deren Lage nicht glänzend war¹⁶². Die Diskrepanzen von Forderungen nach einem jährlichen Vermehrungsetat von 60.000 DM und Bewilligungen im Etatansatz von 20.000 DM im ordentlichen Haushalt 1949 oder die ebenfalls im Etatansatz 1949 in Aussicht gestellte, dann aber offenkundig nicht durchgeführte Zusatzfinanzierung von 100.000 DM für Ersatzbeschaffungen über Anleihen im außerordentlichen Haushalt lassen das Ausmaß des unterschiedlichen Verständnisses über den Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau der zerstörten Bibliotheksabteilungen und die begrenzten finanziellen Möglichkeiten erkennen. Die geradezu als existenzgefährdend für die Bibliothek

159 StA KA 328 Bl. 72, 2.5.1946 Rechneiamt an Kulturamt; StA 328 Bl. 349, 4.12.1947 StuUB an Kulturamt; StA KA 328 Bl. 353, Dez. 1947 Magistrat an Stadtverordnetenversammlung; StA KA 328 Bl. 359, 2.2.1948 Magistratsbeschluß; StA KA 45 Bl. 39, 3.11.1948 StuUB an Kulturamt; StA KA 45 Bl. 40, 16.11.1949 Rechneiamt an Kulturamt.

160 StA KA 389 Bl. 131, 1.10.1948 Verw.ausschuß Senckenberg; StA KA 29 Bl. 1 f., 29.4.1949 Sitzung des Großen Rates; StA KA 29 Bl. 8, 21.6.1949 Kulturamt an Univ. Kuratorium; StUB Az: 10103/104, 17.3.1949 Eppelsheimer an Dekan Prof. Voßler; StUB Az: 24 Verw.bericht d. Senckenb. Bibl. 1.4.1946 – 31.3.1950, S. 3; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität (s. Anm. 17), S. 863 – 867.

161 StUB Az: 10103/104, 30.6.1949 Dr. Cremer an Univ. kurator; StUB Az: 10103/104, 21.7.1949 Rektor d. Univ. an Dr. Cremer; StUB Az: 10103/104, 23.5.1949 Dr. Cremer an Universitätsrektor.

162 VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 319; 35 (1952), S. 336; StA KA 45 Bl. 39, 3.11.1948 StuUB an Kulturamt; StA KA 29 Bl. 8, 21.6.1949 StuUB an Univ. Kuratorium; StUB Az: 29, 1.10.1948 Verwaltungsbericht der Senckenberg-Bibliothek, S. 5 f.

und lehr- und forschungsgefährdend für die Universität angesehene Verschlechterung der Haushaltssituation zeigt sich auch im Vergleich mit den deutlich höheren Vorkriegsetats der Stadtbibliothek Frankfurt und den höheren Nachkriegshaushalten vergleichbarer Bibliotheken. So hatte in den Jahren 1936 bis 1944 der jährliche Etat der Stadtbibliothek immerhin bereits zwischen 74.000 und 63.500 RM betragen; die unzerstörte Stadtbibliothek Köln verfügte 1949 bereits wieder über einen Etat von 100.000 DM, baden-württembergische Bibliotheken wie Heidelberg und Tübingen und andere hatten Sonderzuweisungen von 115.000 DM zur Beschaffung ausländischer Literatur erhalten, ähnlich wie die Westdeutsche Bibliothek in Marburg 1949 450.000 DM zur Lückenbeschaffung zugewiesen bekommen hatte¹⁶³. Die Ausgaben von 191.164 DM für den Bucherwerb durch die Stadt- und Universitätsbibliothek ohne Einbandkosten im Rechnungsjahr 1950/51 deuten nur scheinbar eine Besserung der Etatsituation an. Neben den Ausgaben für den Erwerb des Nachlasses des Komponisten Engelbert Humperdinck in der Höhe von 40.225 DM aus Sondermitteln der Stadt im Jahre 1950¹⁶⁴ verbergen sich hinter dieser plötzlichen Erhöhung der Erwerbungs-mittel die Einnahmen aus dem Erlös einer höchst fatalen Einnahmequelle: Nämlich dem Verkauf beziehungsweise die Abgabe gegen Verrechnung von hebräischen Handschriften und einem kleinen Posten hebräischer Drucke aus Bibliotheksbeständen zur Finanzierung der Anschaffung von Gebrauchsliteratur.

Im Zuge des Erwerbs der Teilfläche einer Liegenschaft durch die Stadt und einer bestimmten Bauauflage (Arkadenbebauung) für die weiter in Privatbesitz verbleibende größere Restgrundfläche von in New York lebenden Erben eines ehemaligen Frankfurter jüdischen Bürgers stimmte Eppelsheimer 1949/50 dem Vorschlag des Vertreters der Erben zu, ihnen statt Geld als Entschädigung für den Grundstücksverkauf an die Stadt und die Bauauflage im Besitz der Stadt- und Universitätsbibliothek befindliche hebräische Handschriften zu übereignen. Dies geschah unter dem Vorbehalt, daß der Erlös aus dem Handschriften "verkauf" in Höhe von 104.600 DM für die Zwecke der Bibliothek zu verwenden sei. Bei – zumindest anfänglicher – Ablehnung der Überlassung hebräischer Handschriften von "künstlerischer Einmaligkeit" zur Abgeltung des Erwerbs einer Liegenschaft durch das Kulturamt und haushaltsrechtlicher Nichtbeanstandung durch das Rechnungamt/die Finanzverwaltung wechselten 1950 acht illuminierte überwiegend spät-

163 StA KA 45 Bl. 61, 4.5.1949 StuUB an Kulturamt, StUB Az: 10103/104, 4.5.1949 StuUB an Kulturamt; StA KA 45 Bl. 65, 29.6.1949 StuUB an Kulturamt; StA KA 45 Bl. 69, 26.7.1949 Rechner-Finanzverwaltung an Kulturamt; StA KA 880 Bl. 110, 8.4.1952 Sitzung d. Ausschusses für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

164 StA KA 879 Bl. 86 – 154, 13.6.1950 – 1951 Vorgang Erwerb des Humperdinck-Nachlasses.

mittelalterliche und 80 nichtkatalogisierte neuere hebräische Handschriften (davon 22 defekt) und 12 neuere hebräische Drucke (davon 2 defekt), Reste des im Krieg verbrannten Hebraicabestandes, den Besitzer für ein bibliotheksfernes Grundstücksgeschäft. Darunter befanden sich als wertvollste Stücke eine Bibel-Pergamenthandschrift aus dem 13. Jahrhundert aus Südfrankreich, eine Pentateuch-Pergamenthandschrift aus Oberitalien (beendet gegen 1296), jeweils im Wert von 25.200 DM und ein Maimonides-Text-Pergamentkodex aus der Zeit um 1400 aus Oberitalien im Wert von 31.720 DM¹⁶⁵.

Anders als durch dieses Tauschgeschäft glaubte Eppelsheimer bei dem anhaltenden Unvermögen der Stadt, der Bibliothek die notwendigen Mittel für Neuanschaffungen zur Verfügung zu stellen, die für den Wiederaufbau benötigte Gebrauchsliteratur nicht beschaffen zu können. Zudem war er der Ansicht, daß die abgegebenen Handschriften mittlerer Qualität im Gegensatz zum bewahrenswerten, ebenfalls ins Verkaufsgespräch gebrachten und durch einen gedruckten Katalog in der Fachwelt bekannten Bestand der Judaica-Sammlung nicht wesentlich zum Prestige der Stadt beitragen, sie eigentlich nach dem Dritten Reich in Deutschland auch ihre Existenzberechtigung verloren hätten; zudem hielt er die Abgabe für "taktisch richtig". Der sachlich schwer zu rechtfertigende, auch kulturpolitisch konzeptionslos und widersprüchlich wirkende hebräische Handschriftenverkauf, da man wenig später im gleichen Jahr wieder ein nunmehr modernes Handschriften-Konvolut (Humperdinck-Nachlaß) erwarb, das man zudem absprachewidrig vorübergehend gegen den erfolgreichen Widerstand Eppelsheimers sogar aus dem vorhergehenden hebräischen Handschriftenverkaufserlös finanzieren wollte, war auch insofern nicht unproblematisch, als der Wert der Handschriften von 104.600 DM den Gegenwert des übereigneten Grundstücks in Höhe von 84.500 DM überstieg und die kostbaren Handschriften auf der Liste national wertvollen Kulturguts standen, die ohne Erlaubnis der Regierung nicht ausgeführt werden durften. Eppelsheimer als vom Minister eingesetzter staatlicher Kommissär für national wichtige Handschriften und Bücher konnte aber in seiner Doppelfunktion als Verkaufsinteressent und Schutzbeauftragter in einer Person nach einem Gespräch mit dem Referenten des Ministers auch dieses Problem durch Löschung der fraglichen hebräischen Handschriften auf der Liste der nicht zu veräußernden Dokumente lösen¹⁶⁶.

165 StA KA 879 Bl. 6 – 11, 2.3.1950 Gutachten, Bewertung und Beschreibung der acht wertvollen hebräischen Handschriften-Verkaufsobjekte.

166 Der gesamte Vorgang: StA KA 879 Bl. 2 – 32, 21.3.1949 – 23.10.1950 Erwerb der Liegenschaft Biebergasse 1 gegen Überlassung von hebräischen Handschriften; StUB Az: 10103/104 Bl. 223 16. (?) 4.1950 Frankfurter Rundschau: Grundstücksverkauf und Pentateuch.

In den folgenden Jahren 1951/52 und 1952/53 verblieben die Ausgaben für den Buchkauf ohne die Einbandkosten mit jeweils jährlich rund 95.000 DM noch unter der Grenze von 100.000 DM¹⁶⁷.

Neben den Klagen der Universität über die schlechte Literaturversorgung, immer wieder abgesichert durch den Vergleich mit anderen Universitäten, offenbarte dann auch in objektiver Weise die Denkschrift der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (DFG) über die Lage und Erfordernisse der westdeutschen Bibliotheken von Peter Scheibert vom Jahre 1951 die unzureichende finanzielle Unterstützung der Bibliothek durch die Stadt. Nach dieser DFG-Denkschrift (Scheibert-Denkschrift) von 1951 hätten der Stadt- und Universitätsbibliothek 110.000 DM jährlich laufend zu Verfügung stehen müssen ohne die Mittel zur Behebung der großen Kriegsschäden¹⁶⁸. Laut Eppelsheimer waren ihr aber bis November 1951 wegen einer Haushaltssperre und der Verrechnung einer Restitutionssumme (Antiquariat Gebr. Baer) auf den Etat der Bibliothek nur 40.000 DM für den Ankauf verblieben; sie stand damit etatmäßig auf der Höhe der großen- und ausgabenmäßig nicht vergleichbaren Landesbibliothek Kassel, weit hinter den unzerstörten Universitätsbibliotheken Heidelberg mit 100.000 DM und Marburg mit 55.000 DM Jahresetat¹⁶⁹. Unter Einbeziehung der in Frankfurt ohnehin schon seit dem Krieg vernachlässigten, aber durch Auslagerungen, Transporte und Bunkerunterbringung der Bücher besonders notwendigen Einbandarbeiten und Einbandkosten und den Antiquariaerwerbungen errechnete Scheibert 1951 einen laufenden Normalanschaffungsetat einer durchschnittlichen Universitätsbibliothek von 170.300 DM ohne Kriegslückenergänzungen¹⁷⁰. Demgegenüber betrugen – wie schon ausgeführt – bei der Stadt- und Universitätsbibliothek die Gesamtausgaben für Bestandsvermehrungen 1951/52 94.705 DM ohne und 102.708 DM mit Einbandkosten sowie 1952/53 95.938 DM ohne und 117.923 DM mit Einbandkosten¹⁷¹. Erleichtert wurde die Finanzbelastung für die Stadt Frankfurt trotz der damit verbundenen Eigenleistungen und Bindekosten seit 1950 allerdings durch die laufenden Drittmittelzuweisungen der DFG für die Betreuung der an die Stadt- und Universitätsbibliothek vergebenen Sondersammelgebiete. Hier errechnete Scheibert allein für die Ergänzung der Kriegslücken durch die DFG 1951 für die Stadt- und Universitätsbi-

167 VDB-Jahrbuch 35 (1952) S. 382, 386; 36 (1955) S. 346 f., 352

168 Peter Scheibert: Lage und Erfordernisse der westdeutschen wissenschaftlichen Bibliotheken. Im Auftrag der Notgemeinschaft d. deutschen Wissenschaft, Osnabrück 1951, S. 17.

169 StUB Az: 10103/104 und StA KA 880 Bl. 96 – 99, Nov. 1951 Denkschrift Eppelsheimer: Zur Situation der StuUB; StA KA 880 Bl. 64, 13.11.1951 Kulturamt an Magistrat.

170 Peter Scheibert: Lage und Erfordernisse (s. Anm. 168), S. 13 f., Tabelle 5.

171 Siehe oben Anm. 167.

bliothek einen vorraussichtlichen Gesamtaufwand von 305.000 DM seitens der DFG¹⁷².

Der Notstand der Stadt- und Universitätsbibliothek und die verwirrende Argumentation mit ständig wechselnden Zahlen, Teilsummen, in das jeweilige Konzept passenden Vergleichen mit anderen Bibliotheken und Bezugsgrößen von Neukaufkosten, Kriegsverlustergänzungen und durch die Absperrung vom Ausland und Devisenproblemen bedingten Rückergänzungen, Einbandkosten u. dgl.¹⁷³ veranlaßten dann 1952 den zuständigen städtischen Kulturausschuß zur Forderung nach Aufstellung eines fünfjährigen Sanierungsplans für die Stadt- und Universitätsbibliothek, wie dies auch für die städtischen Volksbüchereien erfolgt war:

- Danach sollte der im Etat 1952/53 vorgesehene Ansatz von 113.000 DM für wissenschaftliche Bibliotheken eingesetzt und auf fünf Jahre fortgeschrieben werden.
- Sollte der im Etat 1952/53 vorgesehene Betrag von 50.000 DM für Buchbinderarbeiten als einmalige Ausgabe festgelegt werden.
- Sollte Eppelsheimer eine Denkschrift über die Mangelgebiete ausarbeiten, "wonach ein Betrag von 25.000 DM jährlich für fünf Jahre zur Bestreitung der Ausgaben für Neuanschaffungen auf den genannten Mangelgebieten festgelegt werden soll"¹⁷⁴.

Nach Genehmigung und Vorlage des nach einzelnen Fachgebieten detaillierten Fünfjahresplans zur "Wiederherstellung von Kriegsschäden der Stadt- und Universitätsbibliothek"¹⁷⁵ im Laufe des Jahres 1953 und der für 1953 erstmals genehmigten, in der Folge gegenüber Kürzungen aber keineswegs gefeierten Bewilligung von 60.000 DM Verstärkungsmittel jährlich für die Dauer von fünf Jahren, vor allem für den Ankauf von Zeitschriften, steigen nun die Ausgaben für die Bestandsvermehrungen bei der Stadt- und Universitätsbibliothek 1953/54 mit 126.321 DM ohne Einbandkosten erstmals auf über 100.000 DM an¹⁷⁶. Sie bleiben mit Ausnahme des Jahres 1954/55, in dem die Bibliothek zusätzlich außerordentliche Mittel in Höhe von

172 Peter Scheibert: Lage und Erfordernisse (s. Anm. 168), Tabelle 3.

173 StA KA 880 Bl. 117 f., 30.5.1952 Univ.kurator an Stadtkämmerer; StA KA 880 Bl. 118 (ohne Datum, 1952) Vermehrungsetat der StuUB; StA KA 880 Bl. 120, 7.6.1952 Rechneiamt an Univ. Kuratorium; StA KA 880 Bl. 123, 23.6.1952 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Univ.Kuratorium.

174 StA KA 880 Bl. 110, 8.4.1952 Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

175 StA KA 880 Bl. 173 – 205, 20.4.1953 – Sept. 1954 Wiederherstellung von Kriegsschäden – Fünfjahresplan; desgleichen StUB Az: 10103/104.

176 StA KA 880 Bl. 208, 25.2.1954 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; StA KA 880 Bl. 255, 26.2.1954 Aktennotiz Dr. vom Rath; StA KA 880 Bl. 262 f., 4.2.1954 Eppelsheimer an OB; StA KA 880 Bl. 265, 4.10.1954 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; StA KA 880 Bl. 270, 3.12.1954 StuUB an Stadtkämmerer.

40.000 DM für den Ankauf der Struwelpeter-Handschrift erhalten hatte (221.000 DM) bis 1957/58 mit rund 170.000 – 180.000 DM ohne Einbandkosten und teilweise sogar mit den Einbandkosten (1957/58 193.473 DM Ausgaben für Bestandsvermehrung und Einband) in der Regel deutlich unter der 200.000 DM-Grenze¹⁷⁷.

Verschiedenen Kürzungsabsichten und -beschlüssen durch städtische Kommissionen und Gremien gegenüber dem Bibliotheksetat und den Zusagen über die mittelfristigen Verstärkungsmittel mußte Eppelsheimer in diesen Jahren begegnen unter anderem 1954 mit einem persönlichen Schreiben an den Oberbürgermeister und 1956 noch drastischer mit der Drohung des Amtsrücktritts und einem Gesuch um Entpflichtung von seinem Amt, wenn ihm der Buchetat um 30 % gekürzt würde¹⁷⁸. Wohl auch unter dem Aspekt des Anstosses einer Veränderung zum Positiven im Hinblick auf die finanzielle "Vernachlässigung ... der Senckenbergischen Bibliothek durch das Land Hessen oder die Universität" sprach Eppelsheimer in einem Schreiben an den Rektor 1956 immerhin auch von einer "verhältnismäßig großzügige(n) Unterstützung" der Stadt- und Universitätsbibliothek durch die Stadt Frankfurt¹⁷⁹. 1957 hat man durch den Verkauf von 25.000 überwiegend durch den Erwerb geschlossener Bibliotheken zustandegekommener Dubletten, die paradoxerweise gerettet worden waren, während die Hauptmasse des Bestandes zum großen Teil im Krieg zerstört worden war, 40.000 DM zusätzlich für den Erwerb antiquarischer Bücher und Neuerscheinungen für die Stadt- und Universitätsbibliothek gewonnen¹⁸⁰.

In der Folge stiegen aber, ähnlich wie beim Personaletat, unter dem neuen Direktor Köttelwesch, unterstützt durch die Wirtschaftskonjunktur, die Ausgaben für die Bestandsvermehrung rasch von 260.741 DM (mit Einband 293.627 DM) im Jahre 1958/59 auf 472.501 DM (mit Einband 567.324 DM) im Jahre 1963 an¹⁸¹. Vorangegangen war noch 1957 aufgrund der Anforderung städtischer Gremien die Aufstellung eines neuen Fünfjahresplans über "Die Wiederherstellung von Kriegsschäden der Stadt- und Universitätsbibliothek". Der gleich dem Fünfjahresplan von 1953 wiederum nach Fächern differenzierte Lückenergänzungsplan von 1957 setzte voraus, daß der Bibliothek ein Anschaffungsetat von mindestens 180.000 DM erhalten blei-

177 VDB-Jahrbuch 36 (1955), 37 (1957), 38 (1959), jeweils Betriebsstatistiken A 1 Ausgaben für Bestandsvermehrung und A 3 Gesamtausgaben.

178 StA KA 880 Bl. 262 f., 4.2.1954 Eppelsheimer an OB; StA KA 880 Bl. 345 f., 6.3.1956 StuUB an Magistrat; StA KA 880 Bl. 352 und 362, 3.4.1956 und 23.7.1956 Bewilligung von 60.000 DM.

179 StUB Az: 24, 12.9.1956 Eppelsheimer an Univ.rektor.

180 StA KA 880 Bl. 340 – 383 (?), 10.1.1956 – 4.6.1957 Verkauf von Dubletten; StA MA 2.352, 28.6.1957 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung; zu den Dubletten siehe auch: StA KA 315, 13.12.1944 OB an Kulturamt; StA KA 315, 6.6.1946 StuUB an Kulturamt.

181 VDB-Jahrbuch 38 (1959), S. 438, und 41 (1965), S. 514.

ben und der errechnete Bedarf von 912.000 DM für die Kriegsschädenergänzung auf sechs Jahresraten von je 150.000 DM aufgeteilt werden sollte. Mit diesen Verstärkungsmitteln sollten nicht die gesamten Kriegsverluste ausgeglichen, sondern sollte lediglich die Bibliothek wieder arbeitsfähig gemacht werden¹⁸².

Der sprunghafte Anstieg der Erwerbungsmitel von 1963 von 472.501 DM (ohne Einband) auf 983.599 DM (mit Einband 1.115.473 DM) im Jahre 1964 und immerhin noch 858.506 DM (einschließlich Einbandmittel 982.086 DM) im Jahre 1965, also praktisch eine Verdoppelung des Erwerbungssetats von einem auf das andere Jahr, war singulär und hing teilweise wiederum mit Kriegslückenergänzungen zusammen. Die Stiftung Volkswagenwerk hatte nämlich anlässlich des Bezugs des Neubaus und in Würdigung des Modellcharakters der im Neubau vorgesehenen Benutzungseinrichtungen einen einmaligen Zuschuß von 400.000 DM in zwei Jahresraten von je 200.000 DM insbesondere zur Wiederbeschaffung der im Krieg verbrannten wissenschaftlichen Literatur zur Verfügung gestellt. Zusätzlich waren auch noch 223.000 DM Sondermittel von der Stadt bereitgestellt worden. Erst 1970 erreichten die Erwerbungsmitel wieder die Höhe von knapp einer Million¹⁸³.

Der durch die VW-Stiftungszuschüsse bedingte Anstieg des Anteils der Drittmittel im Erwerbungssetat auf etwa 43 % 1964 und 1965 sollte allerdings – wie schon angedeutet – die schon früher vorhandene Bedeutung der Drittmittel am Bestandsaufbau der Stadt- und Universitätsbibliothek nicht verkennen lassen. So erreichte der Bestandszugang allein aus Mitteln der DFG in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit rund 14 % (1955/56, 1956/57) und sogar mit rund 20 und 22 % (1957/58 und 1958/59) sowie rund 17,6 % (1959/60) seinen höchsten prozentualen Anteil am Gesamtzugang der Erwerbung überhaupt, um dann in den folgenden Jahren allmählich über knapp 11 % (1960/61) auf 3,75 % im Jahre 1965 abzusinken¹⁸⁴.

Nicht übersehen sollten auch werden die fallweisen Zuschüsse des Landes Hessen oder sonstiger Stiftungen für bestimmte Schwerpunktsammlungen oder Sonderanschaffungen, wie sie zum Beispiel 1962, 1963 und 1964 in Höhe von 38.000 DM beziehungsweise zweimal jährlich in Höhe von 27.000 DM für Ergänzungen der Literatur in der Afrika-Abteilung der

182 StA KA 880 Bl. 387, 2.8.1957 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an StuUB; StA KA 880 Bl. 392 – 408, 27.9.1957 StuUB an Amt für WiKuVo mit Denkschrift über Fünfjahresplan.

183 StA MA 2.352, 18.2.1964 VW-Stiftung an StuUB; StA MA 2.352, 1.3.1965, Amt für WiKuVo; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 302.

184 Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 301 f.; VDB-Jahrbuch für die Jahre 1954/55 – 1965 B 1 Vermehrungsstatistik Erwerbungsart und Zugang.

Stadt- und Universitätsbibliothek durch das Land Hessen oder 1965 anlässlich der Eröffnung des Neubaus durch die Holzhausen-, die Haeuser- oder die Thyssen-Stiftung für die Anschaffung germanistischer Literatur und von Schulschriften erfolgten¹⁸⁵.

Fragt man abschließend noch, ob die Stadt- und Universitätsbibliothek in diesen 20 Jahren 1945 – 1965 einen ihren Aufgaben entsprechenden Erwerbungssetat erreicht hat, kann man mit Verweis auf die bereits behandelte Scheibert-Denkschrift von 1951 und das DFG-Gutachten über den Normaletat einer Universitätsbibliothek von 1958 (Soll-Erwerbungssetat laut Gutachten 398.000 DM, Ist-Erwerbungssetat der StuUB 1958/59 293.627 DM einschließlich Einband) diese Frage verneinen. Überdies war die Stadt- und Universitätsbibliothek wegen ihrer vielen Sondersammelgebiete, Altbestände, Kriegsverlustergänzungen und auch wegen ihrer Funktion als Stadtbibliothek keine normale Universitätsbibliothek. Im Hinblick auf das Etatmodell für eine Universitätsbibliothek in den Wissenschaftsratsempfehlungen von 1964, das einen Modell-Etat für eine Universitätsbibliothek von 650.000 DM einschließlich Einband vorsah, hat allerdings die Stadt- und Universitätsbibliothek dank der völlig singulären Sondereinflüsse der Neubaubewilligungen und VW-Stiftungs-Kriegslückenergänzungszuschüsse des Jahres 1964 mit dem besagten Buchanschaffungssetat von 1.115.473 DM einschließlich Einband den errechneten Idealetat ausnahmsweise deutlich überschritten¹⁸⁶.

6. Bestandsaufbau, Bestandsentwicklung und Bestandszusammensetzung

Eine der schizophrenen Erscheinungen der Geschichte der Stadt- und Universitätsbibliothek ist, daß sie in der Zeit der niedrigsten Etatansätze die für lange Zeit höchsten Bestandszugangszahlen aufzuweisen hat.

Schon 1950 wird ihr Bestand wohl gut gerechnet ohne Dissertationen mit rund 643.000 Bänden angegeben¹⁸⁷. Sie hat damit in diesen ersten fünf bis sechs Jahren seit ihrer Zerstörung – je nach dem wie hoch man den ebenfalls schwankenden Wert des Restbestandes von 1943/44 ansetzt – rund 200.000

185 StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1962, S. 2; StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1963, S. 1; StUB Az: 60 Jahresbericht der StuUB 1964, S. 3; StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1965, S. 6.

186 Wilhelm Grunwald: Etatmodelle für wissenschaftliche Bibliotheken, in: ZfBB S.H. 4 (1966), S. 78 – 141, darin Etatmodell für eine Universitätsbibliothek. Gutachten des Bibliotheksausschusses der DFG von 1958, S. 107 – 129, hier S. 111, Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil II: Wissenschaftlichen Bibliotheken (1964), S. 137.

187 VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 41; StA KA 239 Bl. 34, 22. Dez. 1948 Kulturamt an Personalamt, darin: "Bei der Stadt- und Universitätsbibliothek ist in den letzten Jahren ein Zuwachs von über 200.000 Bänden zu verzeichnen" gewesen.

Bände erworben. In den folgenden 15 bis 17 Jahren bis 1965 – 1967 als der Bestand der Stadt- und Universitätsbibliothek auf rund 901.000 Bände (1965) beziehungsweise 973.000 Bände (1967) jeweils ohne Dissertationen anstieg, sind dann nur noch etwas über 250.000 Bände bis 1965 beziehungsweise rund 330.000 Bände bis 1967 erworben worden¹⁸⁸. Seit den Kriegszerstörungen hat sich damit in gut 20 Jahren der Buchbestand wieder verdoppelt und hat rund 23 bis 24 Jahre nach den Kriegsverlusten mit knapp einer Million Bände wiederum die Höhe des ursprünglichen Gesamtbestandes aller am Kriegsende zur Stadt- und Universitätsbibliothek vereinigten Bibliotheken unmittelbar vor den Zerstörungen erreicht¹⁸⁹.

Trotz der Skepsis über die Exaktheit der frühen Bestandsangaben teilweise aufgrund pauschaler Zugänge und eines je nach Eingabezweck oder Adressatenkreis teilweise liberalen Umgangs mit Zahlenangaben ist unbestreitbar, daß in den ersten Nachkriegsjahren große Mengen kostenlos erworbener Literatur in die Bibliothek gelangt sind. Noch bis 1951/52 übertrifft in der Erwerbungsstatistik die Zugangsart des Geschenks bei weitem alle anderen Zugangsarten (1948/49 87 % Geschenkteil am Gesamtzugang, 1949/50 67,3 % Geschenkteil, 1950/51 55,5 % Geschenkteil, 1951/52 75,1 % Geschenkteil). Und noch 1952/53 sowie 1953/54 halten sich der Geschenk- und der Kaufzugang jeweils mit rund 42 % in etwa die Waage¹⁹⁰. Erst dann sinkt in den Jahren 1954 bis 1958 der Geschenkteil auf ca. 15 % der Erwerbung ab, um dann seit 1960/61 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf rund 12 % bis knapp unter 10 % des Gesamtzugangs weiter abzufallen¹⁹⁰.

Gegenüber den Erwerbungsarten des Geschenks und des Kaufs fielen die weiteren Erwerbungsarten Tausch und Pflicht deutlich ab. Der Anteil des Tauschzugangs betrug bei Extremwerten zwischen 22,3 % (1949/50) und 4,9 % (1951/52) im Mittel der Jahre des Untersuchungszeitraums 11,23 % des Gesamtzugangs. Der Pflichtanteil erreichte im Durchschnitt der Jahre dank der doch begrenzten Rolle Frankfurts als Verlagsstadt nur einen Wert von 7,42 % des Gesamtzugangs.

Die hohen Zugangszahlen in der Vermehrungsstatistik in der Schlußphase des Krieges und vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit erklären sich teilweise daraus, daß man noch am Auslagerungsort in Mitwitz durch die systematische Erwerbung neuer und antiquarischer Werke durch Kauf, Schenkung und Tausch 37.000 Bände erworben hat. Dazu kam noch der

188 VDB-Jahrbuch 41 (1965), S. 67; 42 (1967), S. 73.

189 StUB Az: 10103/104, 22.1.1959 spricht Köttelwesch in einem Vortrag bereits davon, daß der Gesamtbestand der StuUB "jetzt wieder rd. 1 Million Bände wissenschaftlicher Literatur, dazu 250.000 Dissertationen" umfaßt.

190 VDB-Jahrbuch 34 (1950) – 36 (1955) B 1: Vermehrungsstatistik 1948/49 – 1953/54; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 301.

Erwerb von Dissertationen, wobei 50.000 bei einer Leipziger Buchhandlung schon im Frühjahr 1945 bestellte vorwiegend juristische Dissertationen als Folge der mit der beginnenden wirtschaftlichen und politischen Spaltung einhergehenden Transport- und Zahlungsschwierigkeiten allerdings erst 1947 ausgeliefert werden konnten¹⁹¹.

Bedeutsamer aber wurde neben diesen Neukäufen für den Bestandswiederaufbau, daß man insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre jeweils ganze Bibliotheken und Sammlungen bargeldlos geschenkweise übernommen hat, die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse "herrenlos" geworden waren¹⁹²; daneben hat man auch noch von ausländischen Buchspenden profitiert. Eine wichtige Rolle als Sammel- und Clearingstelle beschlagnahmter und sichergestellter Buchbestände spielte dabei das von der amerikanischen Besatzungsmacht eingerichtete Archival Depot in Offenbach. Im Archivdepot wiederum wurde die Tätigkeit fortgesetzt des im Gebäude der ehemaligen Rothschild'schen Bibliothek in Frankfurt untergebracht gewesenen "Collecting Point", dessen Aufgabe die Sammlung und – soweit möglich – Rückerstattung der in der NS-Zeit vom Amt Rosenberg für das "Institut zur Erforschung der Judenfrage" beschlagnahmten in- und ausländischen jüdischen Bibliotheken¹⁹³. So hat die Stadt- und Universitätsbibliothek 1948 aus dem Offenbacher Archivdepot als Ausgleich für die erlittenen Kriegsverluste die dort verwahrten Bestände des ehemaligen Reichskolonialamtes in Berlin mit 15.000 Monographien und einer etwa gleich großen Zahl von Zeitschriftenbeständen, die vorwiegend landeskundliche und ethnographische Literatur über Afrika enthielt, übernommen¹⁹⁴. Folgenreich wurde diese Übernahme der Kolonialbibliothek auch deswegen, da sie wesentlicher Anlaß für die Vergabe des DFG-Sondersammelgebiets Afrika südlich der Sahara nach Frankfurt wurde.

191 Siehe oben S. 33 f.; StA KA 313 Abschlußbericht Dr. Binder über Ausweichstelle Mitwitz Berichtszeit 1.3.1945 – 30.11.1946, S. 8 f. und S. 12; StA KA 327 Bl. 218 – 250, 3.1.1946 – 19.6.47 Schriftwechsel Dissertationenkauf bei Buchhandlung Gustav Fock in Leipzig.

192 StUB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht an Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek, S. 4.

193 Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 219.

194 Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 225; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 299 f.; Die hier parallel zu Koßmann angegebenen Bestandszahlen der Kolonialbibliothek schwanken in den Quellen beträchtlich: StA KA 37 Bl. 2, 5.2.48 StUB an Kulturamt spricht von "etwa 60.000 Bänden" Kolonialbibliothek; StA KA 329 Bl. 248, 1.2.1949 Kulturamt spricht von "rd. 50.000 Bänden" des früheren Reichs-Kolonialamtes; ähnlich StA KA 239 Bl. 34, 22.12.1948 Kulturamt an Personalamt "rd. 50.000 Bände" des Reichskolonialamtes; StA KA 389 Bl. 132, 1.10.1948 Verwaltungsausschuß der Senckenbergischen Bibliothek gibt Bestand der Bibliothek des Kolonialbundes "mir über 40.000 Bänden" an.

Nach dem Verlust der Buchbestände der Abteilung Geschichtswissenschaft im Krieg war man an der Stadt- und Universitätsbibliothek schon seit 1946 heftig interessiert an der treuhänderischen oder völligen Übereignung der Bibliothek des Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich an der Universität Frankfurt am Main und der Bibliothek der dem Elsaß-Lothringer Institut angelehnten, aber vom Reichsministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt gegründeten sogenannten "Forschungsstelle (Publikationsstelle) West". Ihre am Kriegsende mit den anderen Frankfurter Bibliotheken nach Mitwitz in Oberfranken ausgelagerten, nicht mehr ganz vollständigen Bestände von zusammen etwa 20.000 Bänden konnten erst nach Klärung der einwandfreien Art des Erwerbs, einer Besichtigung durch eine amerikanisch-französische Kommission und der Freigabe der Beschlagnahme im Jahre 1948 vom Archiv-Depot übernommen werden. Wegen der Gefahr politischer Mißdeutungen hatte überdies der Oberbürgermeister von Frankfurt es vorübergehend grundsätzlich abgelehnt, sich mit der Publikationsstelle West und deren Nachlaß zu befassen, selbst auf die Gefahr hin, daß deren Bücher und die Büroeinrichtung, an der man besonders interessiert war und die man "wertvoller als die Bibliothek" einschätzte, der Stadt verloren gehen sollten. Und noch 1948 erfolgte die Übergabe der Elsaß-Lothringen-Bibliothek vom Archivdepot wohl im Hinblick auf politische Empfindlichkeiten mit der mündlichen, dann wegen des Erhalts der Geschlossenheit der Sammlung nicht durchgeführten Auflage, "daß die Bibliothek als solche verschwinden müsse, d. h. daß die Bestände nicht geschlossen aufgestellt werden dürfen", sondern im allgemeinen Bestand aufgehen sollten und mit der Empfehlung, "von der Zuweisung kein großes Aufhebens zu machen"¹⁹⁵. Seit 1963 wird die Sammlung Elsaß-Lothringen unter rechtlicher Änderung als Dauerleihgabe der Erwin-von-Steinbach-Stiftung, der Nachfolgeeinrichtung des 1961 aufgelösten Elsaß-Lothringen-Instituts weitergeführt. Damit war nach 1945 ein völlig neues besonderes Sammelgebiet zu den wissenschaftlichen und kulturellen Interessen, der Heimatpflege und Heimatkunde sowie der Beschäftigung mit dem alemannischen und fränkischen Volkstum, soweit diese gegen-

195 StA KA 1.101 Bl. 30, 16.5.1946 StUB an Kulturamt; StA KA 1.101 Bl. 79, 15.4.1949 StUB an Kulturamt; StA KA 1.101, 1944 – 1948 ganzer Akt Auslagerung der Bibliothek des Wissenschaftlichen Instituts der Elsaß-Lothringer im Reich und Übernahme durch die StUB; StA KA 328 Bl. 129, 7.10.1946 StUB an OMGUS; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 225; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 300, 324; auch bei der Elsaß-Lothringen Bibliothek schwanken in den Quellen die Bestandsangaben beträchtlich: StA KA 1.101 (ohne Datum wohl 5.4.1946) Schreiben an Kulturamt spricht von 40.000 Bänden; StA KA 389 Bl. 132, 1.10.1948 Verwaltungsausschuß der Senckenberg. Bibliothek spricht von etwa 35.000 Bänden; StA KA 37 Bl. 2, 5.2.1948 StUB an Kulturamt spricht nur von 15.000 Bänden des ehemaligen Instituts der Elsaß-Lothringer.

ständig in Zusammenhang mit Elsaß und Lothringen stehen, an der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt entstanden¹⁹⁶.

Bereits 1947 hatte der Hessische Minister für Kultus und Bildungswesen auf entsprechende Bitten Eppelsheimers die Überführung von 15.000 Bänden aus Gießener Seminarbibliotheken für Romanistik, Klassische Altertumswissenschaften, Theologie, Orientalistik und Indogermanistik der zunächst vorübergehend nur als Hochschule weitergeführten Universität Gießen an die Stadt- und Universitätsbibliothek in Frankfurt angeordnet. Diese Gießener Seminarbibliotheken mußten allerdings später nach Neuerrichtung der Volluniversität Gießen wieder zurückgegeben werden¹⁹⁷.

Ebenso hat man von den, wegen der langen devisa- und kriegsbedingten Absperrung vom Ausland, wichtigen amerikanischen und Schweizer Bücher- und Zeitschriftenpenden profitiert, wobei diese teilweise mehr allgemeinbildende als Studienliteratur enthalten haben¹⁹⁸. Eine zeitlich frühe Quelle der kostenlosen Erwerbung war 1946/47 schon die Aussonderung und Beschlagnahme der nazistischen und militaristischen Literatur aus Buchhandel, Verlagen, gewerblichen und öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sowie aus Amts- und Dienststellen gewesen. Hierbei hat die Militärregierung in Hessen auf die Herausgabe verbindlicher Listen zur schematischen Säuberung der Bestände verzichtet¹⁹⁹. Der Vorgang der Sicherstellung und Beschlagnahme der nazistisch-militaristischen Literatur warf daher angesichts scheinbar klarer, aber allgemein gehaltener Richtlinien im einzelnen erhebliche Probleme auf hinsichtlich der Organisation der Durchführung, der Qualifikation und des Sachverständnisses des Säuberungspersonals, der Grenzfälle und Auffassungsunterschiede zu Gesamt- und Einzelwerken, nur anstößige Textstellen oder Textpassagen einzelner

196 StA MA 2.352, 29.4.1963 Magistratsbeschluß über Erwin-von-Steinbach-Stiftung, der Magistratsbeschluß spricht von "etwa 21.000 Bänden" der Elsaß-Lothringen Bibliothek; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 324.

197 StA KA 882 Bl. 65, 19.6.1947 Eppelsheimer an Amt für WiKuVo; StA KA 328 Bl. 52, 9.4.1946 StuUB an Kulturamt; StA KA 329 Bl. 248, 1.2.1949 Kulturamt betr. Einstellung Dr. Wehmer; StUB Az: 10103/104, Katalogabteilung der StuUB 1945 – 1958, S. 2.

198 Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 222; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 300; StA KA 328 Bl. 297, 14.8.1947 StuUB an Kulturamt; StA KA 328 Bl. 313, 30.4.1948 StuUB an Kulturamt; StA KA 389 Bl. 137, 1.10.1948 Verwaltungsausschuß der Senckenberg. Bibliothek; StUB Az: 05720 3./4.4.1946 Direktorenkonferenz in Stuttgart, S. 9.

199 StA KA 314 Bl. 22, 18.6.1946 Großhess. Staatsministerium für Kultus und Unterricht betr. Beschlagnahme und Sicherstellung nazistischer und militaristischer Literatur; StA KA 314 Bl. 48, 28.10.1946 StuUB an OB; StA KA 314, 50 Blatt, 1945 – 1947 der gesamte Akt über Aussonderung nazistischer und militaristischer Literatur.

Werke beziehungsweise Autoren sowie auch hinsichtlich einer zweckentsprechend differenzierten Behandlung der einzelnen Bibliothekssparten und -typen. Die Detailprobleme lassen bei allem Verständnis für die Ausgangs- und Zeitsituation nachträglich grundsätzlich nach der Wirksamkeit und der Zweckmäßigkeit derartiger Maßnahmen fragen. Dabei war an der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt selbst nach der Vernichtung fast der gesamten neueren Literatur im Kriege der Vorgang der Sichtung und Säuberung relativ einfach. Eppelsheimer als von der Militärregierung und dem Kultusminister Beauftragter für die Durchführung der Denazifizierung der Literatur legte auch Wert darauf, daß an der Stadt- und Universitätsbibliothek als einer Sammelstelle beschlagnahmter Literatur – soweit diese Bücher nicht makuliert wurden – je ein Exemplar zur Quellensicherung für die spätere Ursachenforschung und den wissenschaftlichen Gebrauch aufbewahrt werden sollte. Diese NS-Literatur, ca. 5.500 Bände, wurde, wie im Dritten Reich in umgekehrtem Falle, bei der Stadt- und Universitätsbibliothek sekretiert unter Verschluss aufbewahrt²⁰⁰.

Und zu guter Letzt erhielt nach Übergabe des Offenbacher Archiv-Depots durch die Amerikaner an die Hessische Regierung im Jahre 1948 Eppelsheimer aufgrund seines nachdrücklichen Hinweises den ministeriellen Auftrag, die Übernahme des Archivdepots zu leiten und den Rest von 150.000 in der Herkunft nicht ermittelbaren Büchern zu verteilen, wobei die Stadt Frankfurt Vorhand bei der Verteilung der Bücher erhielt. Rund 20.000 Bände sind damals bei der Auflösung des Offenbacher Archiv-Depots nochmals in die Stadt- und Universitätsbibliothek gelangt. Wiederum war man auch hier – typisch für die damalige Notlage – besonders auch an der damit verbundenen Erwerbungsöglichkeit der Regale und eines Möbelwagens voll Möbel interessiert²⁰¹.

Gegenüber diesen Zugängen durch Schenkungen war der Anteil der

200 StA KA 314 Bl. 48, 28.10.1946 StuUB an OB berichtet von 13.000 Bänden aus Volksbüchereien und etwa 13.800 Bänden aus Leihbüchereien, die bisher an der StuUB zusammengezogen wurden; StA KA 314 Bl. 50, 20.2.1947 Eppelsheimer an hess. Staatsministerium für Kultus und Unterricht; StA KA 888 Bl. 4, 6.3.1952 StuUB an Amt für WiKuVo; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 300; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 220.

201 StA KA 27 Bl. 5f., 27.12.1949 StuUB an Kulturamt; StA KA 37 Bl. 8, 12.8.1948 Vermerk; StA KA 37 Bl. 14, 6.11.1948 Kulturamt an Rechnungsamt-Finanzverwaltung; StA KA 389 Bl. 133 f., 1.10.1948 Verwaltungsausschuß der Senckenberg. Bibliothek: Der Restbestand des Archivdepots in Offenbach betrug damals 250.000 Bände, davon waren 100.000 Bände in Treuhänderschaft und an die ursprünglichen Besitzer zurückzugeben, der besitzmäßig nicht ermittelbare Bestand betrug die erwähnten 150.000 Bände; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 220.

Wertminderungen durch Restitutionsen in der Nachkriegszeit "relativ gering"²⁰².

Trotz ihrer in der Nachkriegszeit zeitweise schwierigen finanziellen Lage, die zeitlich in etwa zum hohen Anteil der Geschenkgänge an der Stadt- und Universitätsbibliothek korrespondiert, war aber die Stadt Frankfurt in Einzelfällen auch durchaus bereit, insbesondere stadtkundlich bedeutsame Sammlungen, Nachlässe oder Einzelstücke durch die Bereitstellung von Sondermitteln anzukaufen. So konnten zum Beispiel unter anderem – wie erwähnt – 1951 der musikalische und literarische Nachlaß des Komponisten Engelbert Humperdinck (1854 – 1921) oder in einer publizitätsträchtigen Auktion 1954 mit finanzieller Unterstützung des Landes Hessen und des Bundes das Originalmanuskript der endgültigen Fassung des "Struwelpeter" des Frankfurter Arztes Heinrich Hoffmann (1809 – 1894) erworben werden²⁰³.

1952 kam man in den Besitz einer zur Hälfte vom Land Hessen finanzierten Bücher-, Flugschriften- und Broschürensammlung zum Jahr 1848 (sogenannte Sammlung Stein), die aufbauend auf vorhandenen Sondersammlungen zum Deutschen Bund und dem Vormärz zum Bestandteil des neuen, nach 1945 aus- und aufgebauten Sammelschwerpunkts von Literatur zu Gesellschaft, Staat und Politik im 19. Jahrhundert wurde²⁰⁴.

Nicht jede Erwerbung, an der man interessiert gewesen wäre, glückte. So mußte man 1952 endgültig, auch wegen der hohen Geldforderung und wohl auch wegen Bestandslücken im Nachlaß, vom Erwerb des Nachlasses des Komponisten Hans Pfitzner (1869 – 1949) Abstand nehmen²⁰⁵. 1953 ging die von der Hessischen Landesregierung angekaufte Sammlung deutschsprachiger Musikhandschriften des Verlags Breitkopf & Härtel nach Darmstadt, deren Erwerbung man wie beim Pfitzner-Nachlaß in der Fortführung des ehemaligen Manskopfschen Musikgeschichtlichen Museums gern für die Musikabteilung durchgeführt hätte²⁰⁶.

Ohne hier die weiteren Erwerbungen von Nachlässen, Autographen und

202 StA KA 880 Bl. 223, 23.12.1953 StuUB an Amt für WiKuVo, von den Restitutionsen im Wert von 17.900 DM entfielen u. a. 10.000 DM auf die Sammlung Goldschmidt-Rothschild und ca. 1.500, – DM auf das Institut für Sozialforschung mit "ca. 300 Bde"n.

203 StA KA 879 Bl. 86 – 154, 13.6.1950 – 1951 Erwerb des Nachlasses Engelbert Humperdinck; StA KA 879 Bl. 321 – 471, 24.2.1953 – 19.5.1954 Struwelpeter-Manuskript; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 313, 315.

204 StA KA 879 Bl. 257 – 315, 29.6.1950 – 3.2.1953 Bücher-, Flugschriften- und Broschürensammlung zum Jahr 1848; Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 323.

205 StA KA 879 Bl. 224 – 256, 29.7.1949 – 12.5.1952 Hans Pfitzner-Nachlaß.

206 StA KA 879 Bl. 41 – 52, 13.1.1953 – 28.7.1953 Sammlung von Musikhandschriften des Verlags Breitkopf & Härtel.

geschlossenen Sammlungen zum Ausbau von Bestandsschwerpunkten im Untersuchungszeitraum im Detail abhandeln zu wollen, weil sie in der Literatur gut dokumentiert sind²⁰⁷, konnten aber alle diese Einzelkäufe und auch die großen Zahlen bringenden kostenlosen Zugänge der ersten Jahre nach 1945 nicht eine gezielte Erwerbungspolitik ersetzen. Vor allem mußte neben dem Neukauf und der Pflege der Sammelschwerpunkte angesichts des Verlustes ganzer Bestandsgruppen die Grundlagenliteratur dieser Fächer, wie zum Beispiel die großen Quellenpublikationen, die Reihen bekannter Zeitschriften und die Standardwerke wieder beschafft werden, ohne die keine Bibliothek auf Dauer selbständig existieren kann. Erwerbungsziel war der Aufbau einer modernen, vielfältigen und reichhaltigen Gebrauchsbibliothek "in wohlbedachter Auslese" für die Stadt und die Universität "unter Verzicht auf jede Vollständigkeit, auf Prestige und Prunk mit Kostbarkeiten" oder den Versuch des Nachkaufs der verlorenen seltenen und teuren Werke. Dazu kam der Nachkauf und die Fortführung der durch Krieg und Devisenprobleme entgangenen wichtigen ausländischen Literatur wiederum "in bedachter Auswahl"²⁰⁸.

Wenn damit auch an die Wiederherstellung der alten gewachsenen, an Seltenheiten und Kostbarkeiten reichen Stadtbibliothek bewußt nicht gedacht war, wurden doch bis zur Mitte der 1950er Jahre im Durchschnitt wegen der Schwere der Kriegsverluste über ein Drittel der Erwerbungsmitel für Käufe von Antiquaria des 18. bis 20. Jahrhunderts ausgegeben, 26,5 % entfielen auf den Ankauf neuer Monographien, 23,4 % auf den Bezug laufend gehaltener Zeitschriften und 35 % der Ausgaben wurden für die Erwerbung ausländischer Literatur aufgewandt²⁰⁹.

Nach den Fachstatistiken lassen sich zeitlich deutlich zwei Schwergewichte im Aufbau beziehungsweise Wiederaufbau erkennen. Bis 1957 war der Zuwachs im mit am schwersten von Kriegsverlusten betroffenen Grundlagenfach Geschichte mit durchschnittlich 18 % am höchsten. Es folgten dann in absteigender Reihenfolge die sprach- und literaturwissenschaftlichen Fächer (15 %), die Geographie (10 %), die Wirtschaftswissenschaften (8 %) sowie die Rechtswissenschaft und das Fach Allgemeines, Buch- und Bibliothekswesen (mit je 7 %). In den Jahren 1958 bis 1963 traten insofern Verschiebungen ein, als die Sprach- und Literaturwissenschaft mit durchschnittlich 18 % den höchsten Anteil am Gesamtzugang innehatte; auf die Geschichte entfielen 15 %, auf die auf die Geographie 7 %²¹⁰.

Das Zugangsvolumen bewegte sich in den vier Rechnungsjahren 1948/49

207 Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 309 – 325.

208 StUB Az: 10103/104 (ohne Datum, April 1953) Denkschrift "Die Wiederherstellung von Kriegsschäden der StuUB – Ein Fünfjahresplan".

209 Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 301.

210 Dies zum Teil wörtlich nach: Bernhard Koßmann: Die Bestandsentwicklung (s. Anm. 2), S. 301.

bis 1951/52 mit Ausnahme des Jahres 1950/51 (28.589 Bände), auch dank der damals noch hohen Geschenkzugänge, um rd. 22.000 bibliographische Bände jährlich. Von 1952/53 bis 1957/58 sank der Zugang sogar ab und schwankte zwischen knapp unter 15.000 Bänden bis knapp unter 20.000 bibliographischen Einheiten jährlich. Erst die Etatserhöhung von 1958/59 bewirkte nunmehr jährlich einen Zugang, der mit Ausnahmen (1960/61 18.613 bibliographische Einheiten) im Schnitt zwischen 25.000 bis etwas unter 30.000 bibliographischen Einheiten jährlich lag. 1964 wurden rund 32.400 Bände und entsprechend dem Etatsprung 1965 fast 40.000 bibliographische Einheiten Zugang erreicht. Dank der Etatverbesserung und der Devisenfreizügigkeit stieg damals auch der Anteil der ausländischen Literatur an den Gesamterwerbungen von 26,3 % im Jahre 1961 auf 60,9 % im Jahre 1965 an²¹¹.

An laufenden Zeitschriften hielt man 1950 erst 907 (604 deutsche, 303 ausländische) laufende Zeitschriften. 1963 wurden 3.841 (2.000 inländische und 1.814 ausländische) und 1965 bereits 4.600 (2.300 deutsche und 2.300 ausländische) laufende Zeitschriften gehalten²¹². Wohl mitstimuliert durch die bereits in den 1950er Jahren einsetzenden und in den 1960er Jahren fort-dauernden Zeitschriftenaktionen der DFG zur Schließung der Lücken der Sondersammelgebiete an Zeitschriften der Jahre 1930 – 1955 stand bei der Stadt- und Universitätsbibliothek auch noch nach der allgemeinen Konsolidierung und Normalisierung von Etat und Beschaffungsmöglichkeiten am Ende des Untersuchungszeitraums 1964 bei der Lückenergänzung "die Wiederbeschaffung der vielen Zeitschriftenreihen sowie der wissenschaftlichen Monographien, die für die Forschung und Lehre heute unentbehrlich sind, ganz im Vordergrund"²¹³.

Der schwierige und langwierige Prozeß des Bestandswiederaufbaus einer vom Krieg schwer getroffenen Sammlung wird trotz des anhaltenden Bemühens, ältere verlorene Werke durch antiquarische Käufe zu ersetzen, besonders auch auf dem ureigenen, mit der Geschichte der Stadt eng verbundenen Sammelgebiet der Frankfurt-Abteilung sichtbar. Ihr Zustand wird 1962 in der Sitzung des Frankfurter Vereins für Geschichte und Kunst als "nicht so leistungsfähig" wie er "sein könnte oder sollte" beschrieben und noch 1964 wurde konstatiert, "daß in dieser Abteilung noch grundlegende Aufbauarbeit geleistet werden muß"²¹⁴.

211 Alle Zahlenangaben nach der Vermehrungsstatistik B 1 Erwerbungsart und Zuwachs der entsprechenden Jahre des VDB-Jahrbuchs.

212 VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 41; 40 (1963), S. 60; 41 (1965), S. 67.

213 Gisela von Busse: Struktur (s. Anm. 6), S. 84 ff. StUB Az: 05720, 13.4.1962 Hess. Direktorenkonferenz S. 9; StA KA 1.422 Bl. 173, 26.5.1964 Stadtrat Dr. vom Rath an Stadtverordnete.

214 StA KA 1.422 Bl. 264, 26.1.1962 Stadtrat Dr. vom Rath an StuUB; StUB Az: 060, Jahresbericht der StuUB 1964, S. 10.

7. Die Bestandserschließung (Katalogisierung)

Wie in anderen Bereichen der Bibliotheksorganisation und Verwaltungsvereinheitlichung (z. B.: Errichtung der Stadt- und Universitätsbibliothek) hat der Bombenkrieg auch auf dem Gebiet der Katalogisierung unter erheblicher Verschlechterung der Rahmenbedingungen einerseits in hohem Maße zerstörend, andererseits aber auch entwicklungsbeschleunigend gewirkt. Er hat nämlich die seit der Einrichtung der Gesamtverwaltung der Frankfurter Städtischen und Universitätsbibliotheken (1927) anstehende, im Aufbau eines alphabetischen Gesamtkatalogs (Zentralkatalog)²¹⁵ bereits in der Zwischenkriegszeit in Angriff genommene überfällige Maßnahme der Anlage eines einheitlichen alphabetischen Katalogs, der die Titel aller Bibliotheken in einem Alphabet nachweisen sollte, nunmehr geradezu erzwungen.

Als die Reste der Frankfurter Bibliotheken 1943/44 nach Mitwitz ausgelagert wurden, war weder über die Bücherbestände, noch über die Kataloge eine Übersicht möglich. Teils waren die Bestände, teils waren die Kataloge oder schlimmstenfalls beide zusammen verbrannt. So war bei der Stadtbibliothek zwar der alte Katalog der Stadtbibliothek erhalten geblieben, aber nur 40 % der in diesem Katalog verzeichneten Bestände waren gerettet worden. Desgleichen war ein Doppelstück des Zentralkatalogs erhalten geblieben, aber die Bestände dazu waren nahezu total zerstört. Bei der Bibliothek für Kunst und Technik waren der Alphabetische Katalog völlig und gleichermaßen bis auf geringfügige Reste (100 Bände) auch die Bestände verbrannt.

Bei den bestandsstarken Bibliotheken wie der ehemaligen Rothschildischen Bibliothek und der Senckenbergischen Bibliothek, deren Kataloge und Bestände den Krieg unversehrt überdauert hatten, mußten aber im Zuge der Neukatalogisierung deren alte Kapselkataloge auf das internationale Zettelformat umgestellt werden. Dazu kam, daß von den nach 1945 erworbenen geschlossenen Sammlungen zum Beispiel zwar die Kolonialbibliothek und die Elsaß-Lothringen-Sammlung mit ihren Katalogen übernommen werden konnten, hingegen verfügten die Bestände des Offenbacher Archivdepots über keine Kataloge. Nach der weitgehenden Vernichtung des Zeitschriftenbestandes durch die Kriegereignisse bei der Stadtbibliothek entschied man sich 1945 zudem für den Aufbau eines eigenen Zeitschriftenkatalogs nach der mechanischen Wortfolge, der zunächst bis 1956 wegen der vielen Änderungen nur handschriftlich geführt wurde.

Der noch Ende 1944 von Knorr in Mitwitz begonnene und teilweise zur Beschleunigung von bibliothekarisch unvorgebildeten Hilfskräften (Arbeitsmädchen) erstellte Interims-(Kurz-)Katalog, der die geretteten und bisher noch unkatalogisierten Bibliotheksbestände rascher nachweisen können sollte, als es der neue im Aufbau befindliche einheitliche Nominalkatalog vermochte, wurde 1946 mit 40.000 Zetteln nicht mehr weitergeführt.

215 Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 37), S. 134 ff.

Da kein Katalog mehr auf dem laufenden war, mußte, als 1945 der neue Alphabetische Katalog nach den Preußischen Instruktionen begonnen wurde, jahrelang jeder Titel, der auf sein Vorhandensein an der Bibliothek untersucht werden sollte, in acht Katalogen nachgeschlagen werden²¹⁶.

Die Neukatalogisierung der Bestände war daher nach den Kriegszerstörungen und wegen der Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens eine absolute Notwendigkeit und zentrale Voraussetzung für die Benutzung. Da es galt, nicht nur die Altbestände, sondern auch die Neuerwerbungen einzuarbeiten und alte, zum Teil unvollständige Zettel- und Kapselkataloge zu bereinigen, sie zu überprüfen und nach den Preußischen Instruktionen zu vereinheitlichen, also mehrere an sich getrennte Arbeitsvorgänge gleichzeitig durchzuführen waren, zog sich die Arbeit des Neukatalogisierens praktisch über den gesamten Untersuchungszeitraum hin, ohne daß man bis zur Eröffnung des Neubaus 1965 zum vollständigen Abschluß mit diesen Neukatalogisierungsarbeiten gelangt wäre.

Der Fortgang der Neukatalogisierung litt gerade in den ersten Nachkriegsjahren unter heute kaum mehr vorstellbaren äußeren Schwierigkeiten, wie z. B.: "unter dem katastrophalen Mangel an Schreibmaschinen", dem Papiermangel oder dem Mangel an Katalogschränken²¹⁷. Besonders schwierig, zeit- und arbeitsaufwendig gestaltete sich auch die Neuaufnahme der alten Zeitschriftenbestände, die sofern sie ungebunden waren, in Paketen verpackt und magaziniert waren und vor Anfertigung der Neuaufnahme erst auf ihre Vollständigkeit überprüft und durch den Buchbinder jahrgangsweise gebunden werden mußten²¹⁸.

Als gravierendstes Dauerproblem für den "sehr langsamen Fortschritt der Katalogisierung der alten Bestände" erwies sich aber offensichtlich, wie auch bei Überprüfungen durch das Revisions- und Organisationsamt wiederholt festgestellt wurde, der Personalmangel bei der Stadt- und Universitätsbibliothek. Wegen der wachsenden Inanspruchnahme des Personals durch die steigende Ausleihe und Benutzung konnte die Neukatalogisierung der Altbestände noch in der ersten Hälfte der 1950er Jahre nur "nebenbei" oder "nur in verhältnismäßig geringem Umfange weitergeführt werden".

216 StUB Az: 10103/104 Katalogabteilung der StuUB 1945 – 1958, S. 1 f.; StA KA 313 Abschlußbericht Dr. Binder über Ausweichstelle Mitwitz 1.3.1945 – 30.11.1946, S. 8 f.; StA KA 882 Bl. 60 – 62, 13.5.1947 StuUB an Kulturamt; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 258 f.; über Senckenberg StUB Az: 24, 27.2.1956 Katalogverhältnisse bei Senckenberg und StA KA 329 Bl. 23 f., 15.8.1944 StuUB an Kulturamt.

217 StA KA 882 Bl. 60 – 62, 13.5.1947 StuUB an Kulturamt; StUB Az: 24, 1.10.1948 Verwaltungsbericht an Verwaltungsrat d. Senckenbergg.Bibl.

218 StA KA 880 Bl. 241, 4.3.1954 Bestandsprüfung des Revisions- und Organisationsamts bei StuUB.

Noch 1954 konnte daher "der Zeitpunkt des Abschlusses der Neukatalogisierung auch nicht annähernd angegeben werden"²¹⁹. Bis 1958 waren in den 1945 begonnenen alphabetischen Hauptkatalog ca. 550.000 – 600.000 Katalogzettel eingearbeitet. Die Neukatalogisierung von in alten Katalogen, zum Teil "sehr provisorisch" erfaßten Teilen der Rothschild'schen Bibliothek und der Stadtbibliothek stand aber noch aus. Hinzu kamen 1958 noch rund 132.650 unbearbeitete, katalogmäßig überhaupt nicht erfaßte Bände. Bei Beibehaltung der bisherigen 5 – 7 Katalogisierungskräfte, die allerdings nicht ausschließlich am Katalog arbeiteten, sondern auch noch zum Signierdienst und zu Vertretungen herangezogen wurden, glaubte man 1958 bei gleichbleibendem Tempo und ohne Totalrevision und sonstige anstehende Revisionsarbeiten noch ca. 20 – 30 Jahre zu benötigen, um den einen einheitlichen Hauptkatalog für alle Bestände fertiggestellt zu haben²²⁰.

Während die Neuerwerbungen wie bisher laufend in den Katalog eingearbeitet wurden und 1959/60 mit Hilfskräften etwa 60.000 Schulschriften bearbeitet wurden, litt auch in den folgenden Jahren die immer wieder begonnene und abgebrochene Bearbeitung des Altbestandes der Rothschild-Bibliothek beziehungsweise der alten Stadtbibliothek an Fachpersonal-mangel in der Katalogabteilung beziehungsweise mußte diese verschiedentlich "fast ganz eingestellt werden"²²¹. 1962 waren "noch rund 100.000 Bände des geretteten Altbestandes der Stadtbibliothek und der Rothschildbibliothek" in den neuen alphabetischen Hauptkatalog einzuarbeiten²²².

1962 begann aber dann zur Beschleunigung der Erstellung des einheitlichen alphabetischen Hauptkatalogs für den geplanten Neubau die Aktion des Umkopierens alter alphabetischer Kataloge (zum Teil Restkataloge) der Stadt- und Universitätsbibliothek, der Rothschild-Bibliothek, der Medizinischen Hauptbibliothek und der Senckenbergischen Bibliothek aus verschiedenen Formaten und Katalog-Alphabeten auf internationales Format, wobei auch hier für die praktische Benutzbarkeit des Katalogs noch erhebliche Ordnungsarbeiten anfielen. Neben der mit Hilfe von Titelnkopien im Xerox-Verfahren beschleunigten Bereitstellung des neuen alphabetischen Benutzerhauptkatalogs, der Ende 1965 1.058.000 Katalogzettel enthielt, ging jetzt auch "verstärkt" die Neukatalogisierung alter Bestände der Rothschild-Bibliothek, der Stadtbibliothek und sonstiger älterer Bestände vor sich. Allerdings hat man selbst mit diesen Maßnahmen in den rund 20 Jahren seit Kriegsende bis zum Bezug des Neubaus die Arbeit des Neukatalogisierens für den Alphabetischen Katalog nicht vollständig abschließen können.

219 StA KA 880 Bl. 43, 4.4.1951 Belegprüfung bei StuUB und Anm. 218.

220 St UB Az: 10103/104 Katalogabteilung der StuUB 1945 – 1958, S. 2 ff.

221 StUB Az: 060, 18.5.1960 Verwaltungsbericht der StuUB 1959/60, S. 2 f.; StUB

Az: 060, 12.1.1961 Verwaltungsbericht der StuUB 1960, S. 3.

222 StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1962, S. 2.

Die nicht enden wollende Arbeit des Neu- und Umkatalogisierens zeigt sich auch daran, daß bereits im Jahr der offiziellen Eröffnung des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek 1965 Arbeitssitzungen und Überlegungen einsetzten, daß und wie nach Abschluß der Katalogisierung aller Altbestände die Umstellung der Alphabetischen Kataloge von den Katalogisierungsregeln nach den Preußischen Instruktionen auf die neuen internationalen Regeln Alphabetische Katalogisierung (RAK) mit gegebener Wortfolge in Angriff zu nehmen sei²²³.

In der Sachkatalogisierung ist die Ablösung des Schlagwortkatalogs der alten Stadtbibliothek, dessen Nachweise nach den Kriegsverlusten allerdings nur mehr bibliographischen Wert besaßen, durch die 1951 begonnene Sacherschließung nach der Methode Eppelsheimer der seit sieben Jahren für diesen Zweck angesammelten Zettel an der Stadt- und Universitätsbibliothek auch deswegen bemerkenswert, weil ihre Einführung zeittypisch ist für viele Bibliotheken der Nachkriegszeit, besonders im südwestdeutschen Raum.

Sie ist zeittypisch und zeitabhängig in zweierlei Weise gewesen. Sie ist zeittypisch katalogtheoretisch in der Standortfreiheit und in der Mischung von Elementen des Systematischen und des Schlagwortkatalogs, also der eigentümlichen Synthese zweier konkurrierender Ordnungsprinzipien, des systematisch-hierarchischen Ordnungsprinzips und des formal ordnenden alphabetischen Schlagwortprinzips als Produkt der allgemeinen Systemunsicherheit ihrer Entstehungszeit einerseits. Andererseits korrespondiert antithetisch dazu der Ausbau des Methodencharakters des Sacherschließungsverfahrens (z. B.: Mechanisierung bzw. Normierung durch Schlüsselung, Ausgliederung von Katalogteilen, Registerzugriff u. dgl.).

Die Übernahme der Methode Eppelsheimer ist aber auch zeittypisch gewesen für die Zeit ihrer Hauptausbreitung in den ersten Nachkriegsjahrzehnten und war teilweise abhängig von situationsbedingten Faktoren. Hier hat nämlich ähnlich wie bei der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt auch bei einigen anderen Bibliotheken der Zwang nach den Verlusten von Katalogen und/oder Beständen, möglichst rasch funktionsfähige Kataloge aufzubauen, den Übergang zur Methode Eppelsheimer begünstigt. Als relativ neues, bibliotheksindividuell anpassungsfähiges und erprobtes Sachkatalogisierungsverfahren, dessen Einzelbestandteile zudem vertraut waren, bot sich in einer eigentümlich personengebundenen Art der Ausbreitung die Methode Eppelsheimer an. Sie blieb in der Anwendung allerdings gebunden an den Typ der überkommenen Magazinbibliothek und bei Universitätsbibliotheken an die herkömmlichen zweigleisigen Literaturversorgungssysteme. Das Stagnieren der Ausbreitung der Methode Eppelsheimer in etwa

223 StUB Az: 060 Verwaltungsbericht der StuUB 1963, S. 3; StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1964, S. 6; StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1965, S. 13 f.

seit Einrichtung der neuen einschichtigen Bibliothekssysteme mit systematischer Freihandaufstellung ab der Mitte und dem Ende der 1960er Jahre, ergänzt eventuell durch einen Schlagwortkatalog, dann auch der Aufbau von Katalogverbänden, Fremddatennutzung und die Übernahme von Fremdleistungen in der Sacherschließung, könnten diese damals in der Nachkriegszeit im Aufschwung befindliche bibliotheksindividuell variable Sacherschließungsmethode Eppelsheimer als eine kataloghistorische Episode erscheinen lassen, auch wenn sich ihrer Grundidee der Verknüpfung klassifikatorischer und verbaler Sacherschließungselemente u. a. über die Möglichkeit, verbale Sucheingaben im klassifikatorisch vorstrukturierten Kontext definieren und recherchieren zu können, gerade im Online-Retrieval bei entsprechender Datenaufbereitung, neue interessante Perspektiven eröffnen²²⁴.

In der Praxis der Anwendung der Sacherschließungsmethode Eppelsheimer führten an der StuUB Frankfurt aber die aus Personalmangel bis 1959 praktizierte "Ein-Mann-Katalogisierung", bei der ein Sachbearbeiter für alle (!) Fächer zuständig war und der auch später anhaltende Mangel an Fachreferenten zu erheblichen Rückständen und zu einer nur schleppenden Fertigstellung des Sachkatalogs. Zwar standen 1958 an der Stadt- und Universitätsbibliothek in den drei Katalogteilen immerhin rund 300.000 Eintragungen den Benutzern zur Verfügung. Andererseits waren aber 1963 neben der Bearbeitung der Neuzugänge "noch immer ca. 100.000 Zettel unbearbeitet gestapelt"²²⁵. Und auch nach dem Umzug in den Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek mit ihrer gesteigerten Benutzung waren 1965 noch immer rund 66.000 Zettel Rückstände in den verschiedensten Sachgebieten der Sacherschließung vorhanden. Ihr Abbau schien mit dem vorhandenen Personal "in absehbarer Zeit ... kaum möglich" zu sein²²⁶.

Damit war angesichts extrem ungünstiger Rahmen- und Ausgangsbedingungen, ähnlich wie beim Alphabetischen Katalog, auch beim zweiten Benutzerhauptkatalog, dem Sachkatalog, am Ende des Untersuchungszeitraums beim Bezug des Neubaus die Um- und Neubearbeitung keineswegs

224 Franz Fischer: Entstehung, Ausbreitung und Perspektiven der Sacherschließungsmethode Eppelsheimer, in: Hanns W. Eppelsheimer, Eine Ausstellung der Deutschen Bibliothek und der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt. Frankfurt am Main 1990, S. 23 – 29; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 258.

225 StUB Az: 10103/104 Katalogabteilung der StuUB 1945 – 1958: Sachkatalog; StUB Az: 060 Verwaltungsbericht der StuUB, S. 3; Artur Brall: Anwendung und Abwandlung der Sachkatalogisierungsmethode Eppelsheimer an deutschen Bibliotheken, Köln 1968 (Arbeiten aus dem BLI des Landes NRW H. 31), S. 25 f.

226 StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1965, S. 15; über die sonstigen Kataloge und Informationsdienste: Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 258 – 265.

vollständig abgeschlossen, ohne daß hier auf die Entwicklung und Situation weiterer vorhandener oder damals teilweise mit Hilfe der DFG neu aufgebauter Kataloge, Informationsdienste und Verzeichnisse an der Stadt- und Universitätsbibliothek weiter eingegangen werden soll (z. B.: Lesesaalkataloge, Kataloge in Spezialabteilungen, Inkunabelkatalog, Handschriftenkatalog, Nachlaßverzeichnisse)²²⁷.

8. Die Benutzung

Allein schon die Bestandsverluste, die alte Zersplitterung der zur Stadt- und Universitätsbibliothek zusammengeschlossenen Restbibliotheken wie die Entfernungen zwischen der Universität an der Bockenheimer Warte und der Bibliothek am Untermainkai und die hiervon wieder getrennte Unterbringung ihre Bestände in weit voneinander entfernten ehemaligen Luftschutzbunkern in der Friedberger Anlage und in der Schmickstraße lassen die Schwierigkeiten erahnen, denen die Benutzung der Bibliothek in den beiden Untersuchungs Jahrzehnten ausgesetzt war. Zu diesen ungünstigen Rahmenbedingungen und den für die Bestände selbst wie für das Personal gleich schädlichen Magazinbunkern ohne Aufzüge und zunächst ohne vernünftige Entlüftungsmöglichkeiten, die bei den Mitarbeitern "schon nach wenigen Stunden eine Art Vergiftung" hervorriefen mit ihrer zudem keineswegs durchwegs ausleihfertigen Aufstellung der Bücher, kamen erschwerend hinzu der Bauzustand und die Enge der Räumlichkeiten am Untermainkai, der Mangel an Plätzen in einem Lesesaal für nur rund 60 Personen bei 1956 bereits 7.000 Studierenden sowie angesichts der erst im Aufbau begriffenen Neukatalogisierung die Unmöglichkeit, den Benutzern einen einheitlichen Katalog mit dem vollständigen Bestandsnachweis zu Verfügung zu stellen²²⁸.

Konkret war aber die nach der Wiederaufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs von der Universität geforderte Wiedereröffnung der Stadt- und Universitätsbibliothek noch im März 1946 abhängig von der völligen Freigabe des Gebäudes der Rothschild-Bibliothek durch die Amerikaner, der Instandsetzung der Räume, dem Fortgang des Rücktransports der Bücher aus Mitwitz und der Ergänzung des Personals²²⁹. Zudem mußte noch die Besatzungsmacht die Genehmigung zur Ausleihe erteilen. Der Eingang der schriftlichen Genehmigung der Amerikaner zur Ausleihe im Dezember 1946 für wissenschaftliche Zwecke legalisierte die bisher schon

²²⁷ Siehe Anm. 226.

²²⁸ StUB Az: 24, 12.9.1956 Eppelsheimer an Univ.rektor, S. 2.

²²⁹ StA MA 6220 Bd. 1, 5.3.1946 OB an Kulturamt; StA MA 6220 Bd. 1, 18.3.1946 StuUB an Kulturamt; Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang von Goethe-Universität (s. Anm. 17), S. 624 f.

geübte Ausleihe für wichtige wissenschaftliche Arbeiten (z. B.: Doktorarbeiten)²³⁰. Obwohl wegen der sich hinziehenden Bauarbeiten noch im Mai 1947 der erste Stock des Gebäudes am Untermainkai nicht bezogen werden konnte und daher "weder der organisatorische Aufbau der Bibliotheksarbeit noch ihre Öffnung mit Ausleihe und Lesesaal möglich" war, war damals trotz allem die Ausleihe "beschränkt im Gange", das heißt, man versuchte "qualifizierten Benutzern (Instituten, Presse, Funk, Dozenten usw.) nach Kräften zu helfen"²³¹.

Das jahrelange Andauern der höchst eingeschränkten Ausleih- und Benutzungsmöglichkeiten an der Stadt- und Universitätsbibliothek hat im März 1949, als man den Eindruck gewinnen mußte, daß aus einer kriegs- und nachkriegsbedingten Ausnahme- und Übergangssituation ein Dauerzustand zu werden drohte, in Parallele zu den Klagen über die unzureichende Raum-, Personal- und Finanzausstattung zum Teil zu massiven Beschwerden, vor allem der Universitätsangehörigen geführt. Tatsächlich konnte im fünften Jahr nach Beendigung des Krieges die Bibliothek den Lesesaal den Benutzern noch immer nicht zur Verfügung stellen, weil dieser beinahe grotesk kontraproduktiv für eine Dienstleistungseinrichtung im Informationsbereich für die Aufrechterhaltung des inneren Betriebs und die bibliothekarische Ausbildung als Arbeitssaal für das Personal und als Unterrichtsraum für die Praktikanten benötigt wurde. Die Ausleihe war nur an zwei Stunden von 10 – 12 Uhr ebenfalls über den Lesesaal und nur für einen beschränkten Benutzerkreis geöffnet. Das "armselige" und verbrauchte Bücherauto, unentbehrlich zum Büchertransport zwischen den Bunkern und der Bibliothek am Untermainkai, war mehr in Reparatur als in Betrieb und konnte "nicht einmal einen Anhänger ziehen"; überdies reichten die Benzinzuteilungen nicht für die steigenden Büchertransporte. Dazu kam eine wahre Flut von Vorwürfen der Professoren, daß man "keine Neuerscheinungen" an der Bibliothek vorfinde, daß der ganze Bibliotheksbetrieb mit einer "geradezu ächzenden Schwerfälligkeit" arbeite, daß die Ausleihbeschränkungen das Abhalten angekündigter Vorlesungen und Übungen unmöglich machten und daß manche Professoren es gänzlich aufgegeben hätten, "sich der hiesigen Bibliothek zu bedienen und da ihre Zeit und Geduld zu verlieren". Es fehlte auch nicht an erregten Forderungen und Vorschlägen, "da endlich Ordnung zu schaffen"²³². Vorschnelle bestechende Lösungsvor-

²³⁰ StUB Az: 10103/104, 6.11.1946 StuUB an amerikan. Militärregierung; StUB Az: 10103/104, 5.12.1946 Office of Military Government; StUB Az: 10103/104, 17.12.1946 StuUB an Kulturamt.

²³¹ StA KA 882 Bl. 60 – 62, 13.5.1947 StuUB an Kulturamt; StA KA 328 Bl. 157, 14.1.1947 Sitzung am 14.1.1947.

²³² StUB Az: 10103/104, 6.3.1949 Dekan der Philosoph. Fakultät an Eppelsheimer; StUB Az: 10103/104, 17.3.1949 Eppelsheimer an Dekan der Philosoph. Fakultät.

schläge wie die Forderung nach Verlegung der Bücherausgabe und Ausleihe direkt an und in die Maganzinbunker zur Verkürzung der Wege erwiesen sich aus bibliotheksfachlichen und praktischen Gesichtspunkten schon wegen der Zersplitterung der Katalogsituation in damals noch sieben verschiedene zu konsultierende und in Neubearbeitung befindliche Kataloge als nicht diskutabel und nicht durchführbar²³³.

Nach der nunmehr forcierten Durchführung von Bauarbeiten und der Her- und Einrichtung des Lesesaals und der Adaption der Bunker mit Fenstern und für Magazin- und Büro Zwecke konnten endlich im Frühsommer 1949 die Besuchszeiten des Lesesaals montags bis freitags von 10 – 13 und 15 – 16 Uhr "erheblich" erweitert werden. Auch der Benutzerkreis wurde jetzt "wesentlich" erweitert. Neben wissenschaftlichen Instituten und Körperschaften, neben Rundfunk, Presse und großen wirtschaftlichen Unternehmen wurden jetzt "auch sämtliche Studenten der Universität für die Ausleihe zugelassen, während früher nur Studenten, die kurz vor dem Examen standen, Bücher leihen konnten"²³⁴. Da der Lesesaal der Senckenbergischen Bibliothek schon seit 1947 wieder in voller Benutzung stand, war im Juni/Juli 1949 der Lesesaal- und Ausleihbetrieb an der Stadt- und Universitätsbibliothek endlich wieder umfassender in Gang gekommen. Die Erweiterung der Ausleihe und die Eröffnung des Lesesaals ließen auch die Büchertransporte von und zu den Bunkern erheblich anschwellen.

Ein weiterer entscheidender Schritt auf dem Weg zur einigermaßen normalen Gebrauchsbibliothek erfolgte 1951. Der Wiederaufbau und Ausbau des Hauses Untermainkai 14 (ehemals Manskopfsches Museum) ermöglichte es der Stadt- und Universitätsbibliothek ab Januar 1951, ihre Notunterkunft in der ehemaligen Rothschild-Bibliothek (Untermainkai 15), auf das Erdgeschoß des Nachbargebäudes auszudehnen. Hier wurden nun ein besonderes Katalogzimmer und die Leihstelle eingerichtet. Durch diese Erweiterung und räumliche Trennung von Ausleihe und Lesesaal konnte der Lesesaal zwanzig Arbeitsplätze mehr erhalten. Die jetzt übersichtlicher aufgestellte Lesesaal-Handbibliothek wurde auf nunmehr über 3.000 Bände aus allen Gebieten der Geisteswissenschaften etwas vermehrt (den Naturwissenschaften diente die Senckenbergische Bibliothek). Dazu kamen jetzt gleichfalls in geräumigerer Anordnung die aufliegenden deutschen und ausländischen Zeitschriften.

Durch die Hinzunahme des ehemaligen Manskopfschen Hauses, in dem nun auch die Deutsche Bibliothek endlich eigene Verwaltungsräume gefunden hat, konnten auch die Öffnungszeiten der Stadt- und Universitätsbiblio-

233 StA KA 45 Bl. 30, 7.6.1949 Kulturamt an StuUB, StA KA 45 Bl. 31, 9.6.1949 StuUB an Kulturamt.

234 StA KA 45 Bl. 78, 15.7.1949 Stellungnahme zum Antrag der StuUB, StA KA 29 Bl. 1f., 29.4.1949 Sitzung des Großen Rates; StA KA 29 Bl. 8, 21.6.1949 StuUB an Kulturamt; StA KA 45 Bl. 31, 9.6.11949 StuUB an Kulturamt.

thek vor allem mit Rücksicht auf die Berufstätigen wesentlich verbessert werden: der Lesesaal war jetzt durchgehend von 9 – 20 Uhr einschließlich samstags bis 13 Uhr, die Leihstelle an zwei Tagen bis 19 Uhr geöffnet. Besonders an Samstagen, den viele Berufstätige, Werkstudenten und von Vorlesungen freie Studenten zum Besuch der Bibliothek nutzten, aber auch an anderen Tagen, reichten die 60 Arbeitsplätze im Lesesaal und Zeitschriftenzimmer nicht mehr aus. Desgleichen bestätigten der Anstieg der im Lesesaal benutzten und aus dem Haus entliehenen Titel die Richtigkeit und die Notwendigkeit des neuen Raum-, Öffnungs-, Ausleihe- und Lesesaalkonzepts. Fast zeitgleich tauchen allerdings auch die ersten Klagen von Lesesaalbenutzern über die Lärmbelästigung im Lesesaal als Folge des starken Autoverkehrs an der Hauptdurchgangsstraße des Untermainkai auf²³⁵.

1957 hat man zur Verkürzung der langen Wege eine zusätzliche Universitätsausleihstelle in der Schumannstraße 63 in unmittelbarer Nähe zur Universität eingerichtet, nachdem Universitätsinstitute über die Ausleihe der Senckenbergischen Bibliothek bereits vor 1957 Bücher aus dem Bestand der Stadt- und Universitätsbibliothek und Fernleihbestellungen ausleihen bzw. durchführen hatten können²³⁶. Nach dem Freiwerden von Räumen hat man in dem Hause Schumannstraße 63 aufgrund eines Beschlusses von 1959 dem Bedarf des Massenstudiums an vielgebrauchter und aktueller Studienliteratur entgegenkommend und dem allgemeinen Trend folgend, im Sommer 1960 mit zunächst rund 800 Bänden auch eine Lehrbuchsammlung eingerichtet. Für sie hat die Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang von Goethe-Universität Mittel zum Ankauf von Lehrbüchern bereitgestellt²³⁷. 1962 umfaßte der Bestand der Lehrbuchsammlung bereits "mehr als 2.000 Bände", bei 20.000 Ausleihen wurde damals jeder Band im Durchschnitt zehnmal innerhalb eines Jahres umgeschlagen. 1963 erhöhte sich der Bestand der Lehrbuchsammlung in allen ihren Gebieten auf 5.124 Bände, um nach dem Bezug des

235 StUB Az: 10103/104, 11.1.1951 Frankfurter Rundschau: Stadtbibliothek jetzt in zwei Häusern; StA MA 6220 Bd. 1, Nov. 1951 Zur Situation der StuUB; StA KA 881 Bl. 236, 5.12.1950 StuUB an Kulturamt; StA KA 881 Bl. 239, 11.1.1951 StuUB an KulturA.; StA KA 881 Bl. 279, 22.1.1951 StuUB an Kulturamt; StA KA 881 Bl. 253, 19.2.1951 und 12.4.1951 StuUB an Kulturamt, Polizeipräsidium an Kulturamt; StA KA 1.422 Bl. 445, 2.6.1959 Amt für WiKuVo wegen Lärmplage.

236 StA KA 880 Bl. 377 – 382, 21.1.1957 – 5.3.1957 Schriftwechsel über Universitätsausleihe; StA MA 2.350, 14.9.1956 Personalamt; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 232.

237 StA MA 2.350, 30.11.1959 Magistratsbeschuß Lehrbuchsammlung; StUB Az: 29, 18.3.1959 Univ.kurator an Bibliotheksausschuß; StUB Az: 060, 12.1.1961 Verwaltungsbericht 1960 d. StuUB, S. 4; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 266.

Neubaus in allen ihren Abteilungen (Stadt- und Universitätsbibliothek, Medizinische Hauptbibliothek, Senckenbergische Bibliothek) dank der großzügigen Unterstützung der Stiftung Volkswagenwerk im Bestand noch einmal auf 8.884 Bände und bei absoluter Steigerung in der Benutzung, aber fast zwangsläufig relativ pro Band sinkender Ausnutzung auf 56.000 ausgeliehene Bände anzusteigen²³⁸.

Entgegen der Betonung der Liberalität und Gebührenfreiheit als Hauptcharakteristika der Benutzungspolitik der Stadt- und Universitätsbibliothek hat man, ähnlich wie bei anderen Bibliotheken, an der Stadt- und Universitätsbibliothek 1950 bei der Ausleihe eine Bandgebühr für Nichtangehörige der Universität (Universitätsangehörige frei) von 10 Pfennig und bei auswärtigen Bestellungen von 30 Pfennigen (1952 50 Pfennig, dann wieder 30 Pfennig) pro Band erhoben²³⁹. Die sehr verteuerten Herstellungskosten und das starke Ansteigen der Bibliotheksbenutzung führten 1951 auch zur Abgabe von Leihschein-Formularen gegen Berechnung (10 Pfennig für 10 Stück Ortsleihe-Leihschein, 20 Pfennig für 10 Stück Fernleihschein). Nach der neuen Benutzungsordnung von 1966 hat man wegen der geringen Einnahmen für die Ortsleihe auch bei Nicht-Universitätsangehörigen keine prohibitiven Leihgebühren, aber für Fernleihen weiterhin 30 Pfennig Gebühren je Band verlangt²³⁹.

Die Zahl der abgegebenen Bücherbestellungen stieg von 10.722 im Jahre 1948/49 im wesentlichen kontinuierlich mit Ausnahme eines vorübergehenden deutlichen Rückgangs 1959/60 und 1960/61 nach dem Auszug der Deutschen Bibliothek in ihren Neubau auf 349.797 Bestellungen im Jahre 1964 an. Im Jahre 1965 folgte von einem Jahr auf das andere nach dem Einzug der Stadt- und Universitätsbibliothek in ihren Neubau der große Sprung auf 471.420 abgegebene Bücherbestellungen²⁴⁰.

Die Zahl der am Ort einschließlich der Benutzung im Lesesaal ausgegebenen Bände erreichte ebenfalls nach einem kontinuierlichen Anstieg 1958/59 mit 260.595 Bänden einen vorläufigen Höhepunkt, um nach dem Auszug der Deutschen Bibliothek 1959/60 mit 108.859 und 1960/61 mit 85.773 Bänden drastisch abzusinken. Die Zahl stieg aber dann in den folgenden Jahren

238 StUB Az: Jahresbericht der StuUB 1962, S. 3; StUB Az: 060 Jahresbericht d. StuUB 1963, S. 4; StUB Az: 060 Jahresbericht der StuUB 1965, S. 22 f.

239 Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- u. Univ. Bibl. (s. Anm. 23), S. 266; VDB-Jahrbuch 34 (1950), S. 42 – VDB-Jahrbuch 41 (1965), S. 68; StA KA 880 Bl. 51 f., 1.6.1951 und 8.6.1951 StuUB an Kulturamt und StuUB Mitteilung; StA MA 2.347, 21.10.1965 Amt für WiKuVo an Magistrat; StUB Az: 05720, 3.4.1951 Hess. Direktorenkonferenz, S. 3; StUB Az: 05720, 6.5.1952 Hess. Direktorenkonferenz; StUB Az: 05720, 25.8.1953 Hess. Direktorenkonferenz, S. 5.

240 VDB-Jahrbuch die jeweiligen Jahrgänge der Betriebsstatistik C 1 Bücherbestellung.

wieder auf 182.732 Bände (1964) und im Neubau-Eröffnungsjahr 1965 nochmals deutlich auf 284.343 Bände an²⁴¹.

Im Gegensatz zu der Zeit nach 1965, als die Stadt- und Universitätsbibliothek dank der zahlreichen Sondersammelgebiete und eines zureichenden Etats eine der großen Geberbibliotheken im auswärtigen Leihverkehr wurde, war sie im Untersuchungszeitraum als Folge der Kriegsverluste und der sich erst allmählich konsolidierenden Bestände der Sondersammelgebiete eine Bibliothek mit einer zunächst kräftig negativen, dann tendenziell zunehmend aber ausgeglichenen und teilweise sogar schon positiven Bilanz im auswärtigen Leihverkehr²⁴².

Die Zahl der Benutzer, über deren Zusammensetzung hier nichts ausgesagt werden kann, blieb nach der ersten Konsolidierung ab 1951/52 mit über 40.000 (1951/52 44.688) über die Jahre hinweg relativ konstant, halbierte sich dann nahezu vorübergehend nach dem Auszug der Deutschen Bibliothek auf 25.009 (1960/61) Benutzer, stieg aber in der Folge mit einzelnen Oszillationen wieder auf 41.323 im Jahre 1964 an. Erst im Jahre der Eröffnung des Neubaus 1965 verfünffachte sich von einem auf das andere Jahr nahezu die Zahl der Benutzer auf knapp unter 200.000 (1965 199.688) Benutzer.

Platzbedingt ging die Zahl der durchschnittlichen täglichen Benutzer im Lesesaal am Untermainkai bis 1964 nie wesentlich über 160 hinaus und lag in der Mehrzahl der Jahre sogar meist deutlich darunter. Der Umzug in den Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek brachte auch hier, wie in allen anderen Statistikzahlen, einen beträchtlichen Anstieg der Zahlenwerte auf durchschnittlich 682 tägliche "Lesesaal"-Benutzer des nunmehr auf drei Hauptlesesäle und 7 Speziallesesäle mit rund 1.000 Arbeitsplätzen deutlich ausgeweiteten Lesesaalplatzangebots²⁴³.

241 VDB-Jahrbuch die jeweiligen Jahrgänge der Betriebsstatistik C 1 Bücherbestellung Zahl der Druckschriften.

242 VDB-Jahrbuch die jeweiligen Jahrgänge der Betriebsstatistik C 4 Auswärtiger Leihverkehr.

	Verleihung nach auswärts	Entleihung von auswärts
1948/49	760	2254
1950/51	2328	4101
1955/56	7486	7991
1960/61	9794	9308
1965	19562	24322

Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 271.

243 VDB-Jahrbuch die jeweiligen Jahrgänge der Betriebsstatistik C 2 Benutzung am Ort; StUB Az: 0600 Jahresbericht der StuUB 1964, S. 6 ff.

9. Der Bibliotheksneubau

Die Verbesserung der Benutzungsbedingungen durch den Neubau einer Zentralbibliothek in Universitätsnähe war seit der Gründung der Stiftungsuniversität im Jahre 1914 das durch den Zweiten Weltkrieg nur verschärfte Dauerthema des Frankfurter Bibliothekswesens. Die Beseitigung dieser gravierenden Strukturschwäche, die Errichtung einer Universität ohne Schaffung einer zentralen Universitätsbibliothek wurde zunehmend auch von der Universität – so 1949 – als „Lebensfrage“ bezeichnet. Stießen doch in der Nachkriegszeit, ähnlich wie schon in der Zwischenkriegszeit, Berufungsverhandlungen mit Professoren nach Frankfurt auf Schwierigkeiten, weil namhafte Hochschullehrer sich nicht mit den mißlichen Frankfurter Bibliotheksverhältnissen abfinden wollten²⁴⁴.

Richard Oehler war 1927 ebenfalls bereits neben der Aufgabe der Vereinheitlichung des Frankfurter Bibliothekswesens auch mit dem Auftrag zur Planung und dem Bau der Zentralbibliothek in Universitätsnähe zum Bibliotheksdirektor berufen worden. Sein seit 1927 in enger Zusammenarbeit mit dem bedeutenden Frankfurter Stadtbaudirektor Martin Elsässer entwickeltes Neubaukonzept der Zentralbibliothek in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hauptgebäude der Universität war in hohem Maße revolutionär und zukunftsweisend: Es war nämlich neben einem Büchermagazin in einem Hochhausturm von 25 Geschossen vorgesehen, die Seminare und ihre Bibliotheken sowie eine Reihe kleinerer Spezialbibliotheken in den Neubau zu integrieren, weil man bei dem Umfang und der steigenden Literaturproduktion annahm, nicht zwei Systeme nebeneinander ausbauen zu können und man überflüssige Mehrfachanschaffungen vermeiden wollte. Oehler hat 1931 überdies eine Informationsreise in die Vereinigten Staaten auch zum Studium von Bibliotheksbauten unternommen²⁴⁵.

Weltwirtschaftskrise, Zahlungsunfähigkeit der Stadt Frankfurt im Jahre 1932 wegen Überschuldung, aber auch die kostspielige Konzeption von Elsässer, der zudem durch erhebliche Kostenüberschreitungen bei anderen

244 Notker Hammerstein: Die J. W. Goethe-Universität (s. Anm. 17), S. 862; Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 37), S. 138; StUB Az: 10103/104, 21. Juli 1949 Rektor d. Univ. an Dr. Cremer; StA KA 29 Bl. 1 f., 29. April 1949 Sitzung des Großen Rats und des Univ.kuratoriums; StUB Az: 11.110a/b, 6. März 1959 Rektor d. Univ. an Stadtrat Dr. vom Rath, danach wird die Situation, daß die Stadt Frankfurt praktisch seit nunmehr über 12 Jahren über keine voll funktionsfähige Stadt- und Universitätsbibliothek mehr verfügt, als „ein für die wissenschaftliche Arbeit gefährlicher, ja tödlicher Zustand“ bezeichnet.

245 Martin Elsaesser: Bauten und Entwürfe aus den Jahren 1924 – 1932, Berlin 1933, S. 327 – 329, mit Entwürfen zur Zentralbibliothek von 1929; Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 37), S. 137 f.; Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 80 f.

Bauten (z. B. Großmarkthalle 1928) in Mißkredit geraten war und der seinen Vertrag mit der Stadt zum 31. Januar 1932 vorzeitig auflöste, rückten die Ausführung des Bibliotheksneubaus in weite Ferne²⁴⁶.

Unter dem Nationalsozialismus, als die Gefahr der Schließung der Universität überwunden war, wurde 1935 ein regelrechter Architektenwettbewerb für den Neubau der Universitätsbibliothek in reduzierten Kostendimensionen und mit der Auflage der städtebaulich befriedigenden Zusammenfassung des Bibliotheksbaus mit den schon vorhandenen Gebäuden durchgeführt. Im zweiten engeren Wettbewerb erhielt der ursprünglich drittplatzierte Frankfurter Architekt Ernst Balsler den Auftrag, den Bau auszuführen, sobald die Mittel dafür bereitstünden. Wie schon in der Vergangenheit scheiterte die Ausführung des Baus an der Finanzierung, diesmal an den Kosten der Wiederaufrüstung²⁴⁷.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit tritt vorübergehend die durch die kriegsbedingten Gebäudeverluste (ehemalige Stadtbibliothek, Bibliothek für Kunst und Technik) verschärfte, in die Zukunft weisende Bibliotheksneubaufgabe zunächst hinter das unmittelbar drängendere Problem zurück der Instandsetzung und Renovierung der ebenfalls kriegsbetroffenen beziehungsweise teilzerstörten provisorischen Bibliotheksnotunterkünfte Untermainkai 15 (ehemals Rothschildsche Bibliothek) und Untermainkai 14 (Manskopfsches Museum) sowie der Adaptierung der Luftschutzbunker für Büchermagazinzwecke. Ein erster Abschluß der Bauarbeiten an den Verwaltungsnotunterkünften wurde 1949, beziehungsweise 1951 erreicht. Die Baumaßnahmen 1949 (u. a. Dachreparatur, Lesesaalherrichtung) und 1950/51 (Instandsetzung des Manskopfschen Hauses) linderten die Raumnot und bildeten überhaupt erst die Voraussetzung für die erwähnte Öffnung beziehungsweise die Erweiterung des Lesesaals und die Verbesserung der Ausleih- und Benutzungsbedingungen²⁴⁸.

Dank der Verschleppung des Bibliotheksneubaus kam die Stadt- und Universitätsbibliothek nach dem Auszug der Deutschen Bibliothek in ihren Neubau 1959/60 noch einmal in den Genuß eines zweckmäßigeren Aus- und Umbaus beider Bibliothekshäuser am Untermainkai. Die Gebäude, die nunmehr der Stadt- und Universitätsbibliothek allein zur Verfügung standen, erhielten damals auch im Hinblick auf die seinerzeit ins Auge gefaßte

246 Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 37), S. 144; Edith Kießling: Die Stadt- und Univ.bibl. (s. Anm. 2), S. 81 f.

247 Ernst Neufert: Neuzeitlicher Bücherbau. Zum Frankfurter Wettbewerb, in: Bauwelt 1935, H. 33, S. 1 – 8; StUB Az: 11110 a/b, 12.3.1953 Ernst Balsler an Kulturamt; Edith Kießling: Die Stadt- und Univ.bibl. (s. Anm. 2), S. 84 f.; Hartmut Schäfer: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 37), S. 144.

248 Siehe oben S. 109 ff. und Anm. 233, 234; StA KA 880 Bl. 7, 18.9.1950 Rechen- und Finanzverwaltung an Kulturamt; Johanna Binder: Die Stadtbibliothek (s. Anm. 4), S. 223 f.

spätere Nutzung durch das Stadtarchiv unter anderem eine neue Raumverteilung, eine zusätzliche Möblierung, den Einbau einer Aufzugsanlage für den Büchertransport und eine Teil-Klima-Anlage für den Lesesaal. Auch die Außenfassade, die noch erhebliche Kriegsschäden aufwies, wurde erneuert. Diese Renovierungen ermöglichten zwar einige organisatorische Änderungen und milderten bestehende räumliche Unzulänglichkeiten, konnten diese aber nicht grundlegend ändern. Diese Baumaßnahmen konnten auch nicht verhindern, daß die parallel zu den steigenden Zugangs-, Bestands- und Benutzungszahlen anwachsenden Raumschwierigkeiten noch einmal 1963, knapp vor der Fertigstellung des Bibliotheksneubaus provisorische Raumlösungen am alten Standort erzwingen ("zusätzliche Baracke für Einbandstelle und Beschriftungsstelle, Einbeziehung des ehemaligen Kohlenkellers für die Unterbringung der Handmagazin-Bestände der neuen Lesesäle u. a.")²⁴⁹.

Alle diese Instandsetzungen der Bibliotheksgebäude wurden aber von der Frage der Verwirklichung des Neubaus der zentralen Bibliothek in Universitätsnähe überlagert, zu dessen Nichtausführung sie korrespondierten. Dabei war der Bau der Zentralbibliothek schon früh nach dem Krieg – so 1947 – Gegenstand grundsätzlicher Überlegungen zur künftigen Gestaltung und der Erweiterungsplanung des Universitätsgeländes gewesen, da er ja in die Bauleitplanung einbezogen und ein Standort für ihn vorgehalten werden mußte. Eppelsheimer stellte damals sogar den "scheinbar unzeitgemäßen" Antrag das alte Bauvorhaben der Zentralbibliothek "auf dem einst dafür vorgesehenen Gelände an der Jügelstraße so bald wie möglich wieder aufzugreifen". 1949 hat aber dann angesichts der allseits drängenden Wiederaufbau- und Finanzierungsprobleme die Aussichtslosigkeit auf einen baldigen Bibliotheksneubau und die "erschreckende" Erkenntnis auf seiten der Universität, daß der Neubau vielleicht erst in fünf oder mehr Jahren erstellt werden könne, wesentlich zur schon mehrfach beschriebenen nachhaltigen Entfremdung zwischen Universität und Stadt beigetragen²⁵⁰.

Ein um die Jahreswende 1949/50 in die Diskussion gebrachter und durch eine Kommission überprüfter Vorschlag, den neu hergestellten Kongreßsaal nebst der anschließenden alten Pädagogischen Akademie für die Unter-

249 StA MA 2350, 19. Jan. 1959 Magistratsbeschluß über Instandsetzung und Ausbau der Häuser Untermainkai 14/15; StA KA 882 Bl. 164, 31.3.1958 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Hochbauamt; StUB Az: 060, 18.5.1960 Verwaltungsbericht StuUB 1959/60, S. 1; StUB Az: 060, 12.1.1961 Verwaltungsbericht der StuUB 1960, S. 1; StUB Az: 60 Jahresbericht d. StuUB 1963, S. 1.

250 StUB Az: 24, Nov. 1947 Denkschrift Univ.kurator über künftige Ausgestaltung der Universität; StUB Az: 10103/104, 12.11.1947 Eppelsheimer an Kulturamt wegen Bibliotheksbaus; StA KA 29 Bl. 1 f., 29. April 1949 Sitzung des Großen Rates und des Univ.kuratoriums.

bringung der Stadt- und Universitätsbibliothek zu nutzen, verfiel wegen der Entfernung zur Universität (halbe Stunde), der zu geringen Büchermagazinierungskapazitäten der Kongreß-Halle und insgesamt wegen der Nichteignung der Räume für Bibliothekszwecke der Ablehnung. Dafür erhielt fast zeitgleich der Gedanke des Bibliotheksneubaus als Folge eines glücklichen Grundstückstauschs mit dem Institut für Sozialforschung einen neuen unverhofften Auftrieb, da nunmehr die Stadt über die gesamte Grundstücksmasse im Straßengeviert vor dem Universitätshauptgebäude zwischen Senckenberg-Anlage, Mertonstraße, Jügelstraße und Bockenheimer Landstraße zur einheitlichen Bebauung auch für die künftige Stadt- und Universitätsbibliothek verfügen konnte²⁵¹.

Da mit einem völligen Bibliotheksneubau aus Kostengründen nach wie vor auf absehbare Zeit nicht zu rechnen war, Eppelsheimer angesichts der bücherschädlichen Bunkermagazine den dringendsten Handlungsbedarf bei der ordnungsgemäßen zentralen Unterbringung der Bücher sah und er auch, zeittypisch für diese Phase der Bibliotheksbauära, der Ansicht war, "daß die Bibliothek vom Magazin aus gedacht und geplant werden muß", sollte die Vorplanung des Bibliotheksneubauprojekts vom Magazinegebäude ausgehen. Den finanziellen Möglichkeiten entsprechend sollte dieses in einer Art geteilten und zeitversetzten Bauplanung und Bauausführung auch zuerst geplant und errichtet werden. Mit der Vorprojektierung des Neubaus der Stadt- und Universitätsbibliothek, ausgehend vom Magazinegebäude, wurde im Juli 1950 durch Magistratsbeschluß wiederum der Preisträger von 1935/36, der Frankfurter Architekt Ernst Balsler, beauftragt²⁵².

Das Problem der städtebaulichen Gesamtgestaltung der Bebauung des Geländes vor der Universität, auf dem auf begrenzter Fläche außer der Bibliothek mit Magazin noch ein Studentenheim, das Auditorium Maximum, die Akademie der Arbeit und zunächst auch noch die Neue Aula errichtet werden sollten, führte 1951 zu einem städtebaulichen Ideenwettbewerb zur Bebauung des Universitätsgeländes. Erster Preisträger dieses Ideenwettbewerbs, der insgesamt keine der gestellten Aufgabe vollkommen gerecht werdende Entwurfslösung erbrachte, war wiederum der mit der Materie nun schon hinlänglich vertraute Architekt Ernst Balsler. Kernstück

251 StUB Az: 11.110 a/b, 19.11.1949 Univ.kuratorium an Eppelsheimer; StUB Az: 11.110 a/b, 9.12.1949 Bildung einer Kommission; StUB Az: 11.110 a/b, 9.1.1950 Univ.kuratorium an Eppelsheimer StUB Az: 11.110 a/b, 27.2.1950 Vermerk Univ.kuratorium; StUB Az: 11.110 a/b, 26.1.1950 Eppelsheimer an Univ.kuratorium.

252 StUB Az: 11.110. a/b, 26.6.1950 Magistratsbeschluß zur Planung d. Bibliotheksneubaus; StUB Az: 11.110 a/b, 8.7.1950 Eppelsheimer-Grundsätze für Neubauplanung, S. 3; StUB Az: 11.110.a/b, 11.7.1950 Niederschrift Bauverwaltung-Hochbau; StUB Az: 11.110 a/b, 11.9.1950 Besprechungsvermerk Balsler; StUB Az: 24, 26.6.1950 Verwaltungsbericht d. Senckenberg. Bibl., S. 5 f.

seiner im Universitätsviertel geplanten Neubauten war die Stadt- und Universitätsbibliothek mit einem auch städtebaulich dominanten, die anderen überwiegend eher langgestreckten Gebäude deutlich überragenden zwölfstöckigen Bücherspeicher für anderthalb Millionen Bücher, dem Haupteingang der Bibliothek an der Bockenheimer Landstraße und der Unterbringung der Verwaltungsräume der Bibliothek in dreistöckigen Gebäudeflügeln²⁵³. Im Dezember 1951 verpflichtete man Balsler aufgrund eines Magistratsbeschlusses auch zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs für die Errichtung eines Neubaus für die Stadt- und Universitätsbibliothek auf dem stadteigenen Gelände Ecke Senckenberg-Anlage und Bockenheimer Landstraße, zumal Balsler von Anfang immer darauf hingewiesen hatte, daß jede Planung den ganzen Bibliothekskomplex umfassen müsse und man ein Magazingebäude allein, ohne die erforderlichen Verwaltungs- und Benutzungsräume weder vernünftig planen noch nutzen könne²⁵⁴.

Balsler hat dann in Zusammenarbeit mit Eppelsheimer und im Einvernehmen mit dem städtischen Hochbauamt entsprechend den ständigen Programmänderungen bis 1955 sieben verschiedene weitere Vorprojekte für die Bibliothek angefertigt, die nach dem Stand von 1955 zwei Millionen Bücher der Stadt- und Universitätsbibliothek in nunmehr 22 Stockwerken des Magazins aufbewahren sollte, ohne daß mit ihm ein abschließender Architektenvertrag mit Beauftragung einer Ausführungsplanung und Leitung der einheitlichen Bauaufgabe, nämlich des Bibliotheksgebäudes und des Magazingebäudes, abgeschlossen worden wäre²⁵⁵. Dies lag zum Teil an den Kosten des Bibliotheksneubaus, die 1953 auf 10 Millionen Mark geschätzt

253 StUB Az: 11.110. a/b, 7.11.1950 Dr. Wehmer erstes Raumprogramm der StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 15.11.1950 Ernst Balsler Konzept des Bauprogramms mit 2 Mio. Bänden Bücherspeicher; StUB Az: 11.110 a/b, 16.11.1950 Gesamtbebauung des Univ.geländes; StUB Az: 11.110 a/b, 4.12.1950 Ernst Balsler Bauprogramm der StuUB mit nur noch 1,5 Mio. Bänden Bücherspeicher; StUB Az: 11.110 a/b, 1.2.1951 Stadtplanungsamt Fragenkatalog an Wettbewerbsteilnehmer; StUB Az: 11.110 a/b Neue Presse 20.3.1951 Neubauten im Universitätsviertel und Frankfurter Rundschau 20.3.1951 Pläne für neue Universitätsbauten; StUB Az: 11.110 a/b, 17.3.1951 Protokoll der Preisrichtersitzung mit Entwürfen sowie umfangreichen Anlagen und Fotos auch des Balserschen Entwurfs.

254 StUB Az: 11.110 a/b, 21.12.1951 Architektenvertrag Stadt – Balsler betr. Vorplanung StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 11.9.1950 Besprechungsvermerk Balsler, S. 2; StUB Az: 11.110 a/b, 10.5.1951 Balsler an Stadtrat Dr. Wolf; StUB Az: 11.110 a/b, 18.5.1951 Beschlusantrag an Magistrat betr. StuUB Vorplanung; StUB Az: 11.110 a/b, 11.6.1951 Magistratsbeschuß betr. Vorplanung StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 17.8.1951 Balsler an Stadt; StUB Az: 11.110 a/b, 18.10.1951 Balsler an Fraktionsvorsitzende betr. StuUB.

255 StUB Az: 11.110 a/b, 12.3.1953 Balsler an Kulturamt der Stadt Frankfurt; StUB Az: 11.110 a/b, 28.9.1955 Balsler an Revisions- und Organisationsamt.

wurden und von der Stadt Frankfurt "allein unmöglich" aufzubringen waren²⁵⁶. Verzögernd wirkte in der Finanzierungsfrage zusätzlich, daß man erst 1955 das Land Hessen zur Zusage der Kostenbeteiligung am Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek im Rahmen des Universitätsvertrags gewinnen konnte²⁵⁷. Folgenreicher aber war, daß neben Einzelkritikpunkten an den Balserschen Planungen (z. B.: Haupteingang in die Bibliothek an der der Universität abgewandten Seite, zu geringe Zahl von 450 Lesesaalplätzen, Überbetonung der städtebaulichen Wirkung des inzwischen 56 hohen und gegenüber einer konzentrierteren Bauweise zu teuren Bücherspeichers)²⁵⁸, das steigende Verkehrsaufkommen (Notwendigkeit eines Parkhauses), die Errichtung des geplanten Gebäudes der Akademie der Arbeit an verändertem Standort und vor allem das jetzt allgemein für notwendig und zweckmäßig erachtete Übergreifen des Universitätsgeländes auf die Gebiete nördlich der Bockenheimer Landstraße (u. a. Gelände der Union-Druckerei, Straßenbahndepot) ab 1955 einschneidende Änderungen im Gesamtbebauungsplan der Universität zur Folge hatten²⁵⁹. Als Distanzierung und Mißtrauen gegenüber den bisherigen Eppelsheimer/Balserschen Planungen konnte man auch die Einsetzung von neutralen Sachverständigen aus dem Bibliothekswesen (Dr. Rasp – Darmstadt, Dr. Cremer – Marburg, Dr. von Both – Kassel) zur Überprüfung und Feststellung des Bibliotheksraumprogramms und ihre Berufung in eine neue, auch mit Vertretern der Universität besetzte Magistrats-Kommission zur Projektberatung und -begleitung auffassen²⁶⁰.

Zwar hielt man noch weiter am Architekten Balsler und dem Bibliotheksstandort zwischen der Bockenheimer Landstraße, Senckenberg-Anlage, Merton- und Jügelstraße fest, doch erzwang nunmehr die Auflage, "daß die Universitätsbibliothek ihr Gesicht der Universität und damit dem Universi-

256 StUB Az: 11.110 a/b, Diskus 3/9 Nov. 1953 Udo Kollatz: 6000 Studenten ohne Bibliothek. Pläne und Projekte. Wie die Universität einmal aussehen soll.

257 StUB Az: 11.110 a/b, 15.6.1953 Magistratsbeschuß betr. Neubau der StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, Frankfurter Neue Presse Sonderbeilage Januar 1954: Das geistige Zentrum der Universität und StUB Az: 11.110 a/b, Mitteilungen der Stadtverwaltung Frankfurt Nr. 33, 14.8.1954, S. 203 Universitätsbibliothek; StA MA 2350, 29.8.1955 Magistratsbeschuß Wiederaufbau StuUB.

258 StUB Az: 11.110 a/b, Diskus 3/9 Nov. 1953 Udo Kollatz: 6000 Studenten ohne Bibliothek.

259 StUB Az: 11.110 a/b, 17.10.1955 Stadtrat Dr. vom Rath an Eppelsheimer; StUB Az: 11.110 a/b, 26.11.1956 Aktenvermerk Stadtrat Dr. vom Rath; StUB Az: 11.110 a/b, 26.11.1956 Stadtrat Dr. Kampffmeyer Sitzung der Magistratskommission StuUB.

260 StUB Az: 11.110 a/b, 17.10.1955 Stadtrat Dr. vom Rath an Eppelsheimer; StUB Az: 11.110 a/b, 21.10.1955 Eppelsheimer an Dr. vom Rath drückt sein Befremden aus über die Experten; StA MA 2350, 11.3.1957 Vorlage Magistratsbeschuß Planung StuUB.

tätsforum zukehren muß" eine Verlegung des Bibliotheksstandorts von der Ecke Bockenheimer Landstraße/Senckenberg-Anlage in den Raum vor die Universität. Diese Standortverlagerung hatte die Umarbeitung der bisherigen Balsler/ Eppelsheimerschen Entwürfe und die Überprüfung des Raum- und Funktionsprogramms zur Folge²⁶¹. Bei grundsätzlicher Beibehaltung der Dreigliederung in Magazin-, Verwaltungs- und Lesesaalbereich sollten das Magazin möglichst zentral im Gesamtkomplex untergebracht, größere Leseräume und elastische Anpassungsmöglichkeiten im Betrieb vorgesehen werden²⁶².

Am 27. Januar 1958 wurde das von einem Unterausschuß erarbeitete und von der Magistratskommission gebilligte Raum- und Funktionsprogramm für den Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek durch Magistratsbeschluß genehmigt. Es sah unter anderem eine Aufnahmekapazität des Gebäudes von 2 Millionen Bänden und einen jährlichen Zugang von 35.000 – 40.000 Bänden vor und war auf 10.000 Studenten ausgerichtet. Der gleiche Magistratsbeschluß bestimmte, die endgültigen Planungsaufträge seien der Architektengemeinschaft Balsler und den Sonderfachleuten zu erteilen²⁶³.

Warum trotz dieser eindeutigen Beschlußlage der Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek auf dem Gelände vor dem Universitätshauptgebäude zwischen Mertonstraße und Bockenheimer-Landstraße dann doch nicht verwirklicht wurde, erklärt sich zunächst aus dem parallel zu diesem Beschluß anwachsenden, in einem Schreiben des Rektors an den Oberbürgermeister artikulierten Widerstand und den Befürchtungen der Universität, daß man irreversible "Fehlplanungen" für die Universität durchzuführen im Begriff sei, weil mit der Errichtung der Bibliothek auf diesem Standort der Universität die künftigen Ausdehnungsmöglichkeiten in unmittelbarer Universitätsnähe regelrecht verbaut würden²⁶⁴. Die innere Schwierigkeit der Neubauplanung auf dem Gelände südlich der Bockenheimer Landstraße und dem Universitätshauptgebäude zwischen der Senckenberg-Anlage, der Merton- und Jügelstraße lag ja wohl seit jeher darin, daß alle ursprünglich dort vorgesehenen Funktionen wie Forum, Akademie der Arbeit, Audito-

261 StUB Az: 11.110 a/b, 26.11.1956 Stadtrat Dr. Kampffmeyer Sitzung der Magistratskommission StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 20.5.1957 Eppelsheimer an Balsler.

262 StUB Az: 11.110 a/b, 6.3.1957 Bauverwaltungs-Hochbauamt Sitzung der Magistratskommission StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 7.6.1957 Vorschlag für Raumprogramm der StuUB; StUB Az: 11.110 a/b, 25.7.1957 Raumprogramm; StA MA 2350, 11.3.1957 Vorlage Magistratsbeschluß betr. Planung StuUB.

263 StA MA 2350, 17.12.1957 Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Magistrat mit Anlage Raum- und Funktionsprogramm; StA MA 2350, 27.1.1958 Magistratsbeschluß.

264 StA MA 2350, 10.2.1958 Rektor Geißendörfer an Oberbürgermeister; StA MA 2350; 7.2.1958 Stadtrat Dr. Kampffmeyer an Rektor.

rium Maximun, Studentenhaus und Bibliothek außer bei Verlegungen von Einzelbaumaßnahmen oder Bebauung in die Höhe (Magazinturm) platzmäßig vernünftig nicht unterzubringen waren. Angesichts rasch steigender Studentenzahlen (April 1953 rund 5.500 Studenten, März 1959 rund 8.000, Wintersemester 1964/65 nahezu 15.500 Studenten) gewann aber das Argument des Raum- und Erweiterungsbedarfs für den unmittelbaren Universitätsbetrieb in Hauptgebäudenähe ein verstärktes Gewicht. Überlegungen zur Auslagerung des Auditorium Maximum auf das Gelände des Straßenbahndepots nördlich der Bockenheimer Warte befriedigten die Universität nicht. Der Neubau der Deutschen Bibliothek an der Zeppelinallee legte wiederum den alten, bereits Mitte der 1950er Jahre verfolgten Gedanken nahe, die Stadt- und Universitätsbibliothek schräg gegenüber nördlich der Bockenheimer Landstraße/Ecke Zeppelinallee auf dem Gelände der Union-Druckerei zu errichten. Der Erwerb dieses Gelände gestaltete sich allerdings wegen des hinhaltenden Widerstands der Union-Druckerei schwieriger und langwieriger als erwartet; ein Enteignungsverfahren war rechtlich nicht möglich²⁶⁵.

Der befreiende Durchbruch in der Bibliotheksbaufrage gelang dann erst nach dem Ausscheiden Eppelsheimers aus dem Dienst am 31.10.1958 unter seinem Nachfolger Clemens Köttelwesch durch den 1959 geglückten Erwerb des Geländes der Union-Druckerei nördlich der Bockenheimer Landstraße als dem zuletzt besonders von der Universität favorisierten Standort der Stadt- und Universitätsbibliothek. Die neue Platzwahl führte noch im Juni 1959 zur Lösung vom Architekturbüro Balsler unter Zuerkennung eines Abfindungsbetrags und zur Beauftragung des Universitäts-Baudirektors Ferdinand Kramer mit der Planung in Zusammenarbeit mit dem neuen Bibliotheksdirektor Clemens Köttelwesch. Der neue Standort und das neu vorgelegte Raum- und Funktionsprogramm machten eine grundlegende Änderung der bisherigen Entwürfe erforderlich²⁶⁶.

Der seit 1959 geplante, nach gut zweieinhalbjähriger Bauzeit am 1.11.1964 für die Benutzung geöffnete und am 29. April 1965 feierlich eröffnete Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek stellte konzeptionell, funktionell und architektonisch nicht nur für Frankfurt, sondern für den

265 Anm. 263 und Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 125 über Studentenzahlen; StA MA 2350, 18.2.1958 Aktennotiz Oberbürgermeister; StUB Az: 11.110 a/b, 6.3.1959 Rektor der Univ. an Stadtrat Dr. vom Rath.

266 StA MA 2350, 15.6.1959 Magistratsbeschluß; StA MA 2350, 15.6.1959 Städtische Rechtsstelle an Magistrat; StA MA 2350, 15.6.1959 Magistrat an Architekt Balsler; StA MA 2350, 16.7.1959 Stadtrat Dr. Kampffmeyer an Oberbürgermeister; StUB Az: 11.110 a/b, Frankfurter Allgemeine Zeitung 3.11.1959; Rascher Bau d. Stadtbibliothek. Anerkennung für den Plan von Ferdinand Kramer. Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 233 f. über Werdegang Ferdinand Kramers.

Bibliotheksneubau der gesamten Bundesrepublik Deutschland eine Wende und in vielem einen entscheidenden, eine neue Ära einleitenden Neubeginn im Bibliotheksbau dar²⁶⁷.

Zunächst wurde schon einmal der die Oehler/Elsaesserschen sowie die Eppelheimer/Balserschen Planungen lange beherrschende Grundgedanke der architektonischen und funktionellen Betonung des Bücherspeichers in Form eines Magazinturms überwunden zugunsten eines kompakten, in sich gegliederten blockartigen Gebäudekomplexes mit dreigeschossigem Verwaltungstrakt, eingeschossigem Mittelbau und einem Lesesaal- und Magazintrakt mit vier Ober- und drei Untergeschossen als Flächenmagazine. Das jahrzehntelang in Frankfurt bei den Bibliotheksbauplanungen verfolgte Konzept eines Büchermagazins in einem Hochhausturm resultierte zwar zunächst aus den beengten Bauplatzverhältnissen und dem Wunsch eine städtebauliche Dominante zu schaffen. Die Hervorhebung des Magazins als Turm korrespondierte aber auch mit der die dreigegliederte Gebrauchsbibliothek des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichnenden vielfachen architektonischen Ungleichbehandlung der drei Funktionsbereiche Verwaltung, Lesesaal/Benutzung und Bücherräume, indem man zuerst, insbesondere bei repräsentativen Nationalbibliotheken, den Lesesaalbereich (Kuppellesesäle), dann aber ab den 1930er Jahren des 20. Jahrhunderts wiederholt baulich das Magazin in Form eines Hochhauses hervorhob, oder sogar aus Platzgründen alle Funktionen in einen Turm unterbrachte, bis man wegen der sich aus der vertikalen Struktur ergebenden Schwierigkeiten betrieblicher und verkehrstechnischer Art von diesem Bautyp für Magazinbibliotheken in Europa möglichst wieder Abschied nahm²⁶⁸. Markiert damit schon architektonisch der Kramer/Köttelwesch Bau der Stadt- und Universitätsbibliothek auf dem veränderten Standort einen Scheidepunkt und Neuanfang, so gilt dies noch mehr in seiner dazu korrespondierenden strukturellen und funktionell-inhaltlichen Umorientierung.

In diametralem Gegensatz zu Eppelheimer, der, wie zitiert, auch situations- und finanzierungsbedingt auf dem Standpunkt stand, daß die Bibliothek vom Magazin, also von der Bücheraufbewahrung aus gedacht und geplant werden muß, wird die Konzeption und Struktur des Köttelwesch/Kramerschen Baus in bisher nicht gekanntem Ausmaß von der Benutzung her bestimmt. Galt es doch nach amerikanischem Vorbild in einer sich verändernden wissenschafts-, benutzungs- und bibliothekspolitischen Situa-

tion die Zentralbibliothek aus der drohenden Randlage durch eine Strukturreform wieder in das Zentrum der universitären Literaturversorgung zurückzuführen und durch eine möglichst freie Zugänglichkeit zu Haus und zu den freihand zur Selbstbedienung aufgestellten Buchbeständen die Bibliothek verstärkt hin zum Publikum zu öffnen. Dazu kam das Bestreben, durch eine flexibel-modulare Bauweise und eine freiere innere Raumgestaltung besser und schneller auf künftige Veränderungen reagieren zu können.

Entsprechend diesem Grundverständnis von der Gebrauchsbibliothek als einer umfassenden Informationsstätte, die ein differenziertes Angebot von Benutzungseinrichtungen zur Abdeckung der vielfältigen Wünsche der heterogenen Benutzerkreise vorzuhalten habe, ging die Planung des an der Kreuzung zweier verkehrsreicher Straßen und an den Laufwegen der Studenten (Mensa, Universitätsnähe) gelegenen Gebäudes der Stadt- und Universitätsbibliothek vom Informationszentrum aus: Untergebracht in der großen Eingangshalle bieten hier bei ebenerdigen Eingang in die Bibliothek sämtliche wesentliche Informations- und Benutzungseinrichtungen auf einer Ebene (z. B.: Kataloge, bibliographische Auskunftsmittel, Informationsstelle, Ausleihe, ursprünglich auch Lehrbuchsammlung u. dgl.) eine erste, unpräzise frei zugängliche Informationsmöglichkeit. Für weitergehende Ansprüche wird aber dann der Benutzer auf drei Hauptlesesäle und sieben Speziallesesäle mit umfangreichen Freihandbeständen und einem großzügigen Angebot von 1.000 Arbeitsplätzen einschließlich 130 Arbeitskabinen (Carrels) im Lesesaal- und Magazintrakt verwiesen. Am zukunftsweisendsten erwies sich jedoch unter amerikanischem Einfluß, wohin der Architekt Ferdinand Kramer emigriert gewesen war, die unmittelbare Zuordnung von Handmagazinen zu den jeweiligen Lesesälen mit freizugänglicher präzenter wichtiger Forschungs- und Zeitschriftenliteratur und einem Stellraum von jeweils 150.000 bis 200.000 Bänden auf der Lesesaal- und der ihr zugeordneten Zwischengeschoßebene. Dies bedeutete die Überwindung der klassischen Lesesaalbibliothek mit ihrem begrenzten Nachschlagewerke- und Grundlagenliteratur-Handbestand. Die den modernen Bibliotheksbaubau ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennzeichnende, in Europa und Deutschland mit Zeitverzögerung eingeführte Durchmischung von Benutzung und Bibliotheksbeständen in der modernen Freihandbibliothek kam hier trotz der deutlichen Formmerkmale des Typs der Magazinbibliothek an der Stadt- und Universitätsbibliothek in Deutschland zum erstenmal richtungsweisend im Hochschulbibliotheksbaubau für große Teilbestände zur Anwendung. Sie fand Nachahmung bei weiteren Neubauten älterer Hochschulbibliotheken und gehörte bei den Neugründungen und Neubauten der eingleisigen Bibliothekssysteme ab Mitte der 1960er Jahre schon zu den selbstverständlichen Planungsvoraussetzungen.

Auch in anderen Bereichen, wie der technischen Ausstattung (Horizontal- bzw. Vertikalförderanlage für Bücher, Rohrpost, selenzellengesteuerte Sonnenschutzlamellen u. dgl.) und der heute etwas differenzierter gesehe-

267 Gerhard Liebers (Hrsg.): Bibliotheksneubauten in der Bundesrepublik Deutschland (ZfBB S.H.9), Frankfurt am Main 1968, S. 119 – 126, hier S. 119; Edith Kießling: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 2), S. 144.

268 Rolf Fuhlrott: Bibliotheksbaubau in Vergangenheit und Gegenwart, in: Rolf Fuhlrott (Hrsg.): Bibliotheksbaubau heute (ZfBB S.H. 33) Frankfurt am Main 1981, S. 18 f., S. 21 f.

nen Vollklimatisierung war der von Bund, Land Hessen und Stadt Frankfurt finanzierte Bau in Art und Umfang eine Pioniertat.

Die modulare Bauweise im Rastersystem und die flexible Raumgestaltung ermöglichten zwar eine gute Anpassung an interne Raumverschiebungen und geänderte Zweckbestimmungen. Sie konnten aber nicht verhindern, daß die Stellraumkapazitäten entgegen den Planungen, die auf ein Fassungsvermögen von rund 2,2 Millionen Bänden und einen Zuwachszeitraum von 20 bis 25 Jahren angelegt waren, bereits elf Jahre später 1976 mit damals schon 2,76 Millionen Bänden erschöpft und erheblich überschritten waren. Neben einigen sonstigen Schwächen des Baus (z. B.: Verbindung des Bibliotheksverwaltungstrakts zum Komplex Magazin/Lesesäle, Unterbringung der Speziallesesäle im 3. Obergeschoß bei beengten Raumverhältnissen, Kunstlicht und unzureichender Belüftung) oder Mängeln der Bauausführung (z. B.: Wasserschäden insbesondere an den Nahtstellen der Baukomplexe der Flachdachkonstruktionen) blieb der Bau zeitgebunden auch in seiner "Ästhetik" und seiner wenig anheimelnden nackten Funktionalität. Typgebunden ist die Baustruktur der Stadt- und Universitätsbibliothek trotz der neuen Idee großer Freihandbestände in den Handmagazinbereichen auch der überkommenen zweigleisigen Bibliotheksstruktur des Nebeneinanders von Universitätsbibliothek als Zentralbibliothek und dezentralen Institutsbibliotheken der Universität verhaftet geblieben. Angesichts der Vielzahl der Bestandsgrößen und der räumlichen Zersplitterung der universitären Teilbibliotheken sowie ihrer jahrzehntelangen faktischen Selbständigkeit erwies sich zudem in Frankfurt der Aufbau eines koordinierten dualen Systems der Literaturversorgung als eine überaus schwierige und langwierige Aufgabe²⁶⁹.

Im Hinblick auf die Frage Kontinuität oder Neubeginn 1945 sollten aber alle diese am Ende des Untersuchungszeitraums einsetzenden Baumaßnahmen und tiefgreifenden Struktur- und Organisationsreformen im deutschen Bibliothekswesen einerseits und andererseits die teilweise bis in die Zeit der Althoff'schen Reformen am Ausgang des 19. Jahrhunderts zurückreichenden Traditionslinien mancher Erscheinungsformen im gegenwärtigen deutschen Bibliothekswesen (z. B.: Subsidiaritätsprinzip in der überörtlichen

269 Anstelle weiterer Literaturhinweise: Gerhard Liebers (Hrsg.): Bibliotheksneubauten (s. Anm. 266), S. 119 – 126; Clemens Köttelwesch: Zum Neubau der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, in: Buch und Welt. Festschrift für Gustav Hofmann zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 1965, S. 125 – 136; Franz-Heinrich Philipp: Hochschulstruktur und Bibliotheksbaubau, in: Klaus-Dieter Lehmann; Hildegard Hüttermann (Hrsg.): Die Hochschulbibliothek. Beiträge und Berichte (ZfBB S.H.27) Frankfurt am Main 1978, S. 19 – 36; Klaus-Dieter Lehmann: Die Stadt- und Universitätsbibliothek (s. Anm. 23), S. 232 f., 234 – 241; Rolf Fuhlrott: Bibliotheksbaubau (s. Anm. 267), S. 11 – 44, hier insbes. S. 17 ff.

Sammlung und Bereitstellung der Literatur) nicht die Bedeutung des Einschnitts des Jahres 1945 verkennen lassen. Der personelle Neubeginn in Frankfurt, die Zusammenfassung der (Rest-)Bibliotheken zur Stadt- und Universitätsbibliothek, mehr aber noch die Übernahme und Bündelung zahlreicher nationaler und regionaler Aufgaben bei der Stadt- und Universitätsbibliothek und die Gründung der Deutschen Bibliothek sind ein Hinweis auf den Bedeutungsaufstieg der Stellung Frankfurts im deutschen Bibliothekswesen, auf einen sektoralen Neuanfang und die Anpassung der äußeren bibliothekarischen Organisationsstruktur an die veränderten politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit.

Das Ende des Deutschen Reiches und der auch im Bibliothekswesen zentralistischen NS-Diktatur führte in der föderalistisch aufgebauten Bundesrepublik zur Stärkung der dezentralen und regionalen Strukturen und zum Aufstieg teilweise völlig neuer bibliothekarischer Vororte zur Erledigung nationaler und regionaler bibliothekarischer Gemeinschaftsaufgaben. Als Nutznießer des Ausscheidens Preußens und der Preußischen Staatsbibliothek, der staatlichen Teilung und der gestärkten Bundesstaatlichkeit wie auch der bevölkerungsmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Westverschiebung des Staates fiel Frankfurt damals parallel zu seinem Bedeutungswiederaufstieg als Finanzzentrum auf Kosten Berlins unter zielstrebigem Ausnutzung der für sie günstigen Ausgangssituation auch im Bibliothekswesen "wie eine reife Frucht" ... eine Stellung zu, "die es anstrebt"(e)²⁷⁰. Parallelen und Unterschiede beispielsweise zu Köln oder Hamburg im Westen und Norden Deutschlands, die Frankfurt allein schon durch die in etwa zeitgleichen Gründungs- bzw. teilweise Wiedergündungsdaten ihrer Universitäten (1919) und die Funktionserweiterungen ihrer alten Stadtbibliotheken zu Universitätsbibliotheken sowie als Nachkriegsstandorte bedeutsamer bibliothekarischer Gemeinschaftseinrichtungen (z. B.: Zentralkataloge u. dgl.) im Vergleich verbunden sind, bieten sich an.

Nichts mehr wird so werden, wie es jemals war! Die Frage ist nur, ob trotz Staats- und Kulturföderalismus und etabliertem bibliothekarischen Polyzentrismus die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wieder manche Verschiebungen und Schwerpunktverlagerungen in der Bibliothekslandschaft der Nachkriegsordnung zugunsten alter bibliothekarischer Standorte und vereinigter Einrichtungen zur Folge haben wird.

270 StUB Az: 10103/104, 12.11.1947 Eppelsheimer an Kulturred. betr. Bibliotheksbaubau.

Quellen:

Stadtarchiv Frankfurt am Main:

Kulturamtsakten (zit.: StA KA): 27, 28, 29, 37, 45, 239, 313, 314, 315, 328, 329, 330, 389, 465, 879, 880, 881, 882, 884, 886, 888, 1101, 1422

Magistratsakten (zit.: StA MA): 2347, 2350, 2352, 6210 Bd. 1, 6220 Bd. 1, 6222 Bd. 1

Personalakte Eppelsheimer (zit.: StA PA Eppelsheimer)

Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main:

Akten der Stadt- und Universitätsbibliothek (zit.: StUB Az:) 0550, 05720, 060, 0600, 24, 27, 29, 10.103/10.104, 11.110a/11.110b

Severin Corsten: Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen während der "Ära Kroll" (1948 – 1958) 305
 Marianne Schwarzer: Die Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken 317

2. Kultur- und Bibliothekspolitik der Besatzungsmächte

Antje Bultmann Lemke: Kultur und Bibliothekspolitik der Besatzungsmächte: USA 327
 Peter A. Hoare: Bibliothekspolitik und Bibliothekspraxis in der Britischen Besatzungszone, mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1945 – 1949 339
 Monique Mombert: Französische Kulturpolitik in der FBZ unter Einbeziehung der Bibliotheksentwicklung 353
 Boris Fëdorovič Volodin: Die Zusammenarbeit sowjetischer und deutscher (SBZ/DDR) Fachleute im Bereich des Bibliothekswesens in den Jahren 1945 – 1965 369
 Wilfried Lagler: Die Rezeption ausländischer Einflüsse 379

3. Wissenschaftliche Bibliotheken

Joachim-Felix Leonhard: Wissenschaftliche Bibliotheken 1945 – 1965 393
 Gerhard Römer: Entwicklungen regionaler Strukturen? Zur Situation der Landesbibliotheken in West-Deutschland zwischen 1945 und 1965 397
 Hildegard Müller: Die Entwicklung von Spezialbibliotheken und Zentralen Fachbibliotheken in der Zeit von 1945 – 1965 415

4. Öffentliche Bibliotheken

Peter Vodosek: Öffentliche Bibliotheken 1945 – 1965 425
 Konrad Heyde: Die Büchereistelle Freiburg im Breisgau 429
 Willi Wendling: Die Anfänge in Mannheim 463
 Mechthild Golczewski: Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Büchereisysteme nach 1945 471
 Hans Joachim Vogt: Die Durchsetzung der Freihandbücherei am Beispiel von Frankfurt am Main 483
 Personenregister 497